

Wir sind der Pol der Hoffnung

**Wahlprogramm zur Landtagswahl
am 6. September 2026**

**(Beschluss der 2. Tagung des 10. Landesparteitag der Partei
Die Linke am 14. März 2026)**

Inhalt

Wir sind der Pol der Hoffnung.....	1
Präambel.....	11
1. Frieden	12
<i>Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)</i>	12
2. Demokratie	13
Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte Hetze.....	13
Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie.....	13
Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen.....	14
Politische Bildung ausbauen.....	14
Rechtsextremismus entwapfenen – Demokratiestärkung vor Ort.....	15
Demokratische Beteiligung durch Petitionen	15
Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt	16
3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-Anhalt	17
Gerechte Steuern, gerechte Chancen	17
Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt	18
4. Gleichstellung als Herzensangelegenheit	19
Stand der Dinge – Herausforderungen	19
Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein	23
Queeres Leben in Sachsen-Anhalt.....	24
5. Bildungsgerechtigkeit schaffen - gemeinsam, miteinander, füreinander! 26	
Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem modernen Bildungsland Sachsen-Anhalt	26
Unser Masterplan für gute Kitas und gute Schulen	27
Multiprofessionelle Teams – der Schlüssel zum Erfolg!	27
Sozialarbeit in Kitas und Schulen dauerhaft verankern und stärken.....	27
Bildung in digitaler Gesellschaft.....	28
Bildung für alle – von Anfang an: Kitas stärken.....	29
Schulerfolg für alle Schüler:innen sichern – Inklusion an den Regelschulen voranbringen.....	30
Länger und gemeinsam Lernen – berufspraktische Bildung verbessern	30

Erweiterte Gemeinschaftsschulen als zweite Säule des Schulsystems entwickeln.....	31
Beste Ausbildung für gute berufliche Perspektiven und einen starken Fachkräftenachwuchs.....	31
Schule als ganztätigen Lern- und Lebensortgestalten.....	32
Horte ins Schulgesetz.....	32
Bildungsräume sichern und gestalten	32
Mehr Eigenverantwortung und Schuldemokratie	33
Ressourcen sichern: 10 Punkte für eine gute Unterrichtsversorgung.....	33
Lebenslanges Lernen – Bildungsangebote auch für Senior:innen	35
6. Studieren. Forschen. Bleiben.....	35
Finanzierung sichern und Strukturen stärken	36
#IchbinHanna ernst nehmen – Gute Arbeit in der Wissenschaft.....	38
Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität.....	40
Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent	41
Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen	41
7. Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit	42
Sachsen-Anhalt armutsfrei.....	42
Für ein solidarisches Leben	43
Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt.....	44
Stand der Dinge – Herausforderungen	45
Familienfreundlich vom Bund ins Land	45
Die Kleinsten schützen und stärken	46
Betreuung mit geistig beeinträchtigten Menschen stärken.....	47
Flächendeckende medizinische Versorgung.....	47
Stationäre Versorgung in öffentliche Hand.....	47
Stand der Dinge – Herausforderungen	48
Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung	48
Notaufnahmen an allen Standorten	50
Versorgungssicherheit bei seltenen Erkrankungen stärken	50
Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal.....	51

Kampf gegen Stigmata	51
Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend	52
Künftige Versorgung im ländlichen Raum	52
Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten	54
Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen!	55
Ein würdevolles Leben im Alter	57
Wohnen	58
ÖPNV	58
Soziale Isolation.....	58
Digitalisierung	59
Kinder- und Jugendarmut bekämpfen.....	59
Gesundheit und Schutz zuerst.....	59
Kinderrechte und Beteiligung verbindlich	60
Jugendarbeit strukturell sichern!	61
Frühe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie	62
Freiräume sichern und erweitern	63
Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und Landeshebel	63
Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar	64
Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget	65
Kein Mensch bleibt zurück - Für ein barrierefreies Sachsen-Anhalt.....	66
Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-Anhalt	66
Stand der Dinge – Herausforderungen	66
Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt.....	67
8. Kultur und Medien	69
Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt.....	69
Konkret. Vielfältig. Solidarisch.....	69
Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks	69
Schutz von Akteuren und Einrichtungen der Kultur.....	69
Kultur für alle und überall.....	70
Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze	71
Stärkung öffentlicher Kulturförderung.....	71

Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie	72
Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt	72
Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung.....	73
Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung	73
Kampf gegen Medienkonzentration.....	73
Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	73
Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule.....	74
Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive	74
Medien im demografischen Wandel	74
Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor	75
Partizipation und Bürgerbeteiligung	75
Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien	75
9. Kommunalpolitik und Wohnen	76
Soziale Gerechtigkeit in jeder Region	76
Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander.....	76
Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess.....	76
Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung	77
Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster.....	78
Stärkung der kommunalen Finanzen	79
Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig.....	81
Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt	82
Bezahlbares und barrierefreies Wohnen	82
Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern	83
Wohngeld.....	83
Landeswohnungsbaugesellschaft	84
Junges Wohnen.....	84
Städtebau, Gemeindeentwicklung und Leerstand.....	85
10. Industriepolitik/Wirtschaftspolitik	86
Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestimmung	86
Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt	86
Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern.....	86
Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb.....	87

Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten	87
Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung.....	88
Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken	89
Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik	89
Stand der Dinge – Herausforderungen	89
Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau.	90
Strukturwandel demokratisch gestalten	90
Automobilbranche stärken – Innovation und Arbeit sichern	91
Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft gestalten	92
Handwerk – Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen.....	93
Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht	93
Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt.....	94
11. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union.....	95
Stand der Dinge – Herausforderungen.....	95
12. Die Heimat der Zukunft gemeinsam hier gestalten	96
Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt.....	96
Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor	96
Integration als Schlüssel.....	97
Sofortmaßnahmen für gelungene Integration:.....	97
Öffentliche Verwaltung als Vorbild	98
Integration ab Kindesbeinen.....	99
Integration und Arbeitsmarkt	99
Potenziale werden verschwendet.....	99
13. Verkehrspolitik.....	101
Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt.....	101
Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse	101
Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif.....	102
Schienenverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen	102
Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und Verkehrssicherheit	103
Rad- und Fußverkehr ausbauen.....	103

Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen	104
Keine neuen Autobahnen.....	105
Flughafenpolitik	105
14. Energie	105
Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohlorientiert	105
Stand der Dinge – Herausforderungen	106
Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken	106
Erneuerbare Energien ausbauen	107
Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand.....	107
Die Infrastruktur der Zukunft	108
15. Landwirtschaft	109
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz	109
Stand der Dinge.....	110
Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften	110
Faire Märkte und regionale Wertschöpfung.....	111
Artgerechte Tierhaltung.....	111
Herdenschutz und Weidetierhaltung	112
Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen	112
Böden schützen und entsiegeln.....	113
Ökolandbau und Artenvielfalt stärken	113
Mehr Zeit für Stall und Feld	114
Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern.....	114
Unsere Wälder sind unser Schatz	115
Stand der Dinge – Herausforderungen	115
Unsere Wälder – klimafit und artenreich	115
Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald.....	116
Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen	116
Jagd gemeinsam gestalten	116
Tierschutz ist Staatsaufgabe	117
Stand der Dinge – Herausforderungen	118
Tierheime finanziell fördern.....	118
Wirksamer Tierschutz braucht Struktur.....	118

	Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun	119
16.	Umwelt und Klima	120
	Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen	120
	Stand der Dinge – Herausforderungen	120
	Klimaneutral bis 2035	121
	Das Klima schützen vor Ort	121
	Nur Frieden schafft ein gutes Klima.....	121
	Natur und Arten schützen	122
	Recyclingwirtschaft als Zukunftsmotor – regional, souverän, nachhaltig..	122
	Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten	124
	Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht	124
	Stand der Dinge - Herausforderungen	124
	Gewässerschutz und ökologische Entwicklung.....	125
	Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit.....	125
	Abwasserpolitik modernisieren	126
	Klimaanpassung in Städten	126
17.	Innenpolitik	127
	Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus	127
	Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit	128
	Vertrauen durch Transparenz	128
	Sicherheit durch Solidarität	128
	Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr Menschlichkeit.....	128
	Transparenz schafft Vertrauen	129
	Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt.....	129
	Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit.....	129
	Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen	129
	Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz.....	130
	Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker	130
	Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention.....	131
	Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern	131
	Besonders schutzbedürftige Menschen schützen	131

Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes	132
Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie	132
Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten	132
Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv gestalten	132
Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards	133
Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen	133
Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung.....	133
Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die beste Polizei.....	133
Ländliche Räume stärken.....	134
Begegnungen fördern	134
Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich	134
18. Justiz.....	135
Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah	135
Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck	135
Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht.....	135
Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz.....	136
Digitalisierung der Justiz	136
Mediation statt langer Gerichtsverfahren	137
Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften	137
Reform des Strafrechts.....	138
Opferschutz und Opferhilfe	139
Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung	139
Jugendstrafrecht und Jugendarrest	140
Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin.....	141
19. Digitalisierung.....	142
Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisierung	142
Cybersicherheit statt Überwachung.....	142
Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken	142
Verpflichtende KI-Folgenabschätzung bevor der Algorithmus entscheidet	143
KI im Sozialstaat – Automatisierung darf nicht Entrechtung bedeuten	144

Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte.....	144
Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen	145
Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den digitalen Wandel.....	145
Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht verlieren	146
Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für IT-Personal	146
Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen.....	146
Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen	147
Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen	148
Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen	148
Digitale Teilhabe für alle	148
Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter	149
Digitale Gesundheitsvorsorge	149
Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale Gesundheitsversorgung	150
Sachsen-Anhalt ist mehr wert.....	150

Präambel

Sachsen-Anhalt kann mehr – mit links!

Hallo und schön, dass Sie hier sind! Offenbar gehören Sie zu den Menschen, die sich lieber selbst einen Eindruck verschaffen, statt alles zu glauben, was man Ihnen sagt. Herzlich Willkommen – Sie sind in guter Gesellschaft.

Wir glauben an Sachsen-Anhalt. An die Menschen, die hier mit Herz, Hand und trotz aller Sorgen füreinander da sind. An die alleinerziehende Mutter, die in Teilzeit arbeitet, um nachmittags für ihre Kinder da zu sein. An den Azubi, der für den älteren Mann aus der Nachbarschaft einkaufen geht. An die Reinigungskraft, die immer wieder dafür sorgt, dass es im Hausflur sauber ist und wir uns im Büro wieder wohl fühlen. An die Familie nebenan, die sich abends ehrenamtlich in der Integrationshilfe engagiert, damit alle Menschen hier sicher ankommen. Wir glauben an die Vielfalt in unserem wunderschönen Bundesland. An alle, die unser Leben Tag für Tag am Laufen halten. All diese Menschen sind die wahre Superkraft dieses Landes.

Sachsen-Anhalt ist mehr als Schlagzeilen über Probleme. Es ist ein Land voller Ideen, Vielfalt und Zusammenhalt. Lassen wir uns dieses Land nicht schlechtreden, sondern machen wir es besser.

Dazu brauchen wir eine Politik, die nicht auf Kürzungen setzt, sondern die hinschaut, die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ernst nimmt. Armut, Ausgrenzung und verhinderte Bildungschancen führen zu Angst, Wut und Misstrauen. Sachsen-Anhalt hat mehr verdient und kann auch mehr. Es braucht Investitionen in starke Wirtschaft und Infrastruktur, demokratische Beteiligung und Zukunftsperspektiven und vor allem braucht es dafür alle Menschen in unserem Land.

Stellen wir uns ein Sachsen-Anhalt vor, in dem niemand Angst haben muss, bei Krankheit nicht ausreichend versorgt zu werden, weil es überall erreichbare gesundheitliche Versorgung gibt – in der Stadt und auf dem Land. Ein Sachsen-Anhalt, in dem Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern von Neugier, Entdeckerfreude und engagierten Menschen. Ein Sachsen-Anhalt, in dem niemand Angst haben muss, wegen Geschlecht, Aussehen, sexueller Orientierung, Herkunft oder Überzeugung bedroht zu werden. Ein demokratisches Sachsen-Anhalt, in dem man bleiben möchte, weil man hier eine Zukunft und Perspektive hat.

Wir wollen, dass Arbeit gerecht entlohnt wird, Wohnen bezahlbar bleibt und ein lebendiges Vereinswesen kein Luxusgut ist. Wir setzen uns dafür ein, dass alle eine gute Rente erhalten und dass Kinder in Sicherheit und Geborgenheit groß

werden, ohne Armut, ohne Bürokratie-Dschungel mit guter Bildung und gleichen Chancen.

Wir wissen, dass Geld nicht vom Himmel fällt. Darum wollen wir, dass alle ihren gerechten Beitrag leisten – besonders die, die schon sehr, sehr viel haben. So funktioniert Gemeinschaft: Alle tragen bei, was sie können. Dafür bekommen alle, was sie brauchen.

Wir wissen auch: Zukunft passiert nicht einfach. Sie wird von denen gestaltet, die nicht nur meckern, sondern tatkräftig anpacken. Genau das tun wir – Die Linke. Mit Mut, Gerechtigkeitssinn und einem klaren Ziel: Ein gutes Leben für alle, nicht nur für wenige.

Wir sind Die Linke. Wir sind die, die hinsehen, zuhören, beherzt loslegen und weitermachen. Wir gehen die wirklichen Probleme im Land an. Wir gestalten Politik anders. Wir stehen an der Seite der Menschen im Land, zusammen stellen wir uns dem Rechtsruck und Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegen. Das heißt für uns, dass wir uns für all diese Vorhaben im Parlament einsetzen, für alle Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen vor Ort, begleiten sie und freuen uns mit ihnen über Erfolge und schöne Momente.

Politik kann Spaß machen – besonders, wenn sie etwas bewegt. Für uns bedeutet es soziale Gerechtigkeit mit Herz und Verstand. Und ja, auch mit einem Augenzwinkern: Denn wer sagt, dass Solidarität keine Freude macht?

Alle wollen regieren. Wir wollen aktiv verändern und unser Land zukunftsfähig machen. Zusammen mit den Menschen in Sachsen-Anhalt.

Klingt gut? Dann schnappen Sie sich eine rote Fassbrause und lesen Sie weiter, gerne jede einzelne Zeile, doch wir freuen uns schon, wenn Sie die Kapitel lesen, die Ihnen besonders am Herzen liegen.

Sie werden merken: **Wir sind der Pol der Hoffnung** – und Hoffnung und gute Laune können ziemlich ansteckend sein.

1. Frieden

Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)

Bei vielen Menschen in Sachsen-Anhalt hat die Angst vor einem Krieg zu einer großen Verunsicherung geführt. Die Welt scheint aus den Fugen. Ob Russland oder die USA – der Krieg wird wieder als legitimes Mittel nationaler Interessen propagiert und eingesetzt. Die Antwort von AfD bis Grünen ist aber nicht der Einsatz für das Völkerrecht, Abrüstung und Interessensausgleich, sondern die Herstellung einer nationalen Kriegstüchtigkeit. Es ist unsere feste Überzeugung, dass dieser Weg weder Europa noch Sachsen-Anhalt sicherer werden lässt,

sondern uns in eine immer gefährlicher werdende Spirale von Militarisierung, Aufrüstung und Bedrohung hineinzieht.

Eine solche Politik raubt uns auch die Mittel für die soziale Sicherung, eine bessere Bildung und den Umbau der Industrie.

Deshalb streiten wir:

- gegen die Erhöhung der Militärausgaben, die nicht die Sicherheit, sondern lediglich die Profitrate von Rüstungskonzernen verbessert,
- gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die die jungen Menschen ihrer Freiheit beraubt und ihre Kraft und Energie, die dringend für die Lösung der wichtigen Menschheitsfragen gebraucht werden, sinnlos verschleudert,
- weiterhin für die friedliche Nutzung der Naturlandschaften (z.B. Colbitz-Letzlinger Heide) im Land und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle sowie gegen die weitere Hochrüstung des Standortes Holzdorf.

Eine friedliche Welt ist möglich und wir stehen bei unserem Einsatz dafür nicht allein.

Die Friedenssehnsucht der übergroßen Zahl der Menschen in unserem Land können wir für eine antimilitaristische Politik mobilisieren.

2. Demokratie

Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte Hetze.

Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie

Um die Menschen in unserem Land an politischen Gestaltungsprozessen aktiv und erfolgreich zu beteiligen, sind die rechtlichen Grundlagen bisher unzureichend. Das wollen wir ändern.

Die Linke will:

- die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deutlich erleichtern und erweitern,
- dass bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden die Quoren zum Teil weiter abgesenkt werden,
- vor allem aber die Bedingungen für die Initiator:innen, diese Quoren auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern. Darüber hinaus sollen sich künftig auch Fachausschüsse des Landtags mit Anliegen befassen müssen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner:innen fordern (neues Element: die Einwohnere:inneninitiative).

- die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent der stimmberechtigten Einwohner:innen, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen senken. Auch das Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusenken.
- dass das aktive Wahlalter auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre gesenkt wird.

Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Der Beitrag, der durch Hunderttausende Menschen in Freiwilligenagenturen und Nachbarschaftshilfen, in Freiwilligen Feuerwehren und beim Bevölkerungsschutz sowie in den zahlreichen Organisationen des Sports, der Kultur, der Landschaftspflege für das Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft geleistet wird, ist unbezahlbar.

Diese gemeinnützige Arbeit benötigt verlässliche und verbesserte Grundlagen, zu denen u.a. die einfache Erstattung von Auslagen und die Absicherung bei Schäden, mehr Wertschätzung und mehr hauptamtliche Unterstützung zählen. Die spezifischen Herausforderungen und Barrieren für Frauen und Menschen mit Beeinträchtigungen in Ehrenämtern sind uns bewusst. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen für eine Verbesserung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten ein.

Die Linke will:

- dafür in einem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts den rechtlichen Rahmen schaffen und einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte sowie ein Kommunalbudget zur Schaffung von kommunalen Strukturen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements einrichten,
- dass Ehrenamtliche Mitglieder der kommunalen Vertretungen (Fraktionen) zudem aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie eine angemessene sächliche und auch personelle Ausstattung.

Politische Bildung ausbauen

Die politische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt steht vor großen Herausforderungen. Neben einer grundlegenden Demokratiebildung hat die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich an Bedeutung gewonnen. Anhaltende Veränderungen globalen, gesamtgesellschaftlichen oder lokalen Ausmaßes wie der Klimawandel, die zunehmenden kriegerischen Konflikte, das Erstarken von autoritären und rechtsextremen Bewegungen, die Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz oder der Strukturwandel erfordern die Begleitung durch die Institutionen der politischen Bildung. Insbesondere der ländliche Raum muss entsprechende Angebote erhalten. Außerdem müssen verstärkt Online-Angebote entwickelt werden, um mehr junge Leute zu interessieren. Die Linke will erreichen, dass

jeder Jugendliche bis zum Ende der allgemeinbildenden Schulzeit mindestens einmal eine Gedenkstätte der NS-Diktatur besuchen kann und die Wahrnehmung von Angeboten der politischen Bildung durch das neue Bildungszeitgesetz ermöglicht und unterstützt wird. Dafür ist eine deutliche Erhöhung der Mittel für die politische Bildungsarbeit nötig. Dies betrifft sowohl die Landeszentrale für politische Bildung als auch die demokratischen politischen Landesstiftungen in Sachsen-Anhalt und die freien Träger zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratie.

Rechtsextremismus entwapfen – Demokratiestärkung vor Ort

Den braunen Sumpf trocknen wir nicht mit immer mehr Überwachung aus, sondern mit lebendiger Demokratie vor Ort. Mobile Beratungsteams unterstützen Kommunen beim Umgang mit rechtsextremen Umtrieben und helfen, lokale Strukturen gegen Radikalisierung zu schützen. Jede Gemeinde erhält Unterstützung beim Aufbau demokratischer Beteiligungsstrukturen – denn Demokratie ist kein Luxus, sie ist der beste Schutz für uns alle. Vereine und Verbände werden gestärkt, damit antidemokratische Gruppen keinen Platz finden, weil die Zivilgesellschaft stark und präsent ist.

Wir schützen Bürgermeister:innen, Ehrenamtliche und Engagierte – nicht allein durch Personenschutz, sondern durch starke demokratische Strukturen, Gesetze sowie Polizei und Justiz, die als feste Säulen an ihrer Seite stehen und ihre Arbeit für die Demokratie unterstützen.

Demokratische Beteiligung durch Petitionen

Petitionen sind ein wichtiges Instrument der demokratischen Teilhabe. Sie ermöglichen es Bürger:innen, ihre Anliegen direkt an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen. Durch das Einreichen von Petitionen können Individuen und Gemeinschaften Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse nehmen und wichtige Themen in die öffentliche Diskussion bringen.

Sachsen-Anhalt hat bundesweit eines der bürgerfreundlichsten Petitionswesen. Bürger:innen können ihre Anliegen, seien es Bitten oder Beschwerden, an den Landtag herantragen. In Sachsen-Anhalt dürfen sie bei der Beratung ihrer Petitionen dabei sein und sich aktiv einbringen. Auch Fahrtkosten werden unter Umständen erstattet.

Um den Bedürfnissen und Anliegen unserer Bürger:innen noch effektiver gerecht zu werden, planen wir neben dem Petitionsausschuss die Einführung eines Bürgerbeauftragten. Diese Position wird geschaffen, um eine direkte Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung herzustellen. Der:die Bürgerbeauftragte wird als Ansprechpartner:in fungieren, der:die Sorgen und Anregungen aufnimmt und entsprechende Maßnahmen initiiert. Zu den Hauptaufgaben des Bürgerbeauftragten gehört es, Beschwerden über die öffentliche Verwaltung entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Dies umfasst

sowohl individuelle Anfragen als auch systematische Probleme, die in der Verwaltung auftreten können. Wenn Menschen sehen, dass ihre Stimmen Gehör finden und Probleme tatsächlich angegangen werden, stärkt dies das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit der Demokratie.

In einer Zeit, in der viele Bürger:innen bezüglich der Politik skeptisch sind, sind Petitionsausschüsse und Bürgerbeauftragte von großer Bedeutung. Sie zeigen, dass Demokratie nicht nur ein abstraktes Konzept ist, sondern konkrete Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen hat. Die Stärkung des Petitionsausschusses und der Bürgerbeauftragten ist daher ein wichtiger Schritt hin zu einer lebendigen, aktiven und zufriedenen Zivilgesellschaft.

Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt

Die Religionsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Zivilgesellschaft in unserem Land. Sie organisieren gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind ein wichtiger Anker für die Mitglieder in einer Welt des Wandels und der gesellschaftlichen Verunsicherung. Das trifft nicht nur auf die katholische und protestantische Kirche zu, sondern auch auf jüdische und muslimische Gemeinden. Wir sind uns bewusst, dass die Religionsgemeinschaften immer dann, wenn sie sich gesellschaftlich engagieren, zunehmend unter Druck geraten. Die Kirchen werden massiv von Rechten und nationalistischen Kräften angegriffen, wenn sie sich für Solidarität und Weltoffenheit einsetzen. Die jüdischen Gemeinschaften sehen sich einem immer offeneren und radikaleren Antisemitismus ausgesetzt. Die Verbreitung eines antimuslimischen Rassismus und die Diffamierung der muslimischen Gemeinden reichen weit in die Mitte der Gesellschaft und stellen eine Bedrohung für Demokratie, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Sie drohen eine gefährliche Spirale von Isolation und Selbstisolation in Gang zu setzen.

Die Linke setzt sich dafür ein:

- dass alle Religionsgemeinschaften gleichberechtigt ohne Angst vor Repressionen ihr Gemeindeleben ausgestalten und in unserer Gesellschaft darüber hinaus aktiv werden können,
- ihre Möglichkeiten und Ideen zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben aufgegriffen werden, um mit ihnen gemeinsam an der Entwicklung unseres Landes zu arbeiten,
- an der seit langem von ihr geforderten Ablösung der Staatskirchenleistungen festzuhalten,
- die Möglichkeit zu schaffen, dass Religionsunterricht für alle Religionsgemeinschaften in gleicher Art und Weise eröffnet wird,
- einen kontinuierlichen Dialog mit den Kirchen, den jüdischen und muslimischen Gemeinden auf der politischen Ebene zu organisieren,

- dass religiöser Fundamentalismus, sei er christlich-evangelikaler oder jihadistischer Prägung, durch Intervention, Aufklärungsarbeit, Prävention und zivilgesellschaftliche Initiativen entschieden bekämpft wird.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt braucht eine Finanzpolitik, die Zukunft gestaltet und nicht eine, die resigniert und kapituliert. Zu lange wurde gespart, gekürzt und privatisiert. Zu lange wurden die öffentlichen Kassen durch Steuergeschenke geplündert und das Gemeinwesen durch fehlende öffentliche Investitionen und Umverteilung von unten nach oben geschwächt. Wir sagen: Damit muss Schluss sein. Unser Land darf sich nicht weiter kaputtsparen. Wir müssen jetzt investieren für die Menschen, für die Zukunft unseres Landes! Die Linke steht für eine gerechte Finanzpolitik, die da investiert, wo es am wichtigsten ist und die Menschen direkt profitieren: in gute Arbeit, moderne Schulen, funktionierende Krankenhäuser, in einen starken öffentlichen Nahverkehr und in attraktive Städte und Dörfer.

Gerechte Steuern, gerechte Chancen

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben nach der Abwicklung der Treuhand enorme wirtschaftliche Verluste hinnehmen müssen. Wir wollen diesen historischen Bruch nicht hinnehmen, sondern korrigieren. Wer Millionen besitzt, kann und soll einen gerechten Beitrag leisten – damit alle in Sachsen-Anhalt von einem handlungsfähigen Staat profitieren. Durch den Abbau der Ungleichheit schützen wir nicht nur die Bevölkerung vor Armut, sondern entlasten auch zukünftige Generationen und stärken die Wirtschaft.

Dafür wollen wir:

- Eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer – Große Vermögen müssen endlich wieder ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Eine Vermögenssteuer von 1 Prozent auf Vermögen über einer Million Euro würde Sachsen-Anhalt jedes Jahr bis zu 2,0 Milliarden Euro bringen – Geld, das unseren Städten, Gemeinden und der sozialen Infrastruktur zugutekommt.
- Die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer - Heute wächst der Reichtum in wenigen Händen, während viele Menschen kaum noch Vermögen aufbauen können. Wir setzen uns ein für gerechte Beiträge, damit Vermögenskonzentration abnimmt und Chancen wachsen – für ein Land, in dem Leistung zählt, nicht Erbe.

- Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer - Die heutige Gewerbesteuer erfasst nur einen Teil der selbstständigen wirtschaftlichen Tätigkeiten – viele Solo-Selbstständige und kleine Dienstleistungsunternehmen bleiben unberücksichtigt. Das führt zu ungerechten Belastungen zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen und schwächt die Finanzkraft der Kommunen. Mit der Gemeindegewerbesteuer wollen wir diese Lücke schließen und das System fairer machen: Alle selbstständig erwirtschafteten Einkommen werden einbezogen – mit einem einheitlichen Freibetrag von 24.500 Euro, damit kleine Existenzen geschützt und Bürokratie minimiert wird.

Durch gezielte Umverteilung schaffen wir Gerechtigkeit für die Region und Bevölkerung. Unser Ziel ist ein neues finanzielles Gleichgewicht zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West.

Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt braucht eine Investitionsbank, die mehr ist als ein Verwalter von Fördermitteln und Fonds. Wir kämpfen für eine solche Bank, die Menschen, Regionen und Unternehmen zusammenbringt, die Kapital demokratisch steuert und es in nachhaltige Zukunftsinvestitionen und Innovation lenkt.

Wir wollen:

- die demokratische Steuerung von Investitionsmitteln durch gleichberechtigte Partner:innen aus Wirtschaft, Bürger:innenschaft und Kommunen zur transparenten Legitimation von großen Entscheidungen,
- einen Regional-Investitionsfonds zur Beteiligung lokaler Strukturen und Personen an der Wirtschaft. Dies stärkt auch die Standortbindung, die Mitbestimmung für Beschäftigte und ermöglicht Rückflüsse in lokale Teilhabeprojekte,
- Projekte fördern, die langfristig Arbeitsplätze und Wertschöpfung sichern, umwelt- und bildungswirksam sind.

Sachsen-Anhalt kann ein Land sein, in dem Bildung, soziale Teilhabe, Klimaschutz und Schwimmbäder nicht auf Sparlisten verschwinden, sondern aktive Projekte der Zukunft werden. Die Linke steht dafür, dass wir die Transformation unseres Landes selbst gestalten, zusammen und solidarisch mit den Menschen vor Ort.

Auch wenn die Zinsen heute höher als in der Niedrigzinsphase sind, bleibt eine kreditfinanzierte Investition in Bildung, soziale Infrastruktur und Klimaschutz sinnvoll. Mit einer durchdachten Risiko- und Kostenbewertung, langfristiger Tilgungsplanung und strategischem Einsatz der Mittel können wir antizyklisch handeln, die Wirtschaft stabilisieren und die Zukunft Sachsens-Anhalts aktiv gestalten. So gestalten wir die Zukunft unseres Landes aktiv, solidarisch und für alle Menschen sichtbar.

Wir wollen:

- ein Investitionsprogramm „Zukunft Sachsen-Anhalt“ auflegen für die Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Teilhabe,
- Investitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungen erhöhen,
- den Ausbau von Pflege- und Gesundheitsangeboten,
- mehr Geld in die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Senior:innen investieren,
- erneuerbare Energien, Energiesanierungen und nachhaltige Mobilität für alle, weil davon Mensch und Umwelt profitieren,
- in nachhaltiges Bauen und mehr Stadtgrün investieren.

Mit der Linken als Pol der Hoffnung wird Sachsen-Anhalt zu einem Land, in dem Chancen, Gerechtigkeit und nachhaltige Lebensqualität für alle Wirklichkeit werden. Wir glauben an die Stärke unserer Regionen, unserer Menschen und unserer Solidarität – und wir handeln, damit Hoffnung greifbar wird.

Eine kurzfristige höhere Verschuldung wird durch unsere steuerpolitischen Änderungen und die Förderung der Binnenwirtschaft langfristig kompensiert. Kürzungen in den Bereichen Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben, ebenso wenig den Abbau öffentlicher Infrastruktur oder Personalabbau im öffentlichen Dienst.

Grundlage unserer Finanzpolitik ist die bedingungslose Ablehnung der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir setzen uns aktiv für die Rekommunalisierung strategischer Infrastruktur ein. Wir investieren in das, was wirklich zählt: Menschen, Chancen und Zusammenhalt. So schaffen wir ein Sachsen-Anhalt, das niemanden zurücklässt – solidarisch, gerecht und stark.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

4. Gleichstellung als Herzensangelegenheit

Frauen und Männer sollen nicht nur laut dem Gesetz die gleichen Rechte und Pflichten haben. Sie sollen auch im Alltag gleichberechtigt leben können. Die Linke will eine Politik, die die Bedürfnisse von Frauen ernst nimmt und ihre Probleme konsequent löst.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Noch immer ist der gesellschaftliche Standard der Mann. An ihm werden Rettungsgurte erprobt, Medikamente getestet und gesellschaftliche Erfolge gemessen. Frauen werden oft auch eher schlechter als Männer bezahlt und müssen Berufe annehmen, für die sie oft überqualifiziert sind. Wir wollen, dass

Frauen die gleichen Chancen, Rechte und Zugänge haben wie Männer – nicht mehr und nicht weniger.

Unser Anspruch ist es, allen in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Dafür wollen wir die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre aufarbeiten und zu einer echten Verbesserung für das Leben von Frauen beitragen. Sachsen-Anhalt soll kein Land sein, das die Lebenschancen bestimmter Menschen von vornherein einschränkt. Die Linke will, dass sich alle Menschen in ihrer gesamten Vielfalt entwickeln können. Hierbei wollen wir sie unterstützen.

Wir wollen:

- Frauen bei der Berufssuche stärken und sie ermutigen, sich auf verantwortungsvolle Stellen zu bewerben. Die Arbeit in Kitas, Schulen,
- Krankenhäusern und Pflegeheimen muss aufgewertet und besser bezahlt werden, da sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft sorgt.
- Nicht nur, dass die „sozialen“ Berufe mehr Anerkennung erfahren, sondern dass sich diese Anerkennung auch in den Arbeitsbedingungen wiederfindet.

Schon seit 1997 sieht das Frauenfördergesetz von Sachsen-Anhalt vor, dass der öffentliche Dienst, die Kommunen, die Landesbetriebe sowie „alle der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts“ darauf hinwirken sollen, alle Gremien zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

Wir wollen:

- dass Frauenförderung nach dem Frauenfördergesetz konsequent umgesetzt wird,
- die beruflichen Chancen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Wirtschaft für Frauen erheblich verbessern. Hierbei sind die unter dem Dach des Landesfrauenrats entwickelten Empfehlungen für ein Gleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt eine geeignete Grundlage.
- Gleichberechtigung bei der Besetzung von politischen Führungspositionen. Deswegen wollen wir mit einem Paritégesetz für Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Hälfte der Landtagsmandate und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind.
- das „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ unter Beteiligung der gleichstellungspolitischen Interessenvertretungen fortschreiben und für die Landesbehörden verbindlich machen.

Frauen sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Jede fünfte Familie in Sachsen-Anhalt besteht aus einem Elternteil, die meisten davon sind Frauen. Für sie ist das Risiko, in Armut zu geraten, um ein Vielfaches höher.

Wir wollen:

- dass zur finanziellen Absicherung von Einelternfamilien und ihren Kindern der Unterhaltsvorschuss bedingungslos für alle verfügbar sein muss, die ihn benötigen,
- die Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss abschaffen und dass die Kürzung des Elterngelds zurückgenommen wird,
- dass Alleinerziehende einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten,
- dass Betriebe Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen und Bund und Länder diese Maßnahmen finanziell unterstützen.

Sachsen-Anhalt verfügt über eine breitgefächerte Forschungslandschaft. Längst finden Diskussionen über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht mehr in der Wissenschaft, sondern im Herzen unserer Gesellschaft statt.

Wir wollen:

- dass wir weiterhin auf eine diverse Forschungslandschaft setzen können – dazu gehört auch, die geschlechtliche Vielfalt in der Wissenschaft zu fördern,
- dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Studium, aber ebenso zu Stellen in der wissenschaftlichen Forschung erhalten. Diese Parität soll auch für die Führungsebene der Hochschulen gelten,
- auch Frauen in Handwerksberufen und in der Ausbildung fördern, wo der Bedarf besteht, denn Wissenschaft meint für uns nicht nur die reine Forschung, sondern auch die Umsetzung.

Die Gewalt im eigenen Heim, in der Beziehung oder nach einer Trennung nimmt in Deutschland wieder zu. Frauen werden häufig aufgrund niedriger Beweggründe Opfer einer Straftat. In den vergangenen Jahren ist der Begriff „Femizid“ Ausdruck der Handlung geworden, Frauen aufgrund ihres Frauseins zu töten. Dieser Begriff drückt aus, worin sich die extremste Form von Frauenfeindlichkeit zeigt – in der Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Diesen und weiteren Formen von Frauenfeindlichkeit setzt Die Linke entschieden politisches Handeln entgegen.

Wir wollen:

- die Frauenberatungsstellen im Land stärken und zudem den Eigenanteil für Frauen, die Hilfe in einem Frauenschutzhaus suchen, abschaffen,
- die Akzeptanz von Trans*- Frauen in Schutzräumen,
- insbesondere im Online-Bereich die Verfasser von Hassnachrichten vor Konsequenzen stellen und solche verachtenden Taten verhindern. Deswegen stärken wir die Beratungsstellen gegen Hass im Netz.

- für alle Gewaltschutzprojekte eine institutionalisierte Förderung. Außerdem muss die Eingruppierung der Mitarbeitenden überprüft werden, um eine Schlechterstellung zu vermeiden.
- dass Gewaltschutzprojekte Angebote für Kinder vorhalten, die von Gewalt mitbetroffen sind.

FLINTA*-Personen mit Beeinträchtigungen und solche mit Migrationsgeschichte zählen zu den besonders verletzlichen Gruppen.

Wir wollen:

- die rechtlichen Voraussetzungen verbessern, um auch FLINTA*-Personen ohne gesicherten Aufenthaltstitel vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu schützen,
- zur Kontrolle der Umsetzung der Istanbul-Konvention die Einrichtung einer staatlichen unabhängigen Monitoringstelle vorschlagen sowie eines Runden Tisches, an dem alle relevanten NGOs vertreten sind.

Die Gleichstellung von Frauen, Männern und Menschen ohne bzw. mit dem Eintrag divers zählt zu unseren Kernanliegen. Dass Frauen und Männer in bestimmten Bereichen tendenziell bevorzugt oder benachteiligt werden, ist eine der sichtbarsten Konfliktlinien in unserer Gesellschaft. Für Die Linke heißt das: Gleichstellung ist Querschnittsthema! Bei all unseren Anliegen werden wir Frauen nicht nur mitdenken, sondern unsere Politik gezielt auf sie abstimmen. Neben der Sichtweise und den Bedürfnissen von Männern werden Frauen immer ein gleichberechtigter Teil unserer Politik sein.

Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftliches politisches Engagement sind gleichermaßen wichtige Bereiche gesellschaftlicher Arbeit. Insbesondere die – unbezahlte – Familienarbeit liegt zum übergroßen Teil immer noch bei den Frauen. Besonders im Bereich Gesundheit und Pflege wird Arbeit oft freiwillig und unbezahlt geleistet. Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird.

Wir wollen:

- dafür sorgen, dass sie für Männer und Frauen gleichermaßen besser miteinander vereinbar werden. Heute erbringen Frauen mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit.
- die Sorgearbeit aufwerten. Wer Kranke pflegt, soll deswegen keinen Nachteil erleiden, sondern ein abgesichertes Leben führen können. Wer anschließend wieder in die Erwerbsarbeit eintreten will, soll hierbei durch gezielte Förderprogramme unterstützt werden.
- bereits früh Kinder und Jugendliche für alltägliche Aufgaben sensibilisieren, so dass die Sorgearbeit besser verteilt wird. Hierfür wollen wir auch

die Kindertagesbetreuung und den Hort ausbauen, damit Elternteile wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Der Körper eines jeden Menschen ist einzigartig. Die meisten Körper bewegen sich in der Spannbreite zwischen einer männlichen und weiblichen Einordnung, wobei es auch Körper gibt, sie sich außerhalb dessen bewegen. Dies veranschaulicht, dass nicht alle Körper auf die gleiche Weise funktionieren. Jahrhundertlang wurde die Forschung an Körper außerhalb des CIS-Männlichen vernachlässigt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele Medikamente bei nicht cis-männlichen Personen anders wirken und zum Teil destruktiv sein können. Daher unterstützen wir die geschlechtersensible Forschung und wollen diese ausbauen.

Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein

Mit dem Begriff „Häusliche Gewalt“ wird eine Straftat verharmlosend beschrieben. Die meisten Menschen denken dabei vielleicht als erstes an einen Mann, der seine Frau im Streit schlägt. Häusliche Gewalt beschreibt aber mehr: Die ständige Überwachung durch den Partner; wiederkehrende körperliche Verletzungen durch die Großmutter, aggressives Verhalten der eigenen Kinder. Den Betroffenen fällt es oft sehr schwer, Hilfe zu suchen oder anzunehmen. Die finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin spielt dabei eine ebenso große Rolle wie die psychische Abhängigkeit.

Wir setzen uns für eine Welt ein, in der Familien frei von Gewalt, Angst und Manipulation in Sicherheit und gegenseitigem Respekt leben können.

Wir wollen:

- eine mobile Beratungsstruktur schaffen, die Betroffene von häuslicher Gewalt proaktiv aufsucht. Zum Beispiel könnten Beratungen an öffentlichen Orten oder in Fahrzeugen stattfinden. Diese soll Betroffene aufsuchen und ihnen Unterstützung anbieten.
- dass das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet, sondern stattdessen Verbindlichkeit erhält. Das wollen wir mit einem Aktionsplan gegen Gewalt umsetzen. Hierdurch soll insbesondere professionelles Personal geschult werden, das proaktiv Gewalt vorbeugt und Betroffene berät.
- eine Koordinierungsstelle etablieren, um verschiedene Projekte zu koordinieren, zusammenzuführen und zu evaluieren. Sie soll sicherstellen, dass die Ziele der Istanbul-Konvention umgesetzt werden. Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen gegen häusliche Gewalt können zusätzlich präventiv helfen.
- einen Rechtsanspruch auf Hilfe für Gewaltopfer, der allen zur Verfügung steht – ganz unabhängig von Geschlecht, geografischer oder sozialer Herkunft, Gesundheitszustand oder Aufenthaltstitel,

- verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für die Polizei, Richterschaft und Staatsanwaltschaft, damit Fälle Häuslicher Gewalt von den Behörden als solche erkannt werden. Sie sollen unter anderem dafür Sorge tragen, verpflichtende Anti-Gewalt-Programme für gewaltauffällige Personen als Auflagen zu verhängen. Weiterhin sollen die staatlichen Institutionen mit Nichtregierungsorganisationen besser zusammenarbeiten.
- für von Gewalt betroffene Menschen Frauenhausplätze und Zufluchtswohnungen ausbauen, deren Finanzierung wir als Gesellschaft sicherstellen müssen. Wir werden der Bundesregierung empfehlen, die Wohnsitzauflagen für geflüchtete Frauen bei Gewalt auszusetzen.
- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Umgangsrecht für gewalttätige Elternteile oder Angehörige schneller ausgesetzt werden kann,
- bei Gewalttaten den automatischen Entzug des Sorge- und Umgangsrechts für gemeinsame Kinder für mindestens sechs Monate, um Betroffene und gegebenenfalls Kinder sofort zu schützen. Hierfür sollen bei den Justizbehörden und der Polizei Sonderzuständigkeiten geschaffen werden. Bei einer hohen Risikoeinstufung soll das Näherungsverbot auch digital überwacht werden können.

Queeres Leben in Sachsen-Anhalt

Queeres Leben ist in Sachsen-Anhalt eine Selbstverständlichkeit. Schließlich wurde 1990 in Magdeburg der bundesweit agierende Schwulenverband Deutschland (später LSVD⁺) ausgerufen. Umso tragischer ist es, dass in den vergangenen Jahren die Gewalt an queeren Menschen zugenommen hat. Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt ein weltoffenes Land bleibt, das jede Person unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität anerkennt.

Wir werden:

- uns für eine Bundesratsinitiative einsetzen, damit der 3. Artikel des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität erweitert wird,
- das aktuell gültige Frauenfördergesetz in einem modernen Gleichstellungsgesetz fortschreiben, das alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt,
- das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTI+ zusammen mit der Community zu einem modernen Programm ausgestalten und mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterstützen. An die Vorarbeit des Sozialministeriums werden wir anschließen. Hierbei sollen insbesondere Projekte im ländlichen Raum niedrigschwellig gefördert werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird im Bereich der Jugendbildung und -hilfe sowie in der Unterstützung von Senior:innen liegen,

- bestehende institutionelle Förderungen, wie für die AIDS-Hilfen oder das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt, beibehalten und weitere Vereine als Träger prüfen,
- die LSBTIQ+-Landeskoordinierungsstellen weiter ausbauen und ihre Sichtbarkeit erhöhen,
- uns für eine stabile Förderinfrastruktur einsetzen, die den Landessportbund mit den notwendigen (institutionell geförderten) Personal- und Sachmitteln für Vielfalt im Sport ausstattet,
- die sexuelle Bildung an Schulen durch geeignete Träger finanziell und personell unterstützen.

Die Gewalttaten gegen queere Menschen haben sich vervielfacht. Im öffentlichen Raum, am Rande von CSDs oder im Internet ereignen sich immer mehr Straftaten.

Wir wollen:

- die CSDs stärker schützen, nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch zivile Maßnahmen und die enge Abstimmung mit den Ordnungsbehörden,
- ein Förderprogramm einführen, um CSDs und pride-ähnliche Veranstaltungen im ländlichen Raum mit kleinen Summen niedrigschwellig zu fördern,
- das Amt der hauptamtlichen Ansprechperson für LSBTI+ bei der Polizei stärken,
- die Landesregierung auffordern, eine Kampagne zur Sichtbarmachung der Gewalt gegen queere Menschen aufzulegen. Extremen und populistischen Positionen, die sich gegen queere Identitäten richten, stellen wir uns entschlossen entgegen.
- den Bildungsunterricht inklusiver gestalten. In allen Stationen des Bildungs- und Erziehungsweges sollen queere Themen mitbehandelt werden. Die Lehr- und Erziehungskräfte werden wir hierzu bereits im Studium bzw. in der Ausbildung befähigen, die Curricula dementsprechend anpassen.
- die Sichtbarkeit von queeren Identitäten in der kulturellen Landschaft fördern und Szene-Orte wieder aufleben lassen. Bars, Clubs, Theater und Treffpunkte sind bereits Orte queeren Lebens gewesen, als Homosexualität und trans*Identitäten noch stärker in der Gesellschaft verpönt waren. Wir wollen diese Orte wiederbeleben und vorhandene Strukturen stärken. Auch queere Geflüchtete sollen kulturelle Orte finden, die für ihre Bedürfnisse ausgelegt sind.
- dass, wer als queere geflüchtete Person Asyl sucht, dieses erhält,
- dass trans, inter, nichtbinäre und aspec Menschen sowie queere Geflüchtete bessere, institutionell gesicherte Beratungsangebote vorfinden,
- die Beratungslandschaft ausbauen und finanziell untersetzen. Mit den Kommunen werden wir Gespräche führen, um Wohnungen außerhalb der

- Aufnahmeeinrichtungen für Frauen und queere Personen zur Verfügung stellen zu können,
- eine zielgerichtetere Vermittlung junger queerer Geflüchtete in die Hilfen zur Erziehung.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

5. Bildungsgerechtigkeit schaffen - gemeinsam, miteinander, füreinander!

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem modernen Bildungsland Sachsen-Anhalt

Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen ist für die Kitas und Schulen in Sachsen-Anhalt verheerend. Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sie sind vor allem unser Hier und Jetzt! Ihre Bedürfnisse gehören daher in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik. Doch statt ihnen mehr Unterstützung zu bieten, sind Kinder, Jugendliche und ihre Familien immer häufiger auf sich allein gestellt. So werden Bildungserfolge beeinträchtigt und sozialer Aufstieg behindert. Insbesondere Kinder aus sozial belasteten Familien, mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung haben es immer schwerer.

In den öffentlichen Schulen sinkt die Zahl der Lehrkräfte Jahr für Jahr. Die extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen den Schulformen und Regionen trägt erheblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Der Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler:innen ist mit Blick auf die Vergleichsstudien der letzten Jahre alarmierend.

Durch völlig unzureichende Rahmenbedingungen fällt es vielen Schulen schwer, den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Schüler:innen gerecht zu werden. Insbesondere werden der gemeinsame Unterricht von Schüler:innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen und Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen in das Schulsystem immer mehr erschwert.

Das ist auch ein Grund, warum die Anzahl von Schüler:innen immer weiter steigt, die die Schulen ohne Abschluss verlassen. Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen kann in Sachsen-Anhalt keine Rede sein. Die soziale Schere öffnet sich auch in der Bildung immer weiter.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns: Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben – unabhängig davon, ob die

Eltern reich oder arm sind, ob jemand in der Großstadt, in einem Dorf oder in einer schrumpfenden Region lebt. Gerechte Bildungspolitik gleicht soziale Unterschiede aktiv aus, anstatt sie zu verfestigen.

Bildungsgerechtigkeit braucht verlässliche öffentliche Investitionen. Wir stehen für eine Abkehr von der „Rotstiftpolitik bei den Kleinen“: Wer von Zukunft redet, muss in Schulen, Kitas, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Weiterbildung und digitale Infrastruktur dauerhaft und ausreichend investieren. Die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen muss wieder zur zentralen Aufgabe der Landespolitik werden. Die Linke denkt dabei immer gemeinsam, niemals alleine.

Unser Masterplan für gute Kitas und gute Schulen

Multiprofessionelle Teams – der Schlüssel zum Erfolg!

Durch multiprofessionelle Teams wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen ganzheitlich und individuell betreuen. In den multiprofessionellen Teams sollen Erzieher:innen und Lehrkräfte mit pädagogischen Mitarbeiter:innen, Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Sonderpädagog:innen und Fachkräften für die Sprachförderung zusammenarbeiten. Sie sollen Kinder und Familien von Anfang an unterstützen und sie in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen stärken. Dafür benötigen wir ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und gesicherte Strukturen – und das ein Leben lang.

Für den flächendeckenden Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams werden wir:

- die Konzeption für den Einsatz multiprofessioneller Teams in Kitas und Schulen weiterentwickeln,
- die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung der Konzeption sicherstellen und so die Grundlage für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht von Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf an allen Regelschulen schaffen,
- die beteiligten Fachkräfte kontinuierlich fortbilden, um die Zusammenarbeit und Kommunikation zu unterstützen.

Sozialarbeit in Kitas und Schulen dauerhaft verankern und stärken

In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als unverzichtbar etabliert. Sozialarbeiter:innen begleiten und unterstützen die Lern- und Entwicklungsprozesse in der Schule und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Familie und Jugendhilfe. Mit ihrer Hilfe können problematische Entwicklungen erkannt und angegangen werden. Zudem leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag für den Übergang zwischen den einzelnen Bildungsphasen – von der Krippe bis zur Berufsausbildung.

Daher wollen wir:

- gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Sozialarbeit in Kitas und Schulen zu verstetigen und bedarfsgerecht auszubauen und so die bisherige Folge von zeitlich begrenzten Projektphasen in den Schulen aus verschiedenen ESF-Programmen ablösen und die Finanzierung über ein Landesprogramm dauerhaft sichern,
- für den Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen ab dem Schuljahr 2028/29 einen Personalschlüssel von einer Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler:innen festschreiben und somit ca. 1.200 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen; die Schulsozialarbeit soll dabei weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden,
- eine enge Kooperation zwischen Kita und Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferenzen, strukturierte Übergeben) erreichen, um stabile Beziehungen, frühe Krisenerkennung und verlässlich begleitete Übergänge zu sichern.

Bildung in digitaler Gesellschaft

Lernen und Lehren verändern sich in einer digitalen Gesellschaft rasant und radikal - in Kita wie auch in Schule, Berufsschule und Hochschule. Digitalität ist die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Das heißt: Sie brauchen vielfältige Kompetenzen, um digitale Medien innovativ, selbstbestimmt und lernförderlich zu nutzen und zu gestalten.

Digitale Achtsamkeit und Kinderschutz muss dabei immer einen sehr hohen Stellenwert haben, heißt aber für uns nicht, Kindern den Zugang zu verwehren. Auch hier gelten die Rechte der Kinder aus der Kinderrechtskonvention 1989. Unser Ziel ist, einen kompetenten Umgang mit Datenschutz und mit Persönlichkeitsrechten sowie einen gesundheitsbewussten Umgang zu fördern.

Frei zugängliche Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) unterstützen die Arbeit in den Bildungseinrichtungen und ermöglichen einen ressourcensparenden Umgang mit öffentlichen Mitteln. Deshalb soll die Nutzung von OER-Bildungsmaterialien gezielt unterstützt werden.

Um digitale Mündigkeit für die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, wollen wir:

- ein leistungsfähiges Internet wie auch digitale Geräte allen Kindern und Jugendlichen in ihren Bildungsorten – in Kita wie auch in Schule – für die eigenständige Nutzung zugänglich machen,
- digitale Kompetenzen vermitteln, um hinter die Kulissen von Algorithmen schauen zu können und sie zu verstehen und zu gestalten,
- Medienkompetenz vermitteln, um Medien zu kennen, Medien zu nutzen, mit Medien zu lernen, zu forschen, zu recherchieren, zu spielen,

- Künstliche Intelligenz beim Lehren und Lernen so einsetzen, dass ihre Potenziale vor allem lernförderlich und nicht nur als schnelle Hilfen genutzt werden; künstliche Intelligenz darf nicht eigenes kritisches Denken und digitale Mündigkeit ersetzen.

Bildung für alle – von Anfang an: Kitas stärken

Frühkindliche Bildung legt die Grundlagen für spätere Bildungswege, Gesundheit und soziale Teilhabe. Kitas sind Bildungsorte, in denen Kinder in der Gemeinschaft spielen, lernen, sich ausprobieren, Fehler machen und Vertrauen in sich selbst entwickeln. Sie sind zugleich Orte der Familienunterstützung und der frühen Hilfen, gerade in sozialen Krisensituationen. Jedes Kind in Sachsen-Anhalt muss von Klein auf die bestmögliche Förderung und vor allem bestmögliche Bildung erfahren.

Dafür wollen wir durchsetzen, dass:

- jedes Kind einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen von 10 Stunden hat,
- die Bildung in Kindertageseinrichtungen für alle Eltern beitragsfrei wird,
- die Personalschlüssel entsprechend den wissenschaftlichen Empfehlungen auf 1:3 in der Krippe und auf 1:7,5 im Kindergarten verbessert werden; gute pädagogische Arbeit, Sprachbildung, Inklusion und Elternarbeit sind nur mit ausreichend Zeit und Personal möglich,
- alle Kinder in Kitas und in der Tagespflege eine kostenlose Mittagsversorgung erhalten und in allen Einrichtungen Trinkbrunnen gefördert werden,
- für die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen mit den Jugendämtern abgeschlossen werden, um verlässliche Beschäftigungsperspektiven zu schaffen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- ein neues transparentes Finanzierungssystem eingeführt wird, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzierungsanteil der Gemeinden aufhebt und die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in eine Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten legt; die bisherigen Elternbeiträge sowie die höheren Kosten durch bessere Personalschlüssel werden dabei vollständig durch das Land finanziert,
- dem Programm *Bildung elementar – Bildung von Anfang an* ein größerer Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte eingeräumt wird,
- gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Fachkräften und Eltern der verbindliche Kita-Qualitätsrahmen in Sachsen-Anhalt konsequent einheitlich umgesetzt wird,
- die pädagogische Arbeit der Erzieher:innen durch die Gewährung von Arbeitszeit für die Vor- und Nachbereitung qualifiziert wird.

Um unserem breiten Bildungsverständnis Rechnung zu tragen, wollen wir die Verantwortung für die frühkindliche Bildung und für die Kinder- und Jugendhilfe stärken und an ein Ministerium für Bildung und Jugend übertragen.

Schulerfolg für alle Schüler:innen sichern – Inklusion an den Regelschulen voranbringen

Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen Sprachen, Lebenslagen, Lernvoraussetzungen und Begabungen – gemeinsam lernen und ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Inklusion ist ein Menschenrecht, kein freiwilliges Zusatzangebot. Sie schützt vor Aussonderung und fördert sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist für uns der Anspruch auf eine erfolgreiche, inklusive Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler:innen verbindlich.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Förderung von allen Kindern strukturell verbessern (Klassengrößen, Teameinsatz, differenzierte Lernmaterialien) und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagog:innen einsetzen. Wir werden die Möglichkeiten der Förderung zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern. Dazu zählen u.a. die bedarfsgerechte Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Unterstützung von Werk-statt-Schule-Angeboten.

Wir wollen Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht fernbleiben, nicht kriminalisieren. An die Stelle von Bußgeldern und Jugendarrest müssen mehr sozialpädagogische Begleitung, individuelle Förderpläne und alternative Lernorte treten, um schrittweise wieder Anschluss an Bildung zu ermöglichen. Die Bewertung des Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle Rückmeldungen ersetzen.

Länger und gemeinsam Lernen – berufspraktische Bildung verbessern

Eine gute Schulbildung für alle ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Dabei kommen der Ausweitung der Lernzeit und des gemeinsamen Lernens entscheidende Bedeutung zu.

Dafür werden wir:

- wieder eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht einführen und Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen,
- inklusiv arbeitende Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen besser unterstützen und ihren Ausbau voranbringen,
- für alle Schulen der Sekundarstufe I berufspraktischen Unterricht einführen.

Erweiterte Gemeinschaftsschulen als zweite Säule des Schulsystems entwickeln

Die Gemeinschaftsschule ist unser Leitbild für eine Schule der Zukunft, in der länger gemeinsam gelernt wird, Bildungswege flexibler sind und sich Abschlüsse an den Potenzialen der Schüler:innen statt an ihrer frühen Sortierung orientieren. Die Gemeinschaftsschulen haben sich etabliert und sind bei den Eltern beliebt.

Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Dafür sollen Gemeinschaftsschulen noch attraktiver werden und künftig neben dem Haupt- und dem Real- schulabschluss auch die Fachhochschulreife vergeben können. Erweiterte Gemeinschaftsschulen sollen die Möglichkeit erhalten, in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe einzurichten.

Mittelfristig soll sich auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Schulen und Schulträgern ein Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herausbilden. Für die Schulwahl am Ende der Grundschulzeit sollen die Eltern dann Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahneempfehlung mehr erhalten. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll zu jedem neuen Schuljahr möglich sein.

Außerdem wollen wir die Bildung gymnasialer Oberstufenzentren als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen ermöglichen; die Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll allgemein wieder auf 50 Schüler:innen abgesenkt werden.

Beste Ausbildung für gute berufliche Perspektiven und einen starken Fachkräftenachwuchs

Die Linke setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung zu verbessern. Die Berufsbildenden Schulen sind dabei das Rückgrat der dualen und schulischen Ausbildung. Darüber hinaus ermöglichen sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Schulabschlüsse nachzuholen und schaffen Übergänge in weitere Bildungsgänge.

Die Linke will die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern, indem:

- alle Ausbildungsgänge kostenfrei besucht werden können,
- finanzielle Härten durch unvermeidbare Fahrt- und Unterbringungskosten für den Besuch Berufsbildender Schulen durch Landesmittel und angemessene Arbeitgeberbeteiligung abgedeckt werden,
- die Bildung von Landes- und regionenübergreifenden Fachklassen kritisch geprüft wird, um für Auszubildende unzumutbar lange Schulwege zu vermeiden,
- ein Landesprogramm zur Modernisierung der technischen Ausstattung aufgelegt wird, das die Schulträger in die Lage versetzt, Werkstätten,

- Labore und IT-Infrastruktur auf dem Stand der Technik zu halten.

Technische Hilfsmittel, die für die Ausbildung unverzichtbar sind – etwa Laptops oder Tablets, branchenspezifische Software, digitale Lernplattformen – sollen den Auszubildenden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. So können u.a. in Phasen digitalen Lernens auch unnötig lange Fahrtwege in die Berufsbildenden Schulen (vor allem im ländlichen Raum) verringert werden.

Den Auszubildenden müssen geeignete Selbstlernmaterialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie Ausbildungsdefizite infolge von Unterrichtsausfall durch Selbstlernphasen kontinuierlich ausgleichen und so ihre individuelle Prüfungsvorbereitung sichern können. Außerdem brauchen Auszubildende insgesamt mehr Zeit, um sich auf Prüfungen vorzubereiten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Auszubildenden für mehrere Tage vor ihren Abschlussprüfungen freigestellt werden, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstehen.

Auszubildende, deren Ausbildung gefährdet ist, müssen intensiver begleitet und beraten werden, um den zu hohen Anteil an Ausbildungsabbrüchen zu reduzieren. Jugendliche ohne Schulabschluss, junge Menschen mit Fluchterfahrung oder mit Behinderungen erfordern besondere Begleitung in der beruflichen Ausbildung. Für sie sollen Brückenangebote, Einstiegsqualifizierungen und assistierte Ausbildung ausgebaut werden.

Rechte am Ausbildungsplatz müssen bekannt sein: Gewerkschaften sollen an Berufsschulen regelmäßig über Arbeitnehmer:innenrechte, Mitbestimmung, Schutzrechte und Tarifverträge informieren können.

Schule als ganztätigen Lern- und Lebensortgestalten

Horte ins Schulgesetz

Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte wieder im Schulgesetz verankert werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll. Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen und so u.a. auch eine systematische Förderung besonders begabter Schüler:innen ermöglichen.

Bildungsräume sichern und gestalten

In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. Die Linke wird deshalb die Mindestjahrgangsstärken für die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch schwankende Schüler:innenzahlen zur Disposition gestellt werden und Schul-

träger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten entscheiden können. Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

Für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden werden wir verbindliche Vorgaben schaffen. Bei der Raumausstattung und -gestaltung von Schulen wird das Konzept des Lernraums als dritter Pädagoge berücksichtigt, um lernförderliche und -motivierende Lernumgebungen zu schaffen, die Inklusion als auch das individualisierte Lernen sowie selbstorganisiertes Lernen ermöglichen. Wir werden kontinuierlich in die Barrierefreiheit von Schulgebäuden investieren und auch die Arbeitsbedingungen für die Pädagog:innen in den Schulen verbessern.

Bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten werden wir die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützen. Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzausweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen Pädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und weitere Partner:innen der Schulen eine verbindliche Mitsprache erhalten.

Mehr Eigenverantwortung und Schuldemokratie

Schulen müssen Orte gelebter Demokratie sein. Die Linke setzt sich deshalb für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen ein. Dabei soll es auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die Drittelparität einzuführen. Damit Schulen Motor ihrer eigenen Entwicklung werden, müssen sie selbst mehr über organisatorische, finanzielle und pädagogische Fragen entscheiden können. Die Linke wird den Gesamtkonferenzen zusätzliche Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die Schulträger den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.

Ressourcen sichern: 10 Punkte für eine gute Unterrichtsversorgung

Der extreme Mangel an ausgebildeten Lehrkräften – hervorgerufen durch Fehleinschätzungen des Ausbildungsbedarfs in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten – hat heute massive Auswirkungen auf die Bildungsqualität und trifft besonders Sekundar- und Gemeinschaftschulen, aber auch Grund- und Förderschulen. Immer mehr Schulen können die Stundentafel nicht mehr vollständig erfüllen. So sind die Bildungsziele für einen erheblichen Teil der Schüler:innen nicht erreichbar.

Deshalb wollen wir:

- alle bedarfsmindernden Maßnahmen der vergangenen Jahre zurücknehmen und den Personalbedarf durch schulformkonkrete Personalschlüssel für alle Personalkategorien (Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter:innen,

pädagogische Unterrichtshilfen, Schulsozialarbeiter:innen) im Schulgesetz verbindlich festlegen,

- die Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden Schulen statt auf vier Schulformen künftig auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter der Schüler:innen orientieren, die beiden Lehrämter für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II sollen auch die Ausbildung in sonderpädagogischen Fachrichtungen beinhalten,
- die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg für das neue Lehramt für die Sekundarstufe I und II um 200 Erstsemesterplätze insbesondere für Mangelfächer erweitern, neue Studiengänge sollen dabei auch das Angebot für eine duale Ausbildung mit einer Bindung an den anschließenden Einsatz in Sachsen-Anhalt erweitern,
- für den Vorbereitungsdienst weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) einrichten und zur Gewinnung zusätzlicher Bewerber:innen Anwärtersonderbezüge zahlen,
- die Gemeinden und Landkreise stärker an der Gewinnung von Lehrkräften beteiligen und durch frühzeitige Einstellungszusagen motivieren, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen, um sie so an die Region zu binden,
- die erfolgreiche Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg durch eine Reduzierung der Belastungen in den ersten zwölf Unterrichtsmonaten und ein erweitertes Fortbildungsangebot unterstützen, Lehrkräfte sollen auch mit nur einem Fach den Vorbereitungsdienst berufsbegleitend absolvieren können oder über den Erwerb einer speziellen Laufbahnbefähigung im Wege der Bewährung mit den vollausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt werden,
- die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte wieder ab dem 60. Lebensjahr gewähren, Lehrkräfte vor Zusatzbelastungen schützen, Teilzeitarbeit erleichtern und den Gesundheits- und Arbeitsschutz verbessern,
- die Erteilung von Unterricht durch geeignete zertifizierte Bildungsträger ermöglichen, auf diesem Weg soll auch ein flächendeckendes Angebot für einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis 9 aufgebaut werden,
- für pädagogische Mitarbeiter:innen und pädagogische Unterrichtshilfen ein Fortbildungssystem etablieren, mit dem die Qualifikation für die spezifischen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule verbessert wird, bei Interesse soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine Unterrichtserlaubnis zu erwerben,
- die Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch den bedarfsdeckenden Einsatz von Schulverwaltungs- und Digitalassistent:innen entlasten.

Lebenslanges Lernen – Bildungsangebote auch für Senior:innen

Lebenslanges Lernen gehört zu einem selbstbestimmten Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Menschen bilden sich in unterschiedlichen Lebensphasen weiter, wechseln Berufe, übernehmen Ehrenämter, engagieren sich vor Ort oder wollen im Alter neue Interessen entdecken. Ein öffentlich verantwortetes System der Erwachsenenbildung ist dafür unverzichtbar.

Deshalb wollen wir Volkshochschulen, Bildungswerke, Einrichtungen der Gewerkschaften, Kirchen und freie Träger als zentrale Akteure der Erwachsenenbildung stärken. Ihre Angebote müssen über das Erwachsenenbildungsgesetz vom Land auch künftig dauerhaft und auskömmlich finanziert werden.

Senior:innenbildung ist für uns ein eigenständiger Bestandteil lebenslangen Lernens. Ältere Menschen benötigen Unterstützung, um digitale Technologien sicher nutzen zu können, z.B. für Behördengänge, Banken, Gesundheitsversorgung und soziale Kontakte. Begegnungsorte, an denen sich Generationen austauschen, gemeinsam lernen und Projekte entwickeln, leisten einen wichtigen Beitrag gegen Einsamkeit und Ageismus. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, lokale Bildungsnetzwerke für alle Altersgruppen aufzubauen.

Um Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Alter, Herkunft, Religion, Wohnort und Geldbeutel zu schaffen, müssen Prioritäten neu gesetzt und Entscheidungen mutig und nachhaltig getroffen werden. Die Zukunft des Landes und seiner Menschen hängt entschieden davon ab, dass in der Bildungspolitik endlich neue Wege eingeschlagen werden.

Wir sind der Pol der Hoffnung!

6. Studieren. Forschen. Bleiben.

Bildung ist ein Menschenrecht, Wissenschaft garantiert gesellschaftlichen Fortschritt. Deshalb brauchen wir eine offene, inklusive und sozial gerechte Hochschullandschaft. Wir wollen ein Wissenschaftssystem gestalten, das Rückenwind gibt: vom Studienstart bis zur Professur, von der Idee bis in die Praxis. Dafür statten wir Hochschulen gut aus, stärken ein vielfältiges Studienangebot und überzeugen so junge Menschen, in Sachsen-Anhalt zu studieren. Wir sorgen für beste Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, die zum Bleiben und zum Arbeiten bei uns einladen. Grundvoraussetzung bleibt die Freiheit von Forschung und Lehre, die es zu verteidigen gilt. Wir werden das Wissenschaftssystem mit seinen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, den privaten Forschungsinstituten und der Nationalen Akademie Leopoldina erhalten und ausbauen.

Finanzierung sichern und Strukturen stärken

Hochschulen brauchen verlässliche Perspektiven statt Kürzungen. Eine Strukturplanung, die sich an Aufgaben orientiert, klare Zielvereinbarungen und die Kofinanzierung von Bundesprogrammen schaffen Luft zum Atmen – auch mit weniger Studierenden. Planungssicherheit ist die Voraussetzung für gute Arbeit, Profilbildung und Verlässlichkeit gegenüber Partnern.

Wir wollen:

- Kürzungen im Hochschulhaushalt verhindern – auch bei sinkenden Studierendenzahlen,
- die Grundfinanzierung stärken, Abhängigkeit von der Projektfinanzierung reduzieren,
- eine Hochschulstrukturplanung vorlegen, die bestehende Strukturen sichert und Entwicklung ermöglicht,
- aufgabengerechte Finanzierung sichern und den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre sichern“ durch zusätzliche Landesmittel kofinanzieren,
- Tarifaufwüchse und Inflation vollumfänglich ausgleichen,
- transparente Zielvereinbarungen abschließen als verlässliche Grundlage,
- Antrags- und Abrechnungsverfahren für die Institute der Zuse-Gemeinschaft vereinfachen,
- die Kofinanzierung für die außeruniversitären Einrichtungen sicherstellen,
- beide Medizinische Fakultäten erhalten und beide Universitätsklinika in öffentlicher Hand halten.

Verlässlichkeit schafft Profil: Strukturen sind gesichert, der Zukunftsvertrag ist kofinanziert, klare Zielvereinbarungen geben Planungssicherheit. So kann sich Wissenschaft entwickeln.

Die Linke steht zu dem Versprechen, dass Menschen in Sachsen-Anhalt unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können. Dazu gehören bezahlbares Wohnen und Essensversorgung, günstige Mobilität sowie Lernmittelfreiheit. Studiengebühren lehnen wir ab. Unbürokratische Verfahren, barrierearme Angebote und starke psychosoziale Beratung geben Sicherheit im Alltag. Teilzeit und verlängerte Regelstudienzeiten schaffen Raum, unterschiedliche Lebenslagen zu stemmen.

Wir wollen:

- einen Hochschulsozialpakt auflegen (günstige Mieten, stabile Mensapreise) und das Programm Junges Wohnen verbessern,
- Landesflächen kostengünstig für studentisches Wohnen nutzbar machen,
- Barrierefreiheit an Gebäuden/Angeboten/Lehre ausbauen, chronische Krankheiten/nicht sichtbare Behinderungen berücksichtigen,

- die sozial-psychologische Beratung flächendeckend stärken, Anträge kurz, verständlich und zügig entscheiden, BAföG-Bearbeitungszeiten senken,
- das Semesterticket preislich stabil halten, mittelfristig ein 9-Euro-Ticket und langfristig ein 0-Euro-Ticket einführen,
- Lern- und Lehrmittelfreiheit unbürokratisch einführen, Zweitstudiengebühren abschaffen, lebensbegleitendes Lernen erleichtern,
- auf Bundesebene eine Initiative für ein elternunabhängiges BAföG starten, welches die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten widerspiegelt und jährlich mindestens um die Inflation angepasst wird,
- zusätzliche Unterstützungsangebote für Menschen aus Nichtakademikerhaushalten schaffen,
- einen landesweiten Fonds gründen, der die Entlohnung von Pflicht-praktika sowie die Unterstützung von Studierenden im Kontext eigenständiger akademischer Weiterbildung wie z.B. Summerschools, Tagungen, Auslandspraktika, Reisekosten etc. ermöglicht.

Bezahlbarkeit öffnet Wege: Wohnen bleibt leistbar, Mensapreise sind stabil, Lernmittel kostenfrei, Verfahren kurz und verständlich, Mobilität ist bezahlbar. So wird aus Durchhalten gut studieren.

Ein guter Anfang entscheidet. Frühzeitige leichte Orientierung, einfache Zugänge und Unterstützungsangebote helfen allen – besonders aber Erstakademiker:innen. Nach dem Prinzip „eine Tür – viele Hilfen“ werden Krisen abgefangen, Fachwechsel erleichtert und Barrieren abgebaut. Längere Regelstudienzeiten geben Luft.

Wir wollen:

- Unterstützungsangebote ausbauen (Krise, Fachwechsel, Studienverlauf) – „eine Tür – viele Hilfen“,
- Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen abschaffen,
- Regelstudienzeiten verlängern, so dass ein 8-semesteriger Bachelor-studiengang mit einem 4-semesterigen Master kombiniert werden kann,
- eine Masterplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent:innen im Land umsetzen,
- Barrierefreiheit ausbauen, Teilzeit ermöglichen.

Qualifikation erleichtern, ohne Qualität einzubüßen. Mit profilierter Unterstützung, weniger Bürokratie, echter Barrierefreiheit und schaffbaren Regelstudienzeiten. So kommen mehr Studierende sicher an – und gut voran.

Das zentrale Anliegen unserer Bildungspolitik ist die Sicherung eines umfassenden Bildungsangebots und die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit, damit alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, familiärem Hintergrund oder sozialökonomischem Status, die gleichen Bildungschancen und -

möglichkeiten haben. Darüber hinaus ist uns die Entwicklung gefestigter demokratischer Grundüberzeugungen und Handlungsweisen ein wichtiges Anliegen. Wir sind der Pol der Hoffnung.

Wir möchten, dass sich die Studierenden an unseren Hochschulen von Anfang an willkommen fühlen. Das betrifft insbesondere die internationalen Studierenden. Die staatlichen Studienkollegs in Halle und Magdeburg vermitteln Sprachkenntnisse und bereiten auf das Studium in Deutschland vor. Der Übergang in unsere Hochschulen soll attraktiv gestaltet werden.

Wir wollen:

- Willkommenskettens schaffen – Begleitung vom ersten Semester bis zum ersten Job in Sachsen-Anhalt,
- internationale Studierende unterstützen (Sprache, Anerkennung, Aufenthalt) – von Studienkolleg bis zum Berufseinstieg vor Ort,
- Vernetzung von Landkreisen/Städten/Hochschulen/Arbeitgebern stärken – schnelle Wege in gute Beschäftigung,
- Strukturen des Landes für Verbleib und Studienbewerbung aufbauen,
- einen soziologischen Hochschulbildungsbericht beauftragen (Herkunft, Studienerfolg, Verbleib).

Willkommen lädt zum Bleiben ein: Sprache, Anerkennung und Jobwege greifen, Land und Hochschulen werben gemeinsam, eine Berichterstattung zeigt Herkunft, Verläufe und Verbleib. So werden aus Ankommenden Fachkräfte vor Ort.

#IchbinHanna ernst nehmen – Gute Arbeit in der Wissenschaft

Gute Arbeitsbedingungen sind eine Grundvoraussetzung für die Stärkung von Forschung und Lehre. Wir möchten das „hire and fire“-Prinzip durchbrechen und die Abhängigkeiten reduzieren. Hierzu sollen Befristungen zurückgefahren, Beschäftigungssicherheit garantiert und geleistete Arbeit im vollen Umfang entlohnt werden.

Wir wollen:

- Daueraufgaben mit Dauerstellen unterlegen – in Lehre, Forschung und Verwaltung,
- Druck machen auf die Bildungspolitik im Bund – es braucht mindestens eine Novellierung des WissZeitVG, um gute Arbeit in der Wissenschaft zu erreichen,
- Mindestbedingungen für studentisch Beschäftigte festschreiben und einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud) unterstützen (planbare Jobs, Verträge vor Tätigkeitsbeginn, fristgerechte Zahlung),

- Projektstellen stabilisieren: Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten koppeln, Mindestlaufzeiten, Verlängerungen bei Weiterbewilligung, Überbrückungsfonds, ein Teil der Pauschalen fließt verbindlich in Personalstabilität/Qualifizierung,
- vom Lehrstuhlprinzip abrücken, Fachbereichsstrukturen ausbauen.

Planbarkeit schafft Qualität: Daueraufgaben werden zu Dauerstellen, Verträge passen zur Projektlaufzeit, Arbeit in der Wissenschaft wird fair und planbar.

Der Generationswechsel ist Chance und Aufgabe: etablierte Karrierewege an Hochschulen für junge Wissenschaftler:innen, schnelle Berufungen, Willkommenskette und Familienfreundlichkeit ziehen Menschen an – und halten sie. Wir wollen den Praxisexpert:innen den Einstieg in die Hochschulen für angewandte Wissenschaften vereinfachen. In der Hochschulmedizin zählt das Zusammenspiel von Forschung, Lehre und Klinik.

Wir werden:

- hochschulische Laufbahnen für junge Wissenschaftler:innen ausbauen, gemeinsames Mentoring fördern,
- Geschlechtergerechtigkeit sichern: Professuren attraktiver für Frauen
- gestalten, Betreuungszeiten anrechnen, Wissenschaftskarrieren von Frauen aktiv unterstützen,
- Willkommenspakete (Wohnen, Dual Career, Behördenwege) einführen,
- Tandem-Professuren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausbauen.

Gute Berufungen binden Menschen: Laufbahnen sind verlässlich, die Willkommenskette greift, Familienfreundlichkeit und starke Lehre-/Labor-Teams federn Übergänge ab. So entscheiden sich Fachkräfte für Sachsen-Anhalt – und bleiben.

Qualifizierungsphasen dürfen kein Hürdenlauf sein. Faire Förderhöhen, anerkannte Stipendienzeiten, klare Informationen und überbrückte Übergänge machen Laufbahnen planbar. Betreuungsvereinbarungen und Mentoring geben Sicherheit.

Wir wollen:

- die Landesgraduiertenförderung stärken, die Stipendienanzahl erhöhen, Förderhöhen an Bundesstiftungen orientieren, faire Zuverdienstmöglichkeiten, Familien-/Pflegezeiten ohne Nachteile, Kranken- und Pflegeversicherungs-Zuschüsse sichern,
- Graduiertenstipendien mit Stellen kombinieren,
- Stipendienzeiten bei Einstellungen im öffentlichen Dienst als Erfahrung anerkennen,

- Übergänge in Qualifizierungsphasen überbrücken (in Absprache mit Hochschulen/Forschungseinrichtungen),
- Beratung und Begleitung bei der Bewerbung um externe Stipendien etablieren,
- Promotionswege strukturieren (Betreuungsvereinbarung, Mentoring, Zugang zu Hochschuleinrichtungen),
- Promotionsstellen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften einrichten,
- verlässliche Karrierewege (Tenure Track) als Regel in der Wissenschaftskarriere etablieren.

Perspektive statt Prekarität: Graduiertenförderung ist kein Feigenblatt, Stipendien fördern gute Forschung Tenure Track schafft Verlässlichkeit, wissenschaftliche Arbeit wird für alle Lebenswege ermöglicht. So wird Sachsen-Anhalt zum attraktiven Wissenschaftsstandort.

Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität

Wirkungsvolle Forschung baut auf Grundfinanzierung und faire Kooperationen. Transparente Regeln und ein Projektverzeichnis schaffen Überblick. Digitale Souveränität – eigene Dienste, Landes-Cloud, Ausstiegsklauseln – vermeiden Abhängigkeiten, Open Access und offene Daten machen Wissen nutzbar.

Wir wollen:

- Grundlagenforschung sichern und stärken,
- Kooperationen gleichberechtigt und transparent gestalten (landesweites Projektverzeichnis),
- digitale Souveränität aufbauen: Landes-Cloud, verlässliche Online-Dienste, Ausstiegsklauseln,
- KI-Kompetenz fördern – Chancen nutzen, Grenzen klären,
- Open Access und offene Forschungsdaten ausbauen, Sichtbarkeit für Lernende/Forschende erhöhen,
- eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz verankern.

Souverän forschen, fair kooperieren: Grundfinanzierung trägt, Verträge sind transparent, Landes-Cloud und Open Access machen unabhängig, zivile Forschung wird gestärkt. So bleibt Wissen frei, sicher und nutzbar.

Wenn Campus und Region zusammenarbeiten, wird Forschung sichtbar: Reallabore, Praxissemester und klare Ansprechstellen bringen Lösungen in Kommunen, Kliniken, Schulen und Betriebe – in Stadt und Land. Standardwege und Verträge beschleunigen die Zusammenarbeit, Wege zurück in die Wissenschaft bleiben offen.

Wir wollen:

- Reallabore unterstützen und Direktverbindungen zu Kommunen/Kliniken/Schulen/Betrieben stärken – auch im ländlichen Raum,

- Innovations-/Praxissemester fördern und Ergebnisse nutzen,
- Wechselwege zwischen Wissenschaft und Praxis vereinfachen,
- Matching, Standardverträge, Datenhinweise und Transfer-Ansprechstellen bereitstellen.

Nähe macht Wirkung: Reallabore, Praxissemester und Standardwege verankern den Campus in der Region. Erkenntnisse erreichen den Ort, an dem sie benötigt werden. Forschung verliert nicht den Anschluss an die gesellschaftlichen Herausforderungen. So bleibt Wissenschaft dort, wo sie hingehört: mitten im Leben der Region.

Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent

Freie Lehre und Forschung sind die Grundlage starker Hochschulen. Gegen politischen oder finanziellen Druck braucht es Schutz – rechtlich, institutionell und kulturell. Mehr Demokratie in Gremien, klare Rechte und offene Informationen stärken Vertrauen, Qualität und Vielfalt.

Wir wollen:

- die Wissenschaftsfreiheit gegen autoritäre Eingriffe/finanzielle Zwänge verteidigen, bei Einschüchterungsklagen schnell Schutz bieten,
- ein neues Landeshochschulgesetz erarbeiten: Viertelparität (wo möglich), studentisches Prorektorat, Prorektorat der Mitarbeitenden, Inklusionsbeauftragte: mit Stimmrecht, gestärkte Gleichstellungsbeauftragte,
- studentische Gremien stärken (Zugang zu Informationen/Ressourcen), teilverfasste Studierendenschaft und allgemeinpolitisches Mandat verteidigen.

Freiheit und Mitbestimmung schützen Erkenntnis: Forschung und Lehre sind vor Druck gesichert, Gremien arbeiten demokratisch, alle Statusgruppen entscheiden mit, Informationen sind offen, Wissenschaft bleibt resilient. So erhält Selbstverwaltung ihren Sinn und Wissenschaft bekommt den Rückhalt, den sie verdient.

Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen

Guter Unterricht beginnt in der Ausbildung: Praxissemester mit Qualität, Partnerschulnetzwerke und genügend Dozierende verbinden Studium und Schulalltag – auch im ländlichen Raum. Sprachbildung, Inklusion und digitale Werkzeuge gehören selbstverständlich dazu.

Wir werden:

- Praxissemester qualitativ absichern und Ausbildung/Schulalltag verzahnen – in Uni-Städten und im ländlichen Raum,
- die Finanzierung der Lehramtsausbildung verstetigen, um Dozierende dauerhaft einzustellen (Fachdidaktik, Bildungswissenschaften und den Wechsel zwischen Schule und Hochschule ermöglichen),

- Kooperationen zwischen Schulen/Hochschulen stabilisieren, Partnerschulnetzwerke/Mentoring ausbauen,
- Sprachbildung, Inklusion, digitale Werkzeuge stärken – mit einem landesweiten Qualitätsrahmen (Mentoring, Zeitfenster, Phasen-Zusammenarbeit) und jährlichen Fortschrittsberichten,
- Quer-/Seiteneinstieg gezielt fördern und nachqualifizieren,
- neue Modelle der Lehramtsausbildung einführen.

Praxis schafft Sicherheit: Praxissemester sind abgesichert, Partnerschulnetzwerke tragen, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften sind ausgebaut. So beginnt guter Unterricht – landesweit.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

7. Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit

Sachsen-Anhalt armutsfrei

Neben einer existenzsichernden Grundsicherung ohne Sanktionen und Schikanen, einer armutsfesten Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro sowie einer Kindergrundsicherung ohne große bürokratische Hürden müssen wir für mehr Solidarität eintreten. Und – damit verbunden – laut werden gegen Spaltung und Hetze, um ein gutes Leben für alle zu organisieren statt Reichtum für wenige zu dulden!

Auch wenn wir im Land die verfehlte Politik des Bundes nur abfedern können, müssen wir präventiv und langfristig Armut als Querschnittsthema angehen. Die sozialpolitischen Probleme sind gleichermaßen vielseitig und greifen ineinander, wie Armut facettenreich ist. Die Armutsquote im Land liegt über dem Bundesdurchschnitt und verschärft sich in Verbindung mit einem starken Niedriglohnsektor. Dies führt zu Wohnraumproblemen, Pflegelasten, niedrigen Löhnen, Fachkräftemangel, Diskriminierung und beschleunigt den demografischen Wandel durch Abwanderung von Nachwuchs beim Fachpersonal und jungen Familien. Damit ist Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich das Bundesland mit dem höchsten Durchschnittsalter und einem starken Bevölkerungsrückgang. All diese Probleme sind der Politik seit Jahren bekannt! Auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Deutschlandkoalition, bestehend aus SPD, CDU und FDP, eher eine Armutsverwaltung an den Tag gelegt als Lösungen zu liefern. Die Konsequenz: eingeschränkte Teilhabe insbesondere für die jüngsten und ältesten Mitglieder unserer Gesellschaft, Druck auf soziale Sicherungssysteme und schwierige Lebenslagen besonders in ländlichen Regionen. Die damit steigende soziale Ungleichheit wird zum Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Doch statt zu helfen, verschärft die Bundespolitik aktuell die Situation weiter. Es wird behauptet, Sozialausgaben seien nicht mehr tragbar, während sich die Diäten der Abgeordneten regelmäßig erhöhen. Menschen, die staatliche Unterstützung benötigen, werden als "Sozialschmarotzer" diffamiert. Trotz der bestehenden Probleme im Lebensalltag vieler Menschen plant die aktuelle Koalition aus CDU und SPD die weitere Aushöhlung des Sozialstaats. Damit wird Armut gesetzlich verankert, und es droht die Wohnungslosigkeit für viele. Bestehende Hilfesysteme sind den Bürger:innen oft nicht bekannt, Zugänge sind erschwert und Beratungsangebote fehlen. Die Linke schafft als niedrigschwellige Hilfe mobile "Bürokratie-Lotsen", um Antragshemmnisse abzubauen. Die aktuelle Politik bekämpft nicht die Armut – sie verfestigt sie!

Für ein solidarisches Leben

Wir engagieren uns für den Wandel von einer Armutsverwaltung hin zu einer Armutsüberwindung. Hierfür müssen die Verhältnisse im Land, die eine soziale Ungleichheit verursachen, aufgedeckt werden. Seit Jahren gibt es kein klares Bild über die soziale Lage im Land. Armut und deren Folgen sind immer eine Frage von Einkommen und der Verteilung von Mitteln. Aus diesem Grund braucht es eine kontinuierliche und aktuelle Berichterstattung über die Armutsverhältnisse im Bundesland Sachsen-Anhalt. Seit Jahren werden in Sachsen-Anhalt mit der Gießkanne und ohne konkrete Planung Maßnahmen zur Armutsbekämpfung getroffen. Doch ob diese Maßnahmen auch ankommen und die gewünschte Wirkung im Lebensalltag der Menschen haben, ist unklar. Aus diesem Grund braucht es einen Aktionsplan, der den Rahmen für neue, innovative Ansätze der Armutsbekämpfung schafft und sich an der Lebensrealität der Menschen im Land misst. Doch langfristig müssen wir von einer Verwaltungs- und Interventionsstrategie zu einer Armutsprävention kommen.

Wir wollen:

- eine Datenbank zur Einführung einer aktuellen sozialen Berichterstattung über alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten hinweg mit der Aufnahme von aktuellen Daten der sozialen Lage in Sachsen-Anhalt, die aufgearbeitet und bundesweit vergleichbar sind, um zielgenaue Maßnahmen sowie deren Wirkung langfristig nachzuvollziehen und abzuleiten,
- die Erstellung und Umsetzung eines übergreifenden Landesaktionsplans zur Armutsbekämpfung, um Maßnahmen und Zielstellungen – unabhängig vom Alter, von der Herkunft und dem Geldbeutel – für den Zugang zu den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, Ausbildung, Tarifbindung und Arbeitsmarkt mitzudenken,
- eine landesweite Koordinations- und Umsetzungsstrategie zur Einführung einer integrierten kommunalen Gesamtinfrastruktur zur Verbesserung der Teilhabechancen von armutsgefährdeten Kindern, um das Aufwachsen ohne Einschränkungen in Bildung, Kultur und mit sozialer Teilhabe vor Ort zu ermöglichen.

Auch wenn unser Ziel ist, langfristig Armut präventiv zu überwinden, müssen wir feststellen, dass es aktuell soziale Verfehlungen gibt, die real bestehen und insbesondere das Leben der älteren Menschen im Land vehement betreffen. Seit mittlerweile Jahrzehnten kämpfen Menschen in Sachsen-Anhalt um die Anerkennung ihre Arbeits- und Lebensleistungen aus DDR-Zeit. Tagtäglich spüren zahlreiche Renter:innen im Land die verfehlte Rentenüberleitung und ihre Konsequenzen. Die Zahl an Rentner:innen, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind, steigt. Oftmals stellt die gesetzliche Rente die einzige Einkommensquelle für Menschen im Alter dar. Es braucht eine landespolitische Strategie, um Altersarmut und ihre Folgen abzufedern. 60 Prozent der Renten im Land lagen 2024 unter der bundesweiten Armutsgrenze, obwohl die Mehrheit der Rentner:innen mehr als 40 Beitragsjahre gearbeitet haben. Insbesondere im ländlichen Raum verschärft sich die Situation für ältere Menschen durch eine mangelnde Infrastruktur, geringe Mobilität, den Rückbau von Kultur-, Bildungs- und Beratungsangeboten und den eingeschränkten Zugang zu pflegerischen oder medizinischen Versorgungsangeboten.

Wir wollen:

- das Rentenniveau im Bund auf 53 Prozent anheben und eine gemeinsame gesetzliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen müssen,
- die Einführung eines Gerechtigkeitsfonds, der regelmäßige Ausgleichszahlungen an einen erweiterten Kreis ehemaliger DDR-Beschäftigter gewährt und die besondere Situation von in der DDR geschiedenen Frauen berücksichtigt,
- städtebauliche Planungen mit einer wohnortnahen Versorgung für den täglichen Bedarf, Apotheken und Arztpraxen – auf dem Land und allen Wohnquartieren,
- ein Verbot jeglicher Diskriminierung aus Altersgründen – sowohl für junge als auch für ältere Menschen – und hierfür eine entsprechende Regelung im Grundgesetz.

Soziale Teilhabe muss über Generations- und Altersgrenzen hinaus möglich sein. Nicht Armut, sondern sozialer Zusammenhalt muss zur politischen Priorität werden. Ein gutes Leben für alle ist möglich, wenn wir es gemeinsam einfordern und dafür kämpfen!

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt

Die Linke steht für eine moderne, zukunftsweisende und krisensichere Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von der Zusammensetzung und Konstellation der Familie. Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein

gutes und zukunftsangstfreies Leben zu führen, und das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik den Ausbau der Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Familien in Sachsen-Anhalt haben mit verschiedenen Hürden zu kämpfen. Regelmäßige Schul- und Betreuungsausfälle oder gar der völlige Wegfall von sozialer Infrastruktur. Vor Ort-Angebote im Bereich Sport, Kultur und Freizeit in verschiedenen Regionen gehen zurück mit spürbaren Konsequenzen im Alltag vieler Familien. Dies ist stark vom Wohnort abhängig. Hinzu kommen steigende Wohn-, Lebensmittel- und Energiepreise, die das Leben von Familien zusätzlich belasten. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen oder auch Alleinerziehende und Pflegefamilien spüren die damit aufziehende soziale Kälte. Auch wenn die unterschiedlichen Alltagsbedingungen den bisherigen Landesregierungen bekannt waren und sie ein Bewusstsein für die verschiedenen Problemlagen hatten, konnten keine konkreten Hilfen oder Lösungen angeboten werden, um Sachsen-Anhalt familienfreundlich zu machen. Stattdessen wird auf die Zuständigkeit anderer Ebenen verwiesen, oder Eltern werden in einen Urwald quer durch bestehende Programme und Sozialleistungen geschickt. Die Odyssee durch die Bürokratie ist mit verschiedenen Ämtergängen, langen Wegen und viel Zeit verbunden. Hinzu kommt die Antrags- und Formularschlacht, welche neben üblichen Alltagsaufgaben mit Haushalt, Arbeit und Kinderbetreuung die Familien im Land zusätzlich belasten.

Familienfreundlich vom Bund ins Land

Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts ist armutsfrei. Hierbei darf die Familienplanung nicht abhängig vom Geldbeutel und der Karriereplanung sein.

Wir wollen:

- eine armutsfeste, eigenständige und sanktionsfreie Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 630 Euro pro Monat für alle Kinder, die niedrigschwellig bzw. ohne hohe bürokratische Hürden beantragt werden kann,
- eine gesetzliche Entkopplung der Beantragung des Elterngelds von der Geburtsurkunde, damit die von den Hebammen ausgestellten Geburtsbescheinigungen für die Antragsstellung herangezogen und in ausgelasteten Kommunen die Wartezeiten zur Leistungsbewilligung verkürzt werden können,
- eine bundesrechtliche Gleichstellung von Pflegeeltern beim Bundeselterngeld,

- eine Anpassung der Vollzeitarbeitszeitregelung zu einer 4-Tage-Woche bei gleichbleibendem Lohn zur Entlastung der Familien und zur Verhinderung von Einkommenseinbußen durch Teilzeit.

Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts muss die Lebensrealitäten aller Elternteile mitdenken. Hierfür dürfen wir nicht nur über die Problemlagen der Familien im Land reden, sondern müssen mit ihnen zielgenau Lösungen erarbeiten. Eine nahbare Politik im Land hört nicht nur den Menschen im Land zu, sondern überprüft mit ihnen gemeinsam ihre Wirksamkeit.

Wir wollen:

- einen Runden Tisch für Alleinerziehende, welcher es Elternteilen ermöglicht, politische Beschlüsse und deren Konsequenzen selbst zu überprüfen, um einen langfristigen Aktionsplan Alleinerziehende mit konkreten Maßnahmen für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu bestimmen,
- die Einführung von sogenannten mobile „Bürokratie-Lotsen“, welche Familien auch vor Ort und vor allem im ländlichen Raum bei der Orientierung und der Beantragung von Leistungen sowie bei der Bewältigung der damit einhergehenden Bürokratie unter Berücksichtigung der spezifischen Ansprüche der jeweiligen Familien beraten und unterstützen,
- die Vereinheitlichung der Kataloge der einmaligen Beihilfen und der Zuschüsse, um eine Gleichbehandlung aller Pflegefamilien im Land, unabhängig von ihrem Wohnort, umzusetzen,
- den Erhalt aller Kita-, Schul- und Hortstandorte im Land und eine Anpassung der Personalschlüssel in Kitas sowie mehr Stellen für pädagogisches Fachpersonal in Schule und Hort.

Wir wissen: Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale Sicherheit in allen Lebensbereichen. Durch den anhaltenden Sozialabbau steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder und sich selbst bleibt kaum Zeit. Wenn das Wir ausfällt, fällt Familie aus. Wenn Kita ausfällt, fällt Bildung aus. Wenn Menschlichkeit ausfällt, fällt Solidarität aus. Nur mit verlässlichen Strukturen, echter Teilhabe und einer Politik, die den Alltag der Menschen versteht, kann unser Land ein Ort werden, an dem Familien sicher, würdevoll und ohne Hürden leben und ihre Zukunft gestalten können.

Die Kleinsten schützen und stärken

Kinder benötigen besonderen Schutz. Sie können sich meist nicht gegen gewaltsame Eingriffe in ihr Leben wehren. Stattdessen nehmen sie alarmierende Handlungen Erwachsener und anderer als normal wahr. Wir wollen, dass Kinder zu selbstbewussten Menschen heranwachsen können, weswegen wir sie nicht nur in ihrer Entwicklung fördern, sondern sie ebenfalls vor äußeren Eingriffen schützen wollen.

Deswegen wollen wir Folgendes erreichen:

- **Staatlichen Schutz verbessern:** Wir werden für einen Qualitätsdialog des Landes mit den Kommunen eintreten, um die personelle Ausstattung der Jugendämter zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Weiterentwicklung der Netzwerke Früher Hilfen und Kinderschutz sowie die Förderung präventiver und niedrigschwelliger Angebote, insbesondere im ländlichen Raum.
- **Hilfen zur Erziehung stärken:** Zwischen den Hilfen zur Erziehung, den Kinder- und Jugendpsychiatrien und den Gesundheitsämtern braucht es ein transparentes Übergangsmanagement und verbindliche Kooperationsstrukturen, um die Hilfen passgenau für jeden jungen Menschen anzubieten. Kinder, Jugendliche und ihre Familien müssen in ihrem Rechtsanspruch auf Jugendhilfe stärker unterstützt werden. Deswegen wollen wir die flächendeckende Einführung von Ombudsstellen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Kommunen wollen wir finanziell in dem Bereich entlasten.
- **Einheitliche Mindeststandards für die Jugendhilfeplanung:** Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Jugendhilfeplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte nach quantitativen und qualitativen Mindeststandards erfolgen und mit einer durch das Land zu erarbeitenden landesweiten Jugendhilfeplanung abgestimmt wird, um ein Aufwachsen in gleichen Lebensverhältnissen zu sichern. Dazu gehören landeseinheitliche Mindestvorgaben für Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen (LQE) zwischen Landkreisen und Trägern von Kindertageseinrichtungen. Diese müssen verbindliche Standards insbesondere zu Leitungsstunden, hauswirtschaftlichen und technischen Ressourcen sowie zur Reinigungsqualität enthalten und landesweit vergleichbar ausgestaltet sein.

Betreuung mit geistig beeinträchtigten Menschen stärken

Einrichtungen bzw. Träger, welche mit geistig beeinträchtigten Menschen arbeiten, brauchen einen Landesrahmenvertrag welcher die tatsächlichen Kosten und übergeordnete Aufgaben (bspw. Projekt- Konzeptentwicklung, Qualitätssicherung und Absicherung der Sicherheitsstandards) mit einschließt und Ferienfreizeiten mit den Bewohner:innen wieder ermöglicht, Bürokratie bzw. Verwaltungsaufwand minimiert und letztendlich mehr Zuwendungszeit für die zu Betreuenden bleibt und Menschen mit geistiger Beeinträchtigung wirklich stärkt.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Flächendeckende medizinische Versorgung

Stationäre Versorgung in öffentliche Hand

Wir kämpfen für eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung.

Wir wollen:

- eine Entökonomisierung: Krankenhäuser sollen nach Bedarf und Qualität finanziert und organisiert werden, nicht nach Fallpauschalen, Profit oder Kostendruck.
- integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die ambulante, stationäre und Notfalleleistungen aus einer Hand anbieten und eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen gewährleisten.

Wir setzen auf eine stabile und verlässliche Gesundheitsversorgung der Menschen.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Der andauernde Schrumpfungsprozess in der Krankenhauslandschaft ist für uns ein grundlegendes Problem. 1991 gab es im Land 72 Krankenhäuser, aktuell sind es noch 44. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde um mehr als 11.200 reduziert, gut ein Drittel.

Die vom Bund gesteuerte Krankenhausreform von 2025 setzt die seit Jahrzehnten laufende Standortreduzierung im Land durch Mindest- und Qualitätsvorgaben weiter fort. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land sind in privater Hand und werden unter Gesichtspunkten maximaler Rendite geführt. Bleibt sie aus, kommt es zu kurzfristigen Schließungen von Häusern oder Abteilungen in den Landkreisen.

Der Norden des Landes hat die größten Versorgungslücken, wie bereits das Krankenhausgutachten von 2023 zeigte. Besonders fragil ist die Versorgung von Kindern und Jugendlichen, Frauen, Schwangeren, von Neu- und Frühgeborenen sowie Notfällen und in der Neurochirurgie. Die bisherigen Landesregierungen unterließen ihre Verantwortung bei der Finanzierung der Investitionskosten, die Krankenkassen sparen bei der Finanzierung der Betriebskosten. Viele Einrichtungen kämpfen deshalb mit der Insolvenz. Darunter leiden auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, was weiteren Fachkräftemangel zur Folge hat. Die Patienten sind verunsichert und brauchen eine stabile Gesundheitsversorgung.

Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung

Die Finanznot von Kommunen und Landkreisen sowie die EU-Wettbewerbspolitik führen zur Zunahme von privaten Krankenhausbetreibern und unsicheren Perspektiven für eine langfristige und planbare Gesundheitsversorgung, besonders in den ländlichen Gebieten. Ameos und Helios müssen für ihre Aktionäre Gewinnausschüttungen realisieren und folgen deren Interessen. Es bedarf aus unserer Sicht der Prüfung von Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser, da wie im Falle von Halberstadt, Bernburg oder Zerbst letztlich die öffentliche Hand einspringt oder ausgleicht und die Daseinsvorsorge im Blick hat.

Wir engagieren uns für eine Überführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand.

Wir wollen:

- integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die ambulante, stationäre und Notfalleleistungen aus einer Hand anbieten und eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen gewährleisten,
- die Gründung eines Klinikverbundes zur Stabilisierung der kommunalen Krankenhäuser,
- eine fachliche Kooperation der Häuser und eine finanzielle Stabilisierung der kommunalen Träger auf dem Wege einer dauerhaften Landesbeteiligung.

Die Kooperation der kommunalen Häuser, z.B. bei Einkauf, Service sowie Laborleistungen, sollte gefördert werden. Dies soll im Rahmen eines Klinikverbundes geschehen, der durch eine Landesbeteiligung die Kapitalbasis der kommunalen Krankenhausunternehmen stärkt. Als zusätzlicher Anreiz sollte eine teilweise Entlastung von Altschulden in Aussicht gestellt werden.

Diese Landesbeteiligung könnte das Klinikum Magdeburg, das Klinikum Dessau, das Harzklinikum Dorothea Christiane Erxleben, das Carl-von-Basedow-Klinikum (Saalekreis) und das Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen umfassen. Das Land könnte die SALUS-Kliniken in dieses Netzwerk einbringen.

Wir engagieren uns für einen Schutzschirm gegen Privatisierung für die verbliebenen kommunalen Krankenhäuser.

Wir wollen:

- die Ausstattung der Verbundgesellschaft mit Eigenkapital und Kreditbürgschaften,
- die Bildung einer Holding durch den Klinikverbund, welche die wirtschaftliche Koordinierung der einzelnen Häuser übernimmt,
- den Verbleib der ärztlichen Leitung der Standorte sowie der Verwaltungsleitung auf kommunaler Ebene,
- die wirtschaftliche Gesamtleitung und das Kreditmanagement in Verantwortung des Klinikverbunds,
- dass der Klinikverbund wirtschaftlich so aufgestellt wird, dass perspektivisch Krankenhäuser aus dem privaten in den öffentlichen Bereich zurückgeholt werden können,
- den Entzug des Versorgungsauftrags an private Betreiber, wenn sie die Versorgung nicht mehr sicherstellen können, und Rückführung des Krankenhauses in die öffentliche Hand,
- die Ablösung der Fallpauschalen durch ein neues System der kostendeckenden Finanzierung,

- eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus,
- weiterhin die selbstständige Auftrags Erfüllung durch die Universitätsklinik als Standorte der Forschung, Lehre und Versorgung.

Notaufnahmen an allen Standorten

Für alle Standorte (mit Ausnahme der psychiatrischen Krankenhäuser) ist eine Notaufnahme vorzusehen. Bei der Planung der diagnostischen Geräte (Röntgen, MRT etc.) ist auch der um den Standort anzusiedelnden ambulanten Versorgungsstruktur Rechnung zu tragen. Daneben sollen sich die Standorte, je nach ihrem Auftrag, als Basis- oder Schwerpunktversorger auf ein oder mehrere Gebiete spezialisieren und mit den jeweils anderen Standorten vernetzen.

Damit ist die Notfall- und Basisversorgung für jeden Standort gesichert, gleichzeitig können für anspruchsvolle Behandlungen und Operationen die erforderlichen Qualitätskriterien eingehalten werden. Mit dem Klinikverbund wollen wir zugleich dafür sorgen, dass die öffentlichen Krankenhäuser wirtschaftlich arbeiten können, ohne dabei auf Kosten der Patient:innenversorgung und zum Nachteil der Mitarbeiter:innen zu handeln.

Versorgungssicherheit bei seltenen Erkrankungen stärken

Auch Menschen mit seltenen Erkrankungen haben ein uneingeschränktes Recht auf eine fachlich sichere, respektvolle und im Ernstfall lebensrettende medizinische Versorgung. Was „selten“ genannt wird, ist für die Betroffenen tägliche Realität – geprägt von Unsicherheit, langen Diagnosewegen und der ständigen Sorge, im Notfall nicht richtig verstanden oder behandelt zu werden. Hinter unserem Gesundheitssystem steht der Wille nach Profit, den seltene Krankheiten nicht einfahren. Doch hinter jeder Diagnose steht ein Mensch mit Hoffnungen, Ängsten und dem Wunsch nach Sicherheit.

Einige dieser Erkrankungen können in akuten Situationen lebensbedrohlich verlaufen und erfordern sofortiges, spezifisches Handeln. Wie etwa bei einer Addison-Krise. In solchen Momenten entscheidet nicht Seltenheit, sondern Wissen, Aufmerksamkeit und schnelles Handeln über Leben und Gesundheit. Seltene Erkrankungen dürfen niemals zu einer seltenen Priorität werden. Jeder Mensch verdient es, im entscheidenden Augenblick gesehen, ernst genommen und kompetent versorgt zu werden.

Dafür wollen wir:

- verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen für Rettungssanitäter:innen, Notfallsanitäter:innen, Notärzt:innen sowie Personal in Notaufnahmen zu seltenen, notfallrelevanten Krankheitsbildern einführen,
- landeseinheitliche Standards zur Anerkennung und Beachtung von Notfallausweisen verbindlich festlegen,

- seltene Erkrankungen verbindlich in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Notfall- und Rettungsberufe verankern,
- die Zusammenarbeit mit Selbsthilfeverbänden und Patient:innenorganisationen systematisch stärken,
- prüfen, wie notfallrelevante Diagnosen datenschutzkonform in digitale Notfalldatensätze integriert werden können,
- die Qualität der medizinischen Versorgung darf nicht von der Häufigkeit einer Erkrankung abhängen. Patient:innensicherheit ist keine Frage der Häufigkeit, sondern der Gerechtigkeit.

Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal

Betriebswirtschaftlich ist es erforderlich, Gewinne als Deckungsbeiträge zu erwirtschaften, die für bessere Löhne, eine angemessene Personalausstattung und die Bedienung von Krediten zu verwenden sind. Der Verbund kann sowohl eine öffentlich-rechtliche Körperschaft oder eine Gesellschaft des Privatrechts darstellen.

Die bisherige verfehlte Sparpolitik hat die Überlastung des Personals bewusst in Kauf genommen. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um gute und flächendeckende Tarifverträge. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, diese für allgemeinverbindlich zu erklären, um die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir setzen uns entschieden für die längst überfällige Angleichung der Löhne an das westdeutsche Niveau ein. Zur Aufwertung der Gesundheitsberufe gehört aus unserer Sicht auch, die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung zu verbessern: Flexibilisierungen des Ausbildungsbeginns, Teilzeitausbildung und vielfältigere Praxislernorte. Die Vergütung der Ausbildung und ihre perspektivische Akademisierung sollen ebenso durchgesetzt werden.

Kampf gegen Stigmata

Menschen mit HIV und STI's sind überproportional oft von Stigmatisierung im Gesundheitswesen betroffen. Oft werden Behandlungen verweigert, da medizinische Fachpersonal selbst mit Vorurteilen arbeitet oder nicht auf dem aktuellen medizinischen Stand ist. Der Ausbau und die Förderung kostenloser Testangebote verschreiben wir uns.

Menschen mit psychischen Erkrankungen werden oft von medizinischen Fachpersonal nicht ernst genommen, Behandlungen und Untersuchungen werden nur oberflächlich gemacht und Beschwerden auf die Psyche geschoben.

Das Gesundheitssystem schließt oft Trans*-Personen aus. Die Suche nach behandelndem Fachpersonal, die sich mit trans*spezifischen Problemen befassen, gestaltet sich im Land äußerst schwierig. Ebenso werden Behandlungen verweigert oder mit der Trans*-Identität als Begründung nicht nur vom behandelnden Personal selbst sondern auch von den Kassen abgelehnt.

Wir fordern:

- Präventions-, Beratungs- und Behandlungsangebote umfassend ausbauen, erweitern und bestehende unterstützen,
- Stigmata effektiv durch Aufklärung, insbesondere des medizinischen Fachpersonals, abbauen,
- durch Stigmata von medizinischen Fachpersonal verursachtes psychisches Leiden zu verhindern, zu behandeln und juristisch zu ahnden,
- Der Abbau von Stigmata (Vorurteile) ist eine Notwendigkeit für eine soziale und angemessene medizinische Versorgung aller Menschen.

Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend

Die künftige Krankenhausplanung muss als Steuerungsinstrument einer flächendeckenden, kooperativen Gesundheitsversorgung ausgebaut werden. Dabei ist die ambulante Versorgung sektorenübergreifend einzubeziehen, und vor allem im ländlichen Raum sind die Angebote der ambulanten und stationären Versorgung zu verknüpfen. Das Land muss seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkommen.

Krankenhäuser sollen in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (KVS) ergänzende ambulante Leistungen regelhaft anbieten können, wenn die fachärztliche Versorgung vor Ort nicht ausreichend gewährleistet ist. Diese Leistungen sollen befristet möglich sein, bis eine entsprechende fachärztliche Niederlassung oder ausreichende ambulante Kapazitäten aufgebaut sind. Hierfür darf es keiner gesonderten Modell- oder Ausnahmegenehmigungen bedürfen.

Wir wollen:

- verlässliche Gesundheitsversorgung auch in der nördlichen Peripherie,
- eine sektorenübergreifende Versorgungsstruktur,
- intersektorale Gesundheitszentren entwickeln,
- einen Rettungsschirm für Krankenhäuser von 300 Mio. Euro vom Land, um die ausbleibende Investitionsförderung auszugleichen und weitere Insolvenzen und Schließungen zu verhindern,
- mehr Studienplätze, den Numerus Clausus aufweichen und die Landeskinderförderung ausbauen,
- eine bessere Verzahnung mit und den Ausbau von ambulanter Versorgung, also patientenorientierte Medizin (viele stationäre Eingriffe sind ambulant möglich, werden dann aber nicht oder geringer vergütet),
- der Investitionsverpflichtung des Landes in Krankenhäuser endlich nachkommen und weitere Insolvenzen (Lungenklinik Ballenstedt, Krankenhäuser Pfeiffersche Stiftungen) verhindern.

Künftige Versorgung im ländlichen Raum

Erforderlich sind neue Versorgungsmodelle, die eine sektorenübergreifende Versorgung, also eine Verzahnung des stationären mit dem ambulanten Sektor,

zulassen. Dafür ist es erforderlich, die bisher rein stationären Einrichtungen zu ambulant-stationären Zentren bzw. perspektivisch in intersektorale Gesundheitszentren umzuwandeln. Dabei ist das Ziel, die vorhandenen stationären Einrichtungen künftig auch für mögliche wegbrechende ambulante Versorgungsbedarfe nutzbar zu machen. Die ambulant-stationären Zentren (ASZ) können dann auch in eine neue Beteiligungsstruktur überführt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl das Land als auch die Kreise, Städte und Gemeinden die Möglichkeit haben, Anteilseigner der ASZ zu werden. Damit entwickeln sich die Akutkrankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren. Jede Bürgerin und jeder Bürger weiß, wohin sie/er sich im Krankheitsfall – unabhängig von Notdienstsprechstunden – wenden kann. In diese Planungen kann auch die zahnmedizinische Versorgung einbezogen werden. Ebenso ist es notwendig, die vorhandenen Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege sowie die Apotheken in der Region mit einzubeziehen, um eine allumfassende Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.

Wir engagieren uns für eine Verzahnung von ambulanter Gesundheitsversorgung mit Pflegeeinrichtungen.

Wir wollen:

- dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den Krankenkassen vollständig finanziert werden,
- die Fallpauschalen vollständig abschaffen, um Gewinne und Verluste weitgehend unmöglich zu machen,
- dass private Konzerne zwar weiterhin Krankenhäuser betreiben dürfen, aber ohne Gewinnmöglichkeit werden sie daran kein Interesse haben,
- dass Krankenhäuser, die von privaten Betreibern aufgegeben werden, in die öffentliche Hand überführt werden und zu diesem Zweck Kommunen und Länder auf einen sogenannten Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen können,
- eine Strukturreform, die ambulante und stationäre Versorgung nicht mehr getrennt plant, sondern gemeinsam und sektorenübergreifend strukturiert,
- die Versorgung der Menschen in Genthin und Havelberg über Medizinische Versorgungszentren (MVZ) absichern,
- verbesserte Arbeitsbedingungen mit mehr Personal, verlässlichen Dienstplänen, besseren Schichtzulagen und guten Personalschlüsseln für das Krankenhauspersonal, um die Versorgung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- statt Fallpauschalen, DRG, eine Selbstkostendeckung, Kliniken sollen die tatsächlich entstandenen Kosten ohne die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen oder Defizite zu erleiden, ersetzt bekommen,

- eine Investitionsfinanzierung (Der Bund soll die Länder bei Investitionen unterstützen, etwa durch eine jährliche Pauschale von bis zu 2,5 Milliarden Euro, um Neuanschaffungen, Umbauten und Modernisierungen zu finanzieren),
- dass zentrale Versorgungszentren und Krankenhäuser aus öffentlicher Hand nach Bedarf und Qualität und nicht nach Marktmechanismen bezahlt werden,
- dass Personalkosten nur bei Beschäftigung nach Tarifvertrag im eigenen Haus finanziert werden, um Outsourcing zu verhindern,
- Krankenhäuser in öffentlicher (und gemeinnütziger) Hand, damit Konzerne wie AMEOS im Salzlandkreis nicht nach Umsatz kostenintensive Abteilungen (Notfallmedizin, Chirurgie, Geburtshilfe und Kindermedizin) schließen und Krankenhausplanung und Versorgung ad absurdum führen.

Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten

Termine beim Facharzt zu bekommen, gestaltet sich zunehmend schwieriger. Arztpraxen sind besonders auf dem Land oft schlecht ohne Auto erreichbar und selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung ist kompliziert, und die Wartezeit hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient:innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.

In vielen Regionen und Stadtteilen gibt es kaum noch niedergelassene Ärzt:innen, während sich die Angebote in innenstadtnahen und wohlhabenden Wohnlagen ballen. Niedergelassene Ärzt:innen haben auch durch die Zweiklassen-Medizin das strukturelle Interesse, Praxen in bessere Wohngegenden zu verlagern. Die Versorgungsbezirke müssen kleiner bemessen und von Ländern und Kommunen bestimmt werden.

Was wir wollen:

- Apotheker:innen, Pflegekräfte, Therapeut:innen, Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter:innen bringen ihre speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und beraten können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.
- Die gesundheitlichen Bedürfnisse von Menschen in Sexarbeit berücksichtigen. Der besonderen Unterstützung für Menschen im Bereich der mentalen Gesundheit werden wir nachkommen. In Bezug auf STI und HIV werden wir die Prävention umfassend ausbauen und Beratungs- sowie Behandlungsangebote unterstützen.

- Wir sichern Notfall- und Basisversorgung für alle Menschen in und um Havelberg, Genthin und für Kinder in und um Gardelegen.
- Wir führen eine Landes-Kinderarztquote ein.
- Wir verhindern zahnärztliche und kieferorthopädische Unterversorgung – führen eine Landes Zahnarztquote ein und entwickeln mehr Weiterbildungsangebote.
- Wir verhindern, dass private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private-Equity-Unternehmen) in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ) investieren, sie auf Profite trimmen und teuer weiterverkaufen.
- Wir unterstützen inhaberbetriebene MVZ, statt Konzernen und Investoren den Vortritt zu lassen und Zweigniederlassungen auszubauen.
- Wir wollen gefährliche Lücken bei Datenschutz und Datensicherheit in der elektronischen Patientenakte schließen. Sie soll ausschließlich der Verbesserung der Behandlung dienen.
- Wir wollen die öffentliche Förderung von Open-Source-Anwendungen. Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche Bewertungsverfahren.
- Wir wollen den Einsatz von Medimobil und Telemedizin für ambulante medizinische Versorgung auf dem Land.
- Dazu gehört auch die verpflichtende Vorhaltung von Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch in Wohnortnähe und die verpflichtende Aufnahme des Themas Schwangerschaftsabbruch ins Curriculum der ärztlichen Ausbildung.
- Wir wollen, dass das Netz der stationären Apotheken vor allem in ländlichen Regionen erhalten bleibt und wir setzen uns für eine auskömmliche Honorierung der Leistungen der Apotheken ein.
- Wir wirken dem Fachärztemangel durch weitere Landarztquoten, wie bspw. für Kinder- und Zahnärzte, entgegen.
- Wir bauen Haltefaktoren und Unterstützung für Landeskinder aus.

Wir engagieren uns für eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend finanzieren und sektorenübergreifendes Arbeiten in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand gesetzlich möglich machen.

Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen!

In Sachsen-Anhalt leben rund 200.000 Menschen mit Pflegegrad, etwa 58.000 Menschen arbeiten in der Pflege. Das bedeutet, mehr als jede zehnte Person in unserem Land ist unmittelbar vom Pflegesystem betroffen. Pflegenden Angehörige sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Pflege ist keine Randfrage der Sozialpolitik, sie ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und der öffentlichen Verantwortung.

Trotzdem erleben wir seit Jahren eine politische Fehlsteuerung.

Explodierende Pflegekosten stellen viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vor existentielle Herausforderungen. In den letzten sechs Jahren hat sich der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz beinahe verdoppelt. Immer mehr Menschen werden dadurch finanziell überfordert oder sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der durchschnittliche Eigenanteil übersteigt die durchschnittliche Netto-rente in Sachsen-Anhalt deutlich.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht durch Pflegekosten in die Armut gedrängt werden. Pflege ist keine Ware, sondern Teil der Daseinsvorsorge.

Auch in der ambulanten Pflege wächst die Unterversorgung. Die Pflegesachleistungen steigen nicht im gleichen Maß wie die tatsächlichen Kosten der Pflegeleistungen. Die Finanzierungslücke müssen die Betroffenen selbst tragen. Viele sind gezwungen, ihr Pflegegeld für den eigenen Lebensunterhalt einzusetzen, weil die Rente nicht reicht. Das bedeutet konkret, dass notwendige Pflege nicht in vollem Umfang erbracht werden kann.

Selbst in der Tagespflege, die Angehörige dringend entlasten soll, können sich viele die Eigenanteile nicht mehr leisten. Wenn selbst Entlastungsangebote unerschwinglich werden, läuft das System in die falsche Richtung.

Gleichzeitig halten Pflegekräfte und Angehörige die Versorgung oft über ihre eigenen Belastungsgrenzen hinaus aufrecht. Ein System, das auf Überlastung und Selbstaufopferung basiert, ist kein stabiles System, sondern ein politisches Versäumnis.

Wir wollen:

- eine solidarische Pflegevollversicherung auf Bundesebene, damit pflegebedingte Eigenanteile abgeschafft werden.
- die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Beitragsbemessung, damit starke Schultern mehr tragen.
- ein Landespflegegeld von mindestens 1500 Euro pro Jahr einführen.
- das Sachsen-Anhalt die Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen vollständig übernimmt. Öffentliche Verantwortung darf nicht auf Pflegebedürftige abgewälzt werden.
- Pflegeeinrichtungen konsequent in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführen, um der Privatisierung so ein Ende zu setzen. Damit Gesundheit nicht zum Spekulationsobjekt wird!

- gute Arbeitsbedingungen, eine Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau, verbindliche Tarifbindung und eine verlässliche Personalbemessung. Pflege darf nicht länger auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten funktionieren.

Wir sind der Pol der Hoffnung!

Ein würdevolles Leben im Alter

Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit einer besonders hohen Anzahl älterer Menschen. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, dass die Bevölkerung hier stark altert. Aktuellen Statistiken zufolge sind rund 28,6 Prozent der Einwohner:innen über 65 Jahre alt, was über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Gesellschaft, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur.

Die enorme finanzielle Belastung durch Pflegekosten, stellt viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zunehmend unter enormen Druck. Hier braucht es schnelle Entlastungen und langfristige Perspektiven um ein Altern ohne Zukunftsängste zu ermöglichen.

Um auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung einzugehen, haben viele Kommunen in Sachsen-Anhalt Initiativen ins Leben gerufen. Dazu gehören senior:innengerechte Wohnprojekte, Freizeitangebote, aber auch Informationsveranstaltungen zu Themen wie Gesundheit und Prävention.

Leider fehlt es in den meisten Regionen an einer verlässlichen Finanzierung dieser Projekte, so dass sie nicht dauerhaft eingesetzt werden können.

Wir wollen

- ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Sachsen-Anhalt, weil selbstbestimmtes Leben eben auch Mitbestimmung bedeutet.
- die Umwandlung und Fortschreibung des seniorenpolitischen Programms von einem Werte- und Leitgedankenpapier zu einem verbindlichen Strategiekonzept, um jetzt die sozialen Härten und die Vereinsamung im Alter zu stoppen,
- die Einführung von sogenannten mobilen „Bürokratie-Lotsen“, welche Rentner:innen älteren Menschen auch vor Ort und vor allem im ländlichen Raum bei der Orientierung und Beantragung von Leistungen und bei der Bewältigung der dazugehörigen Bürokratie unter Berücksichtigung beraten und unterstützen.

Eine weitere Herausforderung besteht in der digitalen Kluft. Viele Senior:innen haben Schwierigkeiten, neue Technologien zu nutzen, was ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt.

Wir wollen das ändern!

Wohnen

Senior:innen benötigen oft mehr Unterstützung und barrierefreie Lebensräume, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Eine zentrale Maßnahme ist die Verbesserung der Wohnbedingungen durch angepasste Wohnungen und Förderprogramme.

Wir wollen:

- Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnungen,
- Vereinfachung von Wohngeldanträgen,
- Wohnungstausch (aktuelle Wohnungen gegen kleinere, barrierefreie Modelle tauschen),
- Förderung betreuter Wohnformen im ländlichen Raum.

ÖPNV

In Sachsen-Anhalt spielt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine entscheidende Rolle für die Mobilität von Senior:innen. Viele ältere Menschen sind auf Busse und Bahnen angewiesen, um zu Ärzt:innen, Geschäften oder kulturellen Veranstaltungen zu gelangen.

Wir wollen:

- Ausbau und Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs,
- barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge,
- Einführung von „Senioren-Tickets“ oder ermäßigten Tarifen für ältere Menschen,
- Ausbau Rufbusse im ländlichen Raum (Erweiterung des Modells „harzbelegt-Taxi“ auf andere Landkreise).

Soziale Isolation

Soziale Isolation ist ein ernstzunehmendes Problem, das viele Senioren:innen betrifft. Im Alter ziehen sich viele Menschen aus verschiedenen Gründen zurück. Oft sind es der Verlust von Angehörigen, das Nachlassen körperlicher Fähigkeiten oder auch der Umzug in eine Pflegeeinrichtung, der die sozialen Kontakte stark einschränkt. Die Folgen dieser Isolation können gravierend sein: Einsamkeit, Depressionen und gesundheitliche Probleme sind häufige Begleiter. Zudem kann die mangelnde soziale Interaktion negative Auswirkungen auf die kognitive Gesundheit haben.

Wir wollen:

- eine Informationskampagne über Unterstützungsangebote entwickeln,
- den Ausbau lokaler Treffpunkte, Freizeitangebote und Hilfsdienste,
- die Förderung und Erweiterung von Begegnungsstätten (barrierefrei) und offener Treff's,

- die Unterstützung der Modelle Nachbarschaftshilfe und Senior:innenassistenten mit Beratungsangeboten,
- Patenschaften für Alleinstehende fördern.

Digitalisierung

In der heutigen, zunehmend digitalen Welt stehen viele Senior:innen vor der Herausforderung, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Die Digitalisierung bietet zahlreiche Vorteile, von der Kommunikation über soziale Medien bis hin zu Online-Banking und Telemedizin. Doch oft fühlen sich ältere Menschen von dieser rasanten Veränderung ausgeschlossen.

Wir wollen:

- Förderprogramme und Initiativen, um den Zugang zu kostenloser Hardware und Internetdiensten für sozial benachteiligte Senior:innen zu gewährleisten,
- Erweiterung von Schulungsangeboten im Umgang mit modernen Technologien,
- Aufbau „digitaler Nachbarschaften“ (junge Leute oder Ehrenamtliche unterstützen Senior:innen)
- begleitete Nutzung von Geräten: Bereitstellung von Tablets oder Computern, die leicht zu bedienen sind.

Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir dafür sorgen, dass Senior:innen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihre Stimmen Gehör finden. Es liegt in unserer Verantwortung, eine inklusive Zukunft zu gestalten.

Wir sind der Pol der Hoffnung!

Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Wir wollen, dass Teilhabe Alltag wird: Hilfe, die antwortet; Wege, die kurz sind; Kosten, die niemanden ausschließen. Kinderrechte gelten im Leben, nicht nur auf Papier. Wir denken Politik vom Familienalltag her: verständlich, verlässlich, statusunabhängig und migrationssensibel – im Dorf wie im Stadtteil. So entsteht die Ruhe, die Lernen und Mitmachen brauchen, und die Zuversicht, die ein Land stark macht.

Gesundheit und Schutz zuerst

Hilfe muss früh ankommen und verlässlich sein: eine gut erreichbare erste Anlaufstelle, klare Fristen und saubere Übergaben zwischen Jugendhilfe, Öffentlichem Gesundheitsdienst (ÖGD), Schule und – wenn nötig – Gericht. Frühe Hilfen und Lotsen in die psychische Versorgung fangen auf, bevor Krisen groß werden; multiprofessionelle Teams in Kita und Schule geben Stabilität.

Entscheidungen sind kindgerecht, verständlich und überprüfbar; bei häuslicher Gewalt gilt Schutz zuerst, Umgang wird so geregelt, dass Kinder sich sicher fühlen. Zugänge sind niedrigschwellig, traumainformiert und mehrsprachig – auch für neu zugewanderte Familien und in Unterkünften.

Wir wollen:

- Erstkontakt und Rückmeldung sichern – eine erreichbare erste Anlaufstelle (Telefon, online, vor Ort) mit klaren Fristen,
- die Übergaben verbindlich regeln – zwischen Jugendhilfe, ÖGD, Schule und, wo nötig, Familiengericht,
- ÖGD zum Präventionsknoten machen – Lotsenstellen in die psychische Versorgung, frühe Hilfen inkl. Familienhebammen landesweit stärken,
- kindgerechte Verfahren verankern – Kinder werden gehört, Beschlüsse verständlich erklärt, Fristen eingehalten,
- Kinderschutz konsequent machen – bei häuslicher Gewalt gilt Schutz zuerst, Umgang wird sicher geregelt, bei Bedarf begleitet,
- multiprofessionelle Teams in Kita und Schule als Schutzanker stabil einsetzen,
- erst die Behandlung, dann die Fragen sicherstellen – Versorgung von Kindern/Jugendlichen auch ohne Krankenversicherung, Kostenübernahme klären,
- in Vereinen/Jugendzentren eine verbindliche Vertrauensperson als niedrigschwellige Ansprechstelle etablieren,
- Zugänge ohne Hürden garantieren – in einfacher Sprache, traumainformiert und mehrsprachig, statusunabhängig, auch in Unterkünften.

Ein Land, in dem Hilfe antwortet, bevor es brennt: Kinder sind sicher, Eltern schlafen ruhiger, weil eine Nummer, ein Mensch, ein Weg trägt. Entscheidungen sind kindgerecht und verständlich – auch für neu zugewanderte Familien. So wird aus Angst wieder Alltag.

Kinderrechte und Beteiligung verbindlich

Kinderrechte wirken, wenn Beteiligung Standards hat und Antworten kommen. Vor wichtigen Vorhaben zeigen kurze, verständliche Folgenprüfungen, was Entscheidungen für Kinder bedeuten. Unabhängige Beschwerdewege sind sichtbar – telefonisch, online, vor Ort und auch in Unterkünften.

Jugendparlamente mit Antrags-, Rede- und Budgetrechten sowie Heimräte geben Mitsprache dort, wo sie gebraucht wird; Politik ist jugendgerecht digital erreichbar. Informationen sind klar und inklusiv, Verfahren statusunabhängig.

Wir wollen:

- landesweite Mindeststandards für Beteiligung festlegen – mit verbindlichen Rückmeldefristen, öffentlich nachlesbar,
- kurze, verständliche Kinder-Folgenprüfungen vor wichtigen Beschlüssen von Land/Kommunen veröffentlichen,

- unabhängige Beschwerdewege (Telefon, online, vor Ort) sichtbar machen – mit klaren Fristen, auch in Unterkünften,
- Jugendparlamente stärken – Antrags-, Rede- und Budgetrechte; Heimräte bis hin zum Landesheimrat,
- jugendgerechte digitale Erreichbarkeit sichern – Informationen einfach und mehrsprachig,
- Statusunabhängigkeit in allen Verfahren garantieren.

Kinderstimmen zählen sichtbar: Entscheidungen erklären sich, Rückmeldungen kommen, Beschwerde ist möglich ohne Hürde. Politik findet auf Augenhöhe statt – einfach, nachvollziehbar, zeitnah. So wächst Vertrauen und Beteiligung verändert die Dinge.

Jugendarbeit strukturell sichern!

Wir machen Jugendarbeit zu einem gesetzlichen Anspruch für alle jungen Menschen und erhöhen die Förderung, besonders im ländlichen Raum. Wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten in der Jugendarbeit besser bezahlt werden und sichere Beschäftigungsverhältnisse vorfinden. Außerdem verbessern wir die Schutzstandards für Kinder und Jugendliche und verankern sie im Jugendhilfegesetz.

Die Linke will:

- **Kinder- und Jugendarbeit landesweit sichern:** Wir wollen Kinder- und Jugendhilfe mit einem qualitativen und quantitativen Mindeststandard als Rechtsanspruch für junge Menschen im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes festschreiben. Die Förderung von kommunalen Maßnahmen werden wir entsprechend der steigenden Bedarfe erhöhen und eine jährliche Dynamisierung von 2,5 Prozent bzw. mindestens in Höhe der Inflationsrate gesetzlich verankern. Um den Bedürfnissen der Finanzierung im ländlichen Raum gerecht zu werden wollen wir, dass sich die Förderung zu 85 Prozent aus der Zahl der Kinder und Jugendlichen in einem Landkreis bzw. in einer kreisfreien Stadt und zu 15 Prozent nach Fläche zusammensetzt.
- **Jugendverbandsarbeit stärken:** Die Beschäftigten in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine ausreichend gesicherte und auskömmliche Finanzierungsgrundlage gibt. Wir werden in der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige Zuwendungsverträge abschließen. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards beim erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Der Jugend(medien)schutz muss verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfeplanungen

werden. Um die Jugendverbandsarbeit zu stärken, wollen wir eine feste Personalstelle für die Jugendverbände in Sachsen-Anhalt einführen.

Frühe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie

Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche sollen lernen, Meinungen fair auszutauschen, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und Wertschätzung für andere Positionen zu entwickeln. Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln kann, ist es erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und auszubauen.

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird eine vielfältige Fördermöglichkeit für die kommunale Ebene geboten, Demokratiebildung in seiner gesamten Breite umzusetzen und somit lokale Initiativen im Kinder- und Jugendbereich zu stärken.

Als Linke wollen wir:

- **Mitsprache von Klein auf:** Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte wollen wir in die Landesverfassung aufnehmen. Auf der Ebene der Kommunen und des Landes wollen wir mehr Mitsprache und Partizipation ermöglichen. In einem Online-Verfahren sollen in den Kommunen Jugendparlamente gewählt werden können, die über ein eigenes Budget für Projekte verfügen und in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen bei Kinder- und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben und personell angemessen unterstützt werden.
- **Kleine Stimmen im Landtag:** Beim Landtag soll eine Kinderkommission als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet werden, die die Interessen von Kindern im Parlament vertritt. Im regelmäßigen Austausch mit Vertreter:innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder- und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung soll sie dazu beitragen, auftretende Probleme schneller zu erkennen und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der oder die Kinderbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mitglied der Kinderkommission sein.
- **Demokratiebildung lokal stärken:** Um die Umsetzung von Projekten im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ oder eines Anschlussprogrammes zu ermöglichen und zu sichern, ist die Erhöhung des Landesanteils um den kommunalen Eigenanteil erforderlich. Bildung und praktische Erfahrung in der Demokratie dürfen nicht an der Schieflage kommunaler Haushalte scheitern, gerade weil Kinder und Jugendliche hier ihre ersten Erfahrungen mit demokratischen Prozessen machen. Mit einem starken Bundesprogramm möchten wir diese Erfahrungen begleiten und positiv entwickeln.

Freiräume sichern und erweitern

Offene Orte geben Halt und Zugehörigkeit: Jugendclub, Sport, Musik, Bibliothek – verlässlich geöffnet, mit stabilen Teams und ohne Antragsstress. Wo Raum fehlt, wird Leerstand zum Freiraum, gemeinsam mit Jugendlichen gestaltet; Schule, Vereine und Kultur ziehen an einem Strang. Schullandheime und Ferienangebote gehören dazu, unabhängig vom Geldbeutel; wo Wohnen brüchig ist, halten Übergangswohnen und Beratung den Anschluss an Schule und Ausbildung. Zugänge sind einfach und mehrsprachig – auch für Kinder und Jugendliche in Unterkünften.

Wir wollen:

- verlässliche Öffnungszeiten (auch abends und in den Ferien), stabile Teams und sichere Räume gewährleisten – ohne Antragsstress,
- Kooperationen mit Schule, Vereinen und Kultur verbindlich vereinbaren und sichtbar leben,
- Leerstand zu Freiräumen machen – mit Jugendlichen gestalten und nutzen, auch in engen Quartieren,
- Schullandheime und Ferien als feste Säule sichern – Teilnahme unabhängig vom Geldbeutel,
- Übergangswohnen und Beratung bereitstellen, wo Wohnen brüchig ist – Anschluss an Schule/Ausbildung halten,
- Kinder- und Jugendring sowie Jugendverbände finanziell stärken, damit Angebote verlässlich sind,
- Zugang ohne Nachweispflichten (keine ID-Pflicht) ermöglichen – Teilnahme an offenen Angeboten ohne formale Kriterien; Bürokratie für Familien senken mit Unterstützung von mobilen „Bürokratie-Lotsen“,
- Zugänge einfach, mehrsprachig, statusunabhängig machen – auch für Kinder/Jugendliche in Unterkünften.

In jedem Viertel geht eine Tür auf: Orte, an denen man gern bleibt, Teams, die verlässlich sind, Teilhabe ohne Nachweise. Ferien und Schullandheime enden nicht am Geldbeutel. So entsteht Zugehörigkeit – und aus Mitmachen wird Dabeibleiben.

Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und Landeshebel

Teilhabe gelingt, wenn Kosten nicht trennen und Digitales keine neue Grenze bildet. Darum wird Grundausstattung zur Regel: Mittagessen, Beiträge, Fahrten, Materialien – und die digitale Basis aus geeignetem Gerät, verlässlicher Verbindung und Begleitung. Bibliotheken sind der kostenfreie Basiszugang; beim Schulesen gelten nachvollziehbare Qualitätsstandards. Zugänge sind einfach, ohne Stigma und statusunabhängig – auch für Kinder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Gleichzeitig dringen wir im Bund auf eine armutsfeste, sanktionsfreie, einfache Kindergrundsicherung. Bis sie wirkt, schließt der Landes-Kinderteilhabe-Ausgleich die Lücke zur fachlich

empfohlenen Bedarfsschwelle – nicht anrechenbar und degressiv, sobald die Bundeslösung greift.

Wir wollen:

- Grundausrüstung zur Regel machen – Mittagessen, Beiträge, Fahrten, Materialien unbürokratisch sichern.
- die digitale Basis gewährleisten – Gerät, verlässlichen Internetzugang und Begleitung im sicheren, klugen Umgang,
- Bibliotheken als kostenfreien Basiszugang für Lesen, Lernen, Digitales verankern,
- einen Qualitätsrahmen Schulesen einführen und sichtbar überprüfen,
- im Bund eine Kindergrundsicherung voranbringen – armutsfest, sanktionsfrei, einfach, statusunabhängig, ohne Anrechnung, einschließlich Kinder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zugang niedrigschwellig, ohne Stigma,
- den Kinderteilhabe-Ausgleich als Landeshebel einführen – Lücke zur Bedarfsschwelle schließen, nicht anrechenbar, einschließlich Kinder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, degressiv mit Einführung der Bundes-KGS.

Kosten trennen nicht mehr: Grundausrüstung kommt an, Digitales ist selbstverständlich, ohne Stigma. Heute entlasten wir automatisch, morgen legt die Kindergrundsicherung das Fundament – und bis dahin schließt das Land die Lücke, für alle Kinder, auch in Unterkünften.

Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar

Wer mitmachen soll, muss gut hinkommen: Jugendorte in 15 Minuten erreichbar, Bus und Bahn passend zu Schule, Ausbildung und Freizeit – auch abends und am Wochenende. Sichere Rad- und Schulwege mit durchgehenden, geschützten Routen, guten Querungen, Beleuchtung, Winterdienst sowie Abstellplätzen schaffen Selbstständigkeit. Mobilität bleibt bezahlbar – mit dem Ziel eines günstigen Jugendtickets bzw. Nulltarifs. Unterkünfte am Rand werden mitgedacht, Informationen sind leicht zu finden und mehrsprachig.

Wir wollen:

- Nähe sichern – in jedem Ortsteil mindestens einen Jugendort in ca. 15 Minuten erreichbar, wo das fehlt: mobiles Angebot vor Ort,
- verlässliche Verbindungen schaffen – Bus/Bahn auf Stundenplan und Vereinszeiten abstimmen, auch abends und am Wochenende, Schul-/Praktikumswege ohne Auto ermöglichen,
- Bezahlbarkeit garantieren – dauerhaft günstige Jugendmobilität bis hin zum Jugendticket bzw. Nulltarif als Ziel,
- sichere Radwege für Kinder und Jugendliche ausbauen – durchgehende, geschützte Routen, gut sichtbare Querungen, Beleuchtung/Winterdienst, Abstellanlagen an Schule/Jugendort und Haltestelle,

- sichere Schulwege stärken – Tempo 30, gut markierte Querungen, weniger Elterntaxis, mehr Selbstständigkeit,
- Unterkünfte mitdenken – Haltepunkte/Infos/Zeiten so legen, dass Kinder in Unterkünften ihre Ziele genauso gut erreichen, Hinweise mehrsprachig.

Teilnahme ist der kürzeste Weg: Jugendorte in 15 Minuten, sichere Rad- und Schulwege, bezahlbare Tickets. Distanzen schrumpfen, Möglichkeiten wachsen – auch am Rand und in Unterkünften. So wird Mitmachen zur einfachsten Option.

Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget

Gute Politik zeigt, was wirkt, und steuert nach. Ein jährliches Teilhabe-Bild macht Angebote, Reichweiten, Lücken, Wegezeiten und Sprachzugänge sichtbar – ohne zu stigmatisieren, mit besonderem Blick auf Kinder in Unterkünften. Präventionsketten regeln Zuständigkeiten, Fristen und Ansprechstellen, damit Hilfe nicht im Kreis läuft. Mittel folgen Bedarf und Erreichbarkeit. Ein Kinderrechts-Budget macht im Haushalt erkennbar, wo Gelder Teilhabe verbessern. Wo Orte fehlen, sorgt ein Investitionspfad für Klarheit: benennen, finanzieren, terminieren – mit Tarifbindung für stabile Teams.

Wir wollen:

- ein jährliches Teilhabe-Bild in jeder Kommune/jedem Landkreis veröffentlichen – einfach und öffentlich (Angebote, Reichweite, Lücken, Wirkung, Wegezeiten, Kostenhürden, Sprachzugang, Erreichbarkeit von Unterkünften),
- Präventionsketten verbindlich machen – Zuständigkeiten, Fristen, feste Ansprechstellen, spürbar weniger Hin-und-Her.
- Mittel nach Bedarf verteilen – nach sozialer Lage und Erreichbarkeit, jährliche Nachsteuerung begründen,
- ein Kinderrechts-Budget im Haushalt kennzeichnen – nachvollziehbar, welche Mittel Teilhabe verbessern,
- einen Investitionspfad festlegen – fehlende Orte (z.B. Jugendclub, Jugendbildungsstätte) benennen, finanzieren, terminieren – mit Zeitleiste je Region,
- Gute Arbeit sichern – Tarifbindung in geförderten Angeboten, stabile Teams,
- Lücken schließen – Nichtinanspruchnahme erheben/abbauen, Wegezeiten messen/verkürzen,
- migrationssensibel und ohne Stigma auswerten – Kinder in Unterkünften ausdrücklich erfassen, ohne zu stigmatisieren.

Klarheit schafft Vertrauen: Jährlich wird sichtbar, was wirkt und wo nachzulegen ist, Mittel fließen dorthin, wo sie am meisten helfen. Lücken schließen wir Schritt für Schritt, ohne Stigma – nachvollziehbar und gerecht.

Kein Mensch bleibt zurück - Für ein barrierefreies Sachsen-Anhalt

Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität haben dasselbe Recht auf Teilhabe wie alle anderen. Doch die Realität in Sachsen-Anhalt sieht oft anders aus: Bushaltestellen ohne abgesenkte Bordsteine, Behörden ohne Aufzug, Wahllokale ohne Induktionsschleifen, Arztpraxen ohne rollstuhlgerechten Eingang und Bahnhöfe mit unzureichenden taktilen und visuellen Leitsystemen. Die Linke steht für eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Wir fordern:

- Barrierefreiheit als verbindliches Recht, nicht als Kann-Regelung,
- Öffentlicher Nahverkehr für alle, das bedeutet ein verbindliches Ausbauprogramm für alle Haltestellen des ÖPNV mit taktilen Leitsystemen, Blindenschrift an Fahrplanaushängen, akustischen Ansagen und stufenlosem Einstieg,
- Wohnen muss sicher und selbstbestimmt sein und dementsprechend barrierefrei,
- Digitale Barrierefreiheit,
- Gleichberechtigte Chancen bei Bildung und Arbeit,
- Betroffene sollen mitbestimmen.

Barrierefreiheit ist kein Luxus und keine Gefälligkeit. Sie ist eine Frage der Menschenwürde und des Grundgesetzes. Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Wir nehmen den Verfassungsauftrag ernst.

Kein Mensch bleibt zurück.

Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-Anhalt

Sport ist mehr als Freizeitbeschäftigung. Er stärkt Gesundheit, Zusammenhalt und Demokratie, verbindet Stadt und Land und schafft Begegnungsorte für Menschen aller Generationen. Schon fast ein Fünftel der Bevölkerung des Landes treibt in einem der mehr als 3.000 Vereinen unter dem Dach des Landesportbundes regelmäßig Sport. Dieser Anteil soll möglichst weiter steigen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Landessportbund und den Sportvereinen die Möglichkeiten, aktiv Sport zu treiben, weiter verbessern und erweitern – vor allem auch in den ländlichen Regionen.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Viele Sportstätten in Sachsen-Anhalt sind in die Jahre gekommen. Allein der Investitionsstau bei Hallen- und Freibädern beläuft sich auf fast 300 Millionen Euro. Wenn Land und Kommunen nicht handeln, drohen hier weitere

Schließungen. Für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum bedeutet das schon heute: lange Anfahrten von bis zu einer Stunde, um überhaupt am Schwimmunterricht teilnehmen zu können. Fachverbände weisen darauf hin, dass die Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern in den letzten Jahren stark gesunken ist. Derzeit kann jedes dritte Kind am Ende der Grundschule noch nicht sicher schwimmen und auch Versuche, über Schwimmgutscheine Versäumnisse nachzuholen, hatten geringen Erfolg.

Auch bei der Förderung des Vereinssportstättenbaus werden die Lücken spürbar: Zuletzt konnte nur etwa ein Drittel der von den Sportvereinen beantragten Förderung für Bau- und Sanierungsprojekte bewilligt werden, weil die Mittel im Landeshaushalt gekürzt wurden. Viele dringend notwendige Maßnahmen bleiben so auf der Strecke.

Ohne das Engagement von Zehntausenden Ehrenamtlichen – ob als Trainer:in, Schiedsrichter:in, im Vorstand oder als Betreuer:in – wäre Breiten-, Behinderten- und Leistungssport nicht denkbar. Doch der Druck auf das Ehrenamt wächst – durch Bürokratie, fehlende Förderung und immer schwierigere Rahmenbedingungen.

Außerdem zeigen bundesweite Studien, dass trotz der vielfältigen und breiten Angebote des Vereinssports Kinder aus einkommensschwachen Familien diese Möglichkeiten deutlich seltener nutzen als Kinder aus wohlhabenderen Haushalten.

Unsere Antwort lautet: Sport als öffentliche Aufgabe begreifen, Zugänge erleichtern und diejenigen stärken, die Sport vor Ort möglich machen.

Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt

Wir wollen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt Zugang zu Sport, Bewegung und Schwimmen haben. Wir stehen für eine Sportpolitik, die soziale Gerechtigkeit, Gesundheit und Daseinsvorsorge zusammendenkt.

Wir wollen:

- **Schwimmen lernen für alle Kinder sicherstellen**
Kein Kind soll die Grundschule verlassen, ohne sicher schwimmen zu können. Dafür wollen wir wohnortnahe Schwimmangebote mit ausreichenden Kapazitäten sicherstellen und auch das Angebot von Schwimmgutscheinen neu konzipieren.
- **Schwimmbäder und Sportstätten sanieren und erhalten**
Der hohe Sanierungsstau bei Schwimm- und Sportstätten muss abgebaut werden. Wir setzen uns für langfristige Investitionsprogramme ein, durch die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung von Bädern, Turnhallen und Sportanlagen verlässlich unterstützt werden.
- **Vereinssportstättenbau verlässlich finanzieren**
Wir wollen die Förderung des Vereinssportstättenbaus so ausstatten,

dass notwendige Sanierungen und Neubauten tatsächlich umgesetzt werden können. Förderprogramme müssen planbar, unbürokratisch und auch auf kleine und mittlere Vereine zugeschnitten sein. Eine verpflichtende Mitgliedschaft im Landessportbund Sachsen-Anhalt (LSB) als Voraussetzung für eine Förderung lehnen wir ab. Fördermittel für den Vereinssportstättenbau müssen auch Vereinen offenstehen, die nicht Mitglied im LSB sind. Sofern ein Demografiecheck oder vergleichbare Prüfverfahren vorgesehen sind, ist der LSB verpflichtet, diese auf Grundlage der von den antragstellenden Vereinen bereitgestellten Daten durchzuführen – unabhängig von einer Mitgliedschaft. Eine Zwangsmitgliedschaft wird ausdrücklich ausgeschlossen.

- **Soziale Barrieren abbauen – Sport darf keine Geldfrage sein**

Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien wollen wir dafür sorgen, dass die Aufwendungen für Beiträge, Ausrüstung und Fahrkosten kein Hinderungsgrund für sportliche Betätigung sind. Dafür setzen wir auf Zuschüsse für Mitgliedsbeiträge, auf die bessere Verzahnung von Bildungs- und Teilhabeleistungen mit dem Vereinssport und auf die Unterstützung der Kooperationen von Schulen, Kitas und Vereinen. Außerdem sollen erfolgreiche Projekte, wie z.B. die Talentsichtung und -förderung, fortgeführt werden.

- **Ehrenamt im Sport wirksam stärken**

Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir die Förderung des Ehrenamtes weiterentwickeln, u.a. durch mehr Anerkennung, eine landesweite Ehrenamtskarte, die Sicherung der Freiwilligendienste und den Ausbau der Vereinbarkeit von Engagement mit Schule, Studium und Beruf. Außerdem wollen wir die Vereine bei der Aus- und Fortbildung von Übungsleiter:innen und Trainer:innen, bei der Digitalisierung und bei der Entwicklung von Strukturen der Fan-Kultur gezielt unterstützen. Damit Themen wie etwa rechte Tendenzen oder sexueller Missbrauch im Sport angemessen bearbeitet werden können, sind die Voraussetzungen für den Einsatz von dafür qualifizierten Mitarbeiter:innen zu schaffen.

- **Sport für alle Lebensphasen und -lagen ermöglichen**

Auch Sport im öffentlichen Raum (Skateparks, Bolzplätze u.ä.) trägt zum sozialen Miteinander bei. Öffentliche Angebote sollen erhalten bleiben. Sportangebote für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Mädchen und Frauen, queere Menschen und für Menschen mit Migrationsgeschichte brauchen besondere Unterstützung.

Vereinen, die über keine eigenen Sportstätten verfügen, ist der Zugang zu ermöglichen. Viele Vereine verfügen nicht über eigene Sportstätten und sind auf „Einmietmöglichkeiten“ angewiesen. Der Zugang und die Nutzung müssen möglich und finanzierbar sein.

Wir wollen die Vereine besonders dabei unterstützen, ihre Angebote barrierearm, diskriminierungsfrei und inklusiv zu gestalten und vor allem in den ländlichen Regionen ihre Angebote wohnortnah auszuweiten.

Unser Ziel ist ein Sportland Sachsen-Anhalt, in dem Bewegung, Spiel und Wettkampf allen offenstehen. Ein Land, in dem Schwimmbäder geöffnet bleiben, in dem Sportvereine planen können und in dem Ehrenamt nicht ausbrennt, sondern gestärkt wird.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

8. Kultur und Medien

Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt

Konkret. Vielfältig. Solidarisch.

Wir wollen eine Kulturpolitik, die Bedingungen schafft, unter denen sich Kultur und Kunst frei entfalten können. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine lebendige Kulturlandschaft – nicht nur für wenige, sondern für alle. Die Wertschätzung gegenüber künstlerisch Arbeitenden und Kulturakteuren, der Dialog mit ihnen, die Freiheit der Kunst und die Stärkung kritischer, solidarischer und emanzipatorischer Perspektiven sind oberste Grundsätze linker Kulturpolitik.

Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks

Rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen gewinnen in Deutschland seit Jahren an Zustimmung, wodurch gesellschaftliche Polarisierung, Ressentiments gegenüber Minderheiten, stärkere Aggressionen im öffentlichen Raum und eine Aushöhlung liberal-demokratischer Kultur zunimmt.

Die Attacken auf das Weltkulturerbe Bauhaus Dessau und Drohungen an die Bühnen Sachsen-Anhalts, Einschüchterungsversuche gegenüber kulturellen Initiativen sind gezielte Kulturkampf-Statements von rechts, denen wir uns entschieden entgegenstellen. Für Die Linke ist es nicht hinnehmbar, dass diese Angriffe auf die kulturelle Freiheit Kultureinrichtungen im Land einschüchtern und kulturelles Leben unterdrücken.

In dem politischen Umfeld, in dem wir uns seit einigen Jahren befinden, ist Kulturpolitik mehr als „Unterstützung von Theatern und Museen“ – sie wird Teil des demokratischen Zusammenhalts, der Teilhabe und damit auch ein Handlungsfeld gegen rechte Ideologien.

Schutz von Akteuren und Einrichtungen der Kultur

Wir setzen uns für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der Kulturakteure ein. Wir engagieren uns für Kultur in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und ländlichen Räumen. In der Kulturförderung setzen wir verstärkt auf Beteiligungsprogramme der einzelnen Kultureinrichtungen. Langfristige Förderungen

von Initiativen, die sich mit Erinnerungskultur, Vielfalt und Demokratie auseinandersetzen, stärken und verankern kulturelles Engagement im Land und machen es resilient gegen den rechten Kulturkampf.

Wir wollen:

- **ein Landesförderprogramm zur kulturellen Teilhabe und Vielfalt**, das sich der Förderung von offenen partizipativen Ansätzen in der Kultur widmet, lokale Kreativwirtschaft und demokratische Teilhabe fördert, z.B. in offenen Werkstätten im Bauhaus-Geist (Design for All), in Projekten zur Stadtentwicklung, bei Co-Kurationen in Museen oder lokalen Festivals mit internationaler Ausrichtung,
- **Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt stärken**, indem wir Gedenkstättenfahrten in den allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I verbindlich im Lehrplan sichern und qualitativ weiterentwickeln,
- **Förderung interkultureller Kulturarbeit** und migrantischer Kunst- und Kulturszenen durch Unterstützung von regionalen Netzwerken für interkulturelle Arbeit in Kommunen, Vereinen, Schulen und Kulturzentren,
- **faire Bezahlung und Absicherung für Arbeit in Kulturbereich** durch verbindliche Einführung von Tarifsteigerungen bei Kultureinrichtungen in allen Sparten, die nicht zur Kürzung von Landesmitteln führen,
- **verbindliche Mindesthonorare** für Künstler:innen, gerade bei öffentlich geförderten Projekten,
- **eine Erhöhung des Kulturbudgets**, das Mindesthonorare und Programmvielfalt gewährleistet,
- **eine Dynamisierung der Landesmittel** bei allen vom Land geförderten Kultureinrichtungen, die Tarifsteigerungen auffangen,
- **Ausstellungshonorare** in Museen und Galerien verpflichtend einführen, damit auch die bildende Kunst bei Nutzung im öffentlichen Raum entsprechend honoriert wird,
- **Spielstättenförderung** für freie Bühnen und Akteur:innen, um stabile Strukturen in der freien Theaterszene zu schaffen und den Ensembles zu ermöglichen, ihre künstlerische Vielfalt und Unabhängigkeit zu bewahren und sich künstlerisch auszuprobieren.

Kultur für alle und überall

Wir engagieren uns für Kulturangebote in strukturschwachen Regionen als Mittel gegen Ausgrenzung und Rückzug. Wir verstehen Kultur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen die kulturelle Infrastruktur in ländlichen Regionen schützen und mobile Kulturangebote fördern.

Wir wollen:

- einen **kostenfreien Zugang** zur Kultur für Kinder
Ein Landesmuseumskonzept soll künftig Kindern freien Eintritt in Museen gewähren. Ein kostenfreier Eintritt soll Hemmschwellen abbauen, die Bil-

dungschancen verbessern und das Interesse an Kunst und Kultur frühzeitig wecken, damit Kinder und Jugendliche Geschichte, Kunst und Kultur in einem sicheren Umfeld entdecken können.

- den Ausbau der Angebote im Bereich **Kultur und Schule** stärken, durch unterstützende Programme zur Förderung für z.B. Schülerbeförderung,
- bestehende Kultur- und Schule-Programme wie z.B. TASS, in dem eine Freie Theaterinszenierung in der Grundschule in ländlichen Gebieten umgesetzt wird, sowie das erfolgreiche Musikschulprogramm MÄBI ausweiten und nachhaltig verankern,
- **eine Kulturpauschale im ländlichen Raum installieren**, die als Landespauschale für soziokulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum, die Kommunen (Städte unter 25.000 Einwohnern) über die Allgemeinen Kommunalfinanzen zusätzlich erhalten, um sicherzustellen, dass Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden, niedrigschwellige soziokulturelle Angebote und Vereine vor Ort etc. unterstützen können,
- **einen barrierefreien Zugang für Kunst- und Kultureinrichtungen**, der sowohl den physischen (z. B. in Theatern, Museen und Gedenkstätten), digitalen als auch sprachlichen Zugang sicherstellt.

Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze

Wir engagieren uns für die Verankerung von Kulturfachgesetzen (Musikschulgesetz und Bibliotheksgesetz, Restauratoren-Gesetz). Diese stellen für uns eine Möglichkeit zur Sicherung kultureller Vielfalt dar und dienen der Verlässlichkeit der Fördermaßnahmen und der Strukturen im Kultursektor unter Wahrung der Freiheit der Kunst. Der Ausbau der gesetzlichen Verankerung ist zentrale Aufgabe linker Kulturpolitik. Das neue Kulturfördergesetz des Landes wollen wir in der kommenden Legislatur auf seine Wirksamkeit hin evaluieren.

Stärkung öffentlicher Kulturförderung

Wir engagieren uns für langfristige und verlässliche Kulturförderstrukturen.

Wir wollen:

- **langfristige institutionelle Förderungen** statt kurzfristiger Projektförderung,
- **überjährige Förderinstrumente in allen Kulturbereichen**,
- **kooperativen Kulturföderalismus**, durch die Erstellung von Leitlinien, die eine bessere Koordination zwischen Bund, Länder und Kommunen gewährleistet,
- **eine verlässliche Finanzierung der freien Kulturszene, der Soziokultur und alternativer Kulturzentren** durch Förderung von Spiel- und Veranstaltungsstätten, Tarifbindung und Basishonorare für Selbstständige,
- **die Überprüfung der** Stipendienvergabe der Kunststiftung Sachsen-Anhalt auf Wirksamkeit und Gerechtigkeit,
- eine verstetigte Landesförderung von Klubs und Musikspielstätten, um aktiv das Klubsterben zu bekämpfen und Subkultur zu fördern.

Wir predigen Kunstfreiheit nicht nur, sondern schaffen konkrete Gesetze und Strukturen. Wir haben konkrete Lösungen: Schutzgesetze für Kultureinrichtungen, faire Honorare, Dauerförderung statt Projektwahn, kostenfreier Zugang, kulturelle Teilhabe für alle. Wir nehmen alle mit!

Das kulturelle Rollback ist Realität. Rechte Kräfte führen Kulturkampf. Wir können dagegen ankämpfen oder Kunstfreiheit aufgeben. Wir haben uns entschieden: Sachsen-Anhalt wird ein Land der kulturellen Hoffnung. Gemeinsam gestalten wir eine Kultur, die frei ist, die alle einbezieht und die Zukunft macht – bunt, vielfältig, lebendig und hoffnungsvoll.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie

Wo andere Medien schwächen und spalten wollen, stärken wir die Vierte Gewalt. Wo andere Konzentration fördern, kämpfen wir für Vielfalt. Wo andere "Lügenpresse" schreien, verteidigen wir Pressefreiheit und demokratischen Journalismus.

Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt

Unsere demokratische Öffentlichkeit steht unter enormem Druck. Die Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt ist von einer beispiellosen Konzentration geprägt: Nur noch ein einziger Zeitungsverlag, die Bauer Media Group, beherrscht seit 2020 den gesamten Tageszeitungsmarkt des Landes. Von über 100 nach 1990 gegründeten Zeitungen überlebten lediglich zwei – ein Medienschwund, den der Deutsche Journalisten-Verband als "schwarzen Tag für die Medienvielfalt" bezeichnete.

Diese strukturelle Unterrepräsentation zeigt sich besonders deutlich in der personellen Zusammensetzung: Nur 2 von 23 Managern ostdeutscher Zeitungen stammen aus den neuen Bundesländern, während alle 13 regionalen Tageszeitungen in Ostdeutschland westdeutschen Konzernen gehören. Ostdeutsche Perspektiven werden dadurch systematisch marginalisiert.

Gleichzeitig gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter massiven Beschuss rechter Kräfte, die Medien als "Lügenpresse" diffamieren und Journalisten von Veranstaltungen ausschließen. Der im März 2025 verabschiedete Reformstaatsvertrag bleibt weit hinter den notwendigen strukturellen Veränderungen zurück. Besonders problematisch ist die sozial ungerechte Finanzierung: Der monatliche Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro belastet Geringverdienende überproportional stark.

Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung

Die regressive Struktur des Rundfunkbeitrags widerspricht grundlegenden Gerechtigkeitsprinzipien. Wir fordern eine progressive Rundfunkfinanzierung analog zum Steuersystem. Haushalte bis 30.000 Euro Jahreseinkommen sollen maximal 10 Euro monatlich zahlen. Die 600 Millionen Euro für Beitragsbefreiungen müssen durch öffentliche Finanzierung über Sozialträger erfolgen, anstatt von anderen Beitragszahlern subventioniert zu werden.

Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung

Ostdeutschland als "spezifischer Sozial- und Erfahrungsraum" (Steffen Mau) verdient eine angemessene mediale Repräsentation. Wir setzen uns für den Ausbau der MDR-Regionalangebote ein: "MDR Sachsen-Anhalt Heute" soll zu einer 45-Minuten-Sendung erweitert werden. Ein Prozent der Rundfunkbeiträge - etwa 90 Millionen Euro jährlich - muss zweckgebunden für mitteldeutsche Gemeinschaftsaufgaben verwendet werden.

Unser messbares Ziel: 50 Prozent ostdeutsche Medienmacher:innen in ostdeutschen Redaktionen bis 2030. Dazu gehören verpflichtende Redaktionsstatuten zur Sicherung journalistischer Unabhängigkeit.

Kampf gegen Medienkonzentration

Die monopolistische Struktur des Tageszeitungsmarkts bedroht die Meinungsvielfalt fundamental. Mit einer **Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt** und 10 Millionen Euro Startkapital fördern wir unabhängigen Lokaljournalismus. Kommunale Medienförderung in Höhe von 5 Millionen Euro jährlich unterstützt lokale Medienvielfalt.

Genossenschaftliche Medienmodelle sollen Bürger:innen zu Miteigentümer:innen ihrer lokalen Medien machen. Anti-Konzentrations-Regelungen begrenzen den Marktanteil einzelner Medienunternehmen auf maximal 30 Prozent. Unser Ziel: mindestens 3 unabhängige Tageszeitungen in Sachsen-Anhalt bis 2030.

Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Intransparenz, überhöhte Führungsgehälter und mangelnde Diversität schwächen das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Wir begrenzen Intendant:innen-Gehälter auf maximal die Richterbesoldung R10 (etwa 180.000 Euro). Eine Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen und 30 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen stärkt die Diversität.

Prekäre Beschäftigung muss durch mehr Festanstellungen und gestärkte Tarifbindung beendet werden. Bis 2028 sollen 100 Prozent barrierefreie Angebote verfügbar sein. Unser ambitioniertes Ziel: 90 Prozent Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien bis 2030 gegenüber aktuell 54 Prozent.

Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule

Die junge Generation wird zunehmend von algorithmischen Plattformen manipuliert, während demokratische Medienbildung fehlt. Das KiKA-Sendezeitverbot nach 21 Uhr muss aufgehoben werden, um altersgerechte Programme für ältere Kinder anzubieten. Ein öffentlich-rechtliches Kinderradio unter der KiKA-Dachmarke via DAB+ und Stream erweitert das Angebot. Mit einer **Medienkompetenz-Offensive** von 20 Millionen Euro stärken wir digitale Bildung an Schulen. Mehrsprachige Kinder- und Jugendangebote fördern Integration durch Medien. Ziel: 80 Prozent der Jugendlichen nutzen öffentlich-rechtliche statt nur kommerzielle Medien.

Wir wollen:

- ein Medienvielfalt-Notprogramm in Höhe von 5 Millionen Euro für bedrohte lokale Medien,
- ein Modellprojekt Progressiver Rundfunkbeitrag mit Testlauf in zwei Landkreisen,
- eine Transparenz-Offensive, um alle MDR-Ausgaben online nachvollziehbar zu machen,
- eine Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt mit 20 Millionen Euro gründen,
- ein Anti-Konzentrations-Gesetz für Medienvielfalt verabschieden,
- MDR-Regionalangebote auf 45 Minuten täglich ausbauen,
- das Medienland Sachsen-Anhalt als bundesweites Vorbild für regionale Medienvielfalt entwickeln,
- eine sozial gerechte Rundfunkfinanzierung herstellen.

Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive

Unser fünfjähriger Finanzierungsplan umfasst 100 Millionen Euro:

- Medienvielfalt und Lokalförderung: 20 Millionen Euro
- Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt: 20 Millionen Euro
- Medienkompetenz und Bildung: 60 Millionen Euro

Medien im demografischen Wandel

Sachsen-Anhalt steht vor enormen demografischen Herausforderungen: Im Jahr 2040 werden laut Aussage des Statistischen Landesamts 322.200 Menschen weniger im Land leben, bei gleichzeitig 500.000 Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind und einem Durchschnittsalter von knapp 50 Jahren. Medien können und müssen als Integrationsinstrument und als Identitätsstifter fungieren. Regionale Medien schaffen Zusammenhalt statt Spaltung, mehrsprachige Angebote bauen Brücken zwischen Communities.

Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor

Starke regionale Medien schaffen Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten, fördern lokale Identität und unterstützen Tourismus sowie Standortmarketing. Sie vermitteln Kunst und Kultur, bewahren regionale Geschichte und fördern neue kulturelle Ausdrucksformen.

Partizipation und Bürgerbeteiligung

Medien brauchen die Stimme der Bürger:innen. Partizipative Medienpolitik in allen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ein Redaktionsstatut fördert die Freiheit der Journalist:innen über ihre Inhalte, transparente Medienförderung über Online-Dashboards und nachhaltige Finanzierung statt projektbezogener Förderung stärken die demokratische Legitimation.

Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien

Während die AfD Medien als "Lügenpresse" diffamiert und Journalisten ausschließt, während CDU, SPD und FDP den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk zerstören und Medienkonzentration ignorieren, setzen wir auf eine 100-Millionen-Euro-Medien-Offensive für eine vielfältige Vierte Gewalt. Statt zu spalten, verbinden wir. Statt nur zu kritisieren, bieten wir konkrete Lösungen.

Unsere messbaren Ziele bis 2030 sind ambitioniert aber erreichbar: 90 Prozent Medienvertrauen, 3 unabhängige Tageszeitungen, 50 Prozent ostdeutsche Medienmacher:innen und 100 Prozent barrierefreie Medienangebote bis 2028. Der Return on Investment ist nachweisbar: Starke Medien stärken die Demokratie, reduzieren Polarisierung und sind günstiger als die Folgekosten von Desinformation.

Pressefreiheit ist nicht das Privileg einiger weniger - Pressefreiheit ist das Fundament unserer Demokratie. Mit uns bekommt Sachsen-Anhalt die Medienlandschaft, die eine lebendige Demokratie braucht: vielfältig, unabhängig, sozial gerecht und bürgernah. Gemeinsam stärken wir die Vierte Gewalt für eine informierte Gesellschaft und eine lebendige Demokratie.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

9. Kommunalpolitik und Wohnen

Soziale Gerechtigkeit in jeder Region

Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander

Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier, vor Ort, begegnen sich Menschen im Alltag, gestalten ihr Zusammenleben und schaffen die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sind der Pol der Hoffnung und stehen für eine Politik auf Augenhöhe – zwischen dem Land und der kommunalen Familie. Unser Ziel ist eine vertrauensvolle Partnerschaft, die Ortschaften, Gemeinden, Städte und Landkreise in ihrer Verantwortung stärkt, ihre Herausforderungen ernst nimmt und sie bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben unterstützt.

Wir wollen:

- dass übertragene Aufgaben ausfinanziert werden – wer bestellt, der zahlt die ganze Rechnung,
- für mehr finanzielle „Beinfreiheit“ bei den Kommunen sorgen,
- Kommunen in ihren Entscheidungen unterstützen und transparente Verfahren schaffen,
- Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung in den Kommunen stärken,
- mehr Vertrauen statt Bürokratie wagen,
- Bewährtes bewahren und Aufgaben von morgen schon jetzt angehen.

Unser Ziel ist eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine lebendige Demokratie, in der Menschen unmittelbar Einfluss nehmen können und damit ein friedliches und solidarisches Miteinander vor Ort fördern.

Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess

Eine gute Demokratie beginnt vor Ort. Kommunen sind der direkte Ort, an dem Staat und Bürger:innen zusammenkommen. Damit Politik gut funktioniert, müssen Kommunen mitreden dürfen – nicht nur zuhören. Es braucht echte Mitbestimmung im Gesetzgebungsprozess, vor allem, wenn auf Landesebene Aufgaben formuliert werden, die kommunal umgesetzt werden sollen.

Verbindliche Grundsätze für alle:

- Verantwortung behalten: Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie am besten wirken – in der Kommune.
- Klar und offen: Alle wichtigen Informationen sollen leicht zugänglich sein.
- Mitmachen statt Nur-Dran-Teilnehmen: Die Mitwirkung der Kommunen muss etwas ändern. Ihre Rückmeldungen müssen zwingend berücksichtigt werden.

Unsere Forderungen:

- Gesetzliche Mitbestimmung der Kommunen: Gemeinden oder deren Spitzenverbände bekommen feste Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsprozess. Sie können nicht nur fristgerecht Stellung nehmen, sondern auch wirklich mitbestimmen.
- Frühzeitige Einbindung: Kommunen werden schon bei der Vorbereitung von Entwürfen gehört. Sie bekommen genügend Zeit für Stellungnahmen und erhalten auf einem gemeinsamen „Beteiligungsportal“ alle Informationen.
- Verbindliche Verhandlungen: Bevor Gesetze verabschiedet werden, gibt es gemeinsame Verhandlungstermine. Kommunen werden in ihren Anliegen ernst genommen und können Änderungswünsche direkt einbringen.
- Ressourcen sichern: Kommunen brauchen gutes Personal, moderne Technik, Zugang zu Daten und Schulungen. Das Land unterstützt sie und lässt sie bei dieser Aufgabe nicht allein.
- Transparenz und Rechenschaft: Stellungnahmen, Begründungen und Umsetzungsschritte sollen öffentlich sichtbar sein – für Kommunen, Unternehmen und Einwohner:innen gleichermaßen.

Echte Beteiligung auf der Kommunalebene ist kein Zusatz, sondern eine Notwendigkeit für robuste, gerechte und zukunftsfähige Politik. Denn sie stärkt von unten nach oben das Gemeinwesen, reduziert Konflikte und erhöht die Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung

Eine starke Demokratie beginnt dort, wo Menschen leben und arbeiten: in unseren Städten, Gemeinden und Vierteln. Um Politik wirksam, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten, brauchen wir echte Beteiligung vor Ort – Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung.

Dafür wollen wir:

- Beteiligung auf Augenhöhe – Regionale Foren, Bürgerräte auf allen Ebenen, Werkstattgespräche in betroffenen Gemeinden, Bürgerbudgets, Bürgerhaushalte, und partizipative Projekte erhalten Unterstützung und finanzielle Förderung. Kommunen, die neue und innovative Formen der Beteiligung erproben, sollen dabei ausdrücklich als Modellkommunen unterstützt werden.
- Lernen und Anpassen – Regionale Beteiligungsteams aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden gebildet, die messbare Ziele überprüfen (Zufriedenheit, Schnelligkeit, Kosten) und Hinweise für korrigierende Maßnahmen an die Kommunen und das Land geben.
- Stärkung und Teilhabe aller kommunalen Ebenen – Vom Ortschaftsrat über den Gemeinderat und Stadtrat bis hin zum Kreistag: Ortschaftsräte sollen innerhalb der kommunalen Familie wieder gestärkt werden. Sie

sind bei allen sie betreffenden Angelegenheiten anzuhören und ihre Einwendungen zu berücksichtigen. Durch ein eigenes Budget sollen sie nicht nur verwalten, sondern gemeinsam mit den Einwohner:innen aktiv vor Ort gestalten können. In Städten ab 70.000 Einwohnern soll die Teilhabe zudem durch die Möglichkeit der Einrichtung von Stadtteilbezirksbeiräten mit eigenem Budget – nach dem Vorbild des Freistaats Sachsen – erweitert werden.

Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster

Ob Spielplatz, Schwimmbad oder Grundschule – die Entscheidung darüber sollte vor Ort bei der zuständigen Kommune liegen. Jedoch reichen die eigenen Mittel vor Ort wiederum wegen einer Vielzahl von nicht ausfinanzierten Aufgaben, die Bund und Land an die Kommunen durchreichen, nicht aus. Also heißt es, Anträge an Fördertöpfe zu schreiben. Leider passt selten auf Anhieb ein Förderprogramm auf ein akutes Problem vor Ort. Denn mit dem Förderprogramm für den Radweg lässt sich das Schwimmbad leider nicht finanzieren. Diese starre Förderpolitik nimmt den Kommunen ihre Freiheit und ihren Handlungsspielraum – dabei wissen gerade sie am besten, wo Hilfe gebraucht wird und welche Aufgaben zuerst angegangen werden müssen.

Dafür braucht es:

- eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land, damit Pflicht- und übertragene Aufgaben zuverlässig finanziert werden können. Wer bestellt, der zahlt und zwar die ganze Rechnung!
- die Reduzierung der Masse an Fördermittelprogrammen durch eine kommunale Pauschalförderung, die auf Vertrauen zu der kommunalen Familie beruht.

Wir wollen eine kommunale Pauschalförderung mit klar definierten objektiven Kriterien.

Dazu gehören:

- die Einwohner:innenzahl als grundlegendes Kriterium anzusetzen, da sie den Umfang der kommunalen Aufgaben beeinflusst,
- die Finanzkraft der Kommune zu beachten. Finanzschwache Gemeinden sollten höhere Zuweisungen erhalten, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern.
- Flächengröße und Siedlungsstruktur nicht zu vergessen, denn ländliche oder weitläufige Kommunen haben oft höhere Kosten für Infrastruktur und Daseinsvorsorge,
- soziale und demografische Faktoren wie etwa den Anteil älterer Menschen, Kinder, die Arbeitslosenquote oder soziale Belastungs-indikatoren zu berücksichtigen,

- besondere Investitionsbedarfe bzw. strukturelle Herausforderungen wie etwa ein regionaler Strukturwandel oder besondere Umwelt- bzw. Klimafolgen einzukalkulieren.

Kommunale Pauschalförderung heißt: Wir vertrauen den Menschen vor Ort statt auf Misstrauen und Bürokratie von oben! Mit einer solidarischen Pauschalförderung geben wir ihnen die Freiheit und die Mittel, Probleme direkt anzupacken – ohne endlose Anträge, Formulare und Gänge durch Behördenlabyrinth. So stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, schaffen Planungssicherheit und bauen bürokratische Hürden ab. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass soziale und strukturelle Unterschiede nicht weiterwachsen, sondern ausgeglichen werden. Kurz gesagt: Eine kommunale Pauschalförderung macht das Leben in unseren Städten und Gemeinden besser.

Stärkung der kommunalen Finanzen

Eine Stärkung der kommunalen Finanzen bedeutet zugleich die Stärkung der lokalen Demokratie: Nur wenn die Kommunen über ausreichende Mittel verfügen, können sie nicht nur gesetzliche Verpflichtungen umsetzen, sondern auch eigene, auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zugeschnittene Akzente setzen. Denn nur so entsteht Raum für kreative Lösungen, bürgerschaftliches Engagement und ein solidarisches Miteinander, das den gesellschaftlichen Frieden und das Vertrauen in politische Prozesse festigt.

Wir setzen uns ein für:

- eine echte Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden,
- die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer auf Bundesebene,
- einen Schuldenschnitt auf Bundesebene für mehr „Beinfreiheit“ in den Kommunen.

Unsere Argumente für eine Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden:

- Das Land konsolidiert seinen Haushalt auch auf Kosten der Kommunen – durch Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA), insbesondere bei Schlüsselzuweisungen und Sonderbedarfsergänzungszuweisungen. Dies hat dazu geführt, dass die Umlagefinanzierung der Landkreise und Verbandsgemeinden für ihre eigene Haushaltskonsolidierung zunehmend die Finanzen ihrer Mitgliedsgemeinden beeinträchtigt und deren Rechte verletzt. Dieser Umstand ist seit Jahren bekannt, weil immer mehr Gemeinden erfolgreich gegen die Umlagen klagen.
- Die Kommunen Sachsen-Anhalts haben real weniger Handlungsspielraum aufgrund von Inflation, Tarifsteigerungen und Energiepreisen – trotz nominell stabiler Einnahmen.
- Der kommunale Finanzausgleich muss stärker dynamisiert und aufgabengerecht ausgestaltet werden. Ohne Umverteilung vertieft sich die Schere

zwischen reichen Städten und armen Gemeinden, was demokratische Legitimität untergraben kann.

- Durch eine Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden werden diese in die Lage versetzt, Handlungsfähigkeit zu gewinnen, pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen und die Daseinsvorsorge vor Ort aktiv zu gestalten. Damit bleibt das Gleichgewicht zwischen Land und Kommune gewahrt und der Handlungsdruck abgefedert.
- Die Umverteilung sichert Investitionen und damit Generationengerechtigkeit vor allem in strukturschwachen Regionen. Die Wirtschaftskraft, die von der Infrastruktur abhängt, wird gestärkt.

Unsere Argumente für eine Gemeindegewerbesteuer:

- Breitere Bemessungsgrundlage bedeutet mehr Steuergerechtigkeit. Aktuell werden vor allem Kapitalgesellschaften und gewerbliche Unternehmen betrachtet. Mit der Gemeindegewerbesteuer wird eine Lücke geschlossen, da alle wirtschaftlich Tätigen ihren Beitrag zur Infrastruktur leisten.
- Durch die Ausweitung würden sich die kommunalen Einnahmen stabilisieren und somit die Finanzautonomie stärken, und die Fairness steigt im Steuersystem.
- Die Gemeindegewerbesteuer muss mit Freibeträgen und degressiven Sätzen gestaltet werden, um Kleinselbstständige und Solo-Selbstständige zu entlasten.
- Keine zusätzliche Steuer, sondern Weiterentwicklung: Es handelt sich nicht um eine neue Steuer, sondern um eine Reform der bestehenden Gewerbesteuer mit dem Ziel größerer Systemgerechtigkeit.

Unsere Argumente für einen Schuldenschnitt:

- Kommunale Schulden sind strukturell bedingt: Viele Kommunen haben sich nicht aus Misswirtschaft verschuldet, sondern weil sie Pflichtaufgaben ohne ausreichende Finanzausstattung erfüllen mussten. Es ist ein Systemfehler, keine individuelle Schuld. Die Verantwortung liegt bei Bund und Ländern und muss im Sinne der Kommunen korrigiert werden.
- Die Tilgung kommunaler Altschulden, über Jahrzehnte angehäuft, belastet heutige und künftige Generationen – ohne, dass sie je über die Ursachen mitentscheiden konnten. Ein Schuldenschnitt ist sozial gerecht.
- Finanzschwache Kommunen müssen Leistungsangebote kürzen, während wohlhabende Kommunen weiter investieren können. Ein Schuldenschnitt wäre ein Schritt zur Angleichung der Lebensverhältnisse – gemäß Grundgesetz und Landesverfassungen.
- Gleichzeitig ist der Investitionsstau ein Standortrisiko. Durch Schuldenschnitt und entlastete Haushalte können Kommunen wieder in öffentliche Infrastruktur, in sozialen Wohnungsbau und in ihre Wirtschaftskraft investieren. Die freiwerdenden Mittel können gezielt in Wohnen, Wirtschaft und Zukunftstechnologien investiert werden.

- Ein Schuldenschnitt verhindert den finanziellen Verkaufsdruck auf kommunales Eigentum wie Wohnungen, Stadtwerke und Grundstücke. So bleibt die öffentliche Daseinsvorsorge in kommunaler Hand, sichert langfristig bezahlbare Angebote und hält Gewinne in der Kommune statt bei privaten Investoren.
- In vielen Kommunen fließt ein erheblicher Teil der laufenden Haushaltsmittel in die Entschuldung statt in Infrastruktur. Ein Schuldenschnitt würde finanzielle Spielräume für die kommunale Identität freimachen – ohne neue Schulden.
- Mehr finanzielle Haushaltsmittel bedeuten auch mehr Mittel zur Gewinnung und zur Ausbildung von qualifiziertem Personal, so dass die Kommunen ihre Aufgaben effizienter erfüllen, die Qualität von Dienstleistungen erhöhen und langfristig die Versorgung und Betreuung der Bürger:innen sichern können.

Durch einen Schuldenschnitt, eine faire Gemeindewirtschaftssteuer und durch gezielte Umverteilung stärken wir die Kommunen und sorgen für ein friedliches, solidarisches Miteinander und eine gute Zukunft für alle. Wir stehen für finanziell starke Kommunen, die gestalten können, statt nur verwalten müssen.

Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig

Wir richten den Blick schon heute auf die Kommune von morgen. Die Kommune der Zukunft muss ein Ort sein, an dem Menschen gern leben, arbeiten und sich engagieren. Sie verbindet moderne Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und ökologisches Bewusstsein. Damit Kommunen zukunftsfähig werden, müssen wir schon jetzt gemeinsam mit ihnen die richtigen Weichen stellen und die vielfältigen Herausforderungen entschlossen annehmen.

Wir wollen daher:

- **Digitale Transformation:** Verwaltung und Dienstleistungen werden modern, effizient und bürgernah. Denn digitale Angebote erleichtern den Alltag, beschleunigen Prozesse und verbessern die Teilhabe.
- **Infrastruktur und Mobilität:** Fuß- und Radwege, Straßen, Brücken, Schulen, Sport- und Kulturstätten werden nachhaltig instandgehalten und modernisiert und den Erfordernissen des Klimawandels angepasst. Gleichzeitig wird es eine klimafreundliche Mobilität und gut ausgebaute öffentliche Verkehrssysteme geben.
- **Soziale Teilhabe und Bildung:** Alle Menschen erhalten direkt vor Ort Zugang zu Bildung, Kultur und sozialen Angeboten, Das bedeutet: Chancengleichheit schaffen, Armut bekämpfen und soziale Ungleichheiten verringern.
- **Klimaschutz und Nachhaltigkeit:** Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz werden ergriffen, erneuerbare Energien gefördert und umweltfreundliche Projekte unterstützt. So werden Städte und Gemeinden resilient gegenüber den Folgen der Klimakrise.

- **Wirtschaft und Innovation:** regionale Wirtschaftsketten, gemeinwohlorientierte Unternehmen und innovative Projekte werden gefördert, die Beschäftigung gesichert und die regionale Entwicklung gestärkt.
- **Partizipation und Demokratie:** Bürger:innen werden aktiv in Entscheidungen eingebunden. Denn transparente Strukturen und Möglichkeiten zur Mitbestimmung machen die Kommune lebendig und demokratisch.
- **Interkommunale Zusammenarbeit:** Kommunen der Zukunft arbeiten nicht mehr isoliert, sondern kooperieren strategisch. Sie teilen Ressourcen und entwickeln digitale Lösungen gemeinsam. Interkommunale Skalierung, Open-Source-Software und nachnutzbare digitale Werkzeuge werden zum Standard. So entstehen effiziente Strukturen, sinkende Kosten, mehr Fachwissen – und Lösungen, die über einzelne Kommunen hinaus für ganze Regionen wirken.

Die Kommune der Zukunft ist also kein abstraktes Ziel, sondern ein fortlaufender Prozess: Sie verlangt Investitionen, Kreativität, Mut zur Veränderung und die Bereitschaft, Bürger:innen in alle Entscheidungen einzubeziehen. Sie braucht ebenso Fürsorglichkeit und Wertschätzung, um ein gesellschaftliches Miteinander zu gewährleisten. Als starker Partner an der Seite der kommunalen Familie wollen wir uns dieser Aufgaben kraftvoll anpacken und gemeinsam Orte schaffen, an denen Menschen nicht nur wohnen, sondern zu Hause sind.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt

Bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Wohnen und Mieten in Sachsen-Anhalt soll für alle bezahlbar, möglichst barrierefrei, sicher und hochwertig sein: Doch passende Wohnungen sind Mangelware.

Eine sichere Unterkunft ist ein Menschenrecht und ein wichtiger privater Schutzraum. Die hohen und immer weiter steigenden Nebenkosten und Grundmieten, gehören für uns zu den brennendsten sozialen Themen. Aktien-Konzerne und Großvermieter zahlen aus unseren Mieten Renditen an ihre Anleger:innen. Den Kommunen fehlt dagegen das Geld, um selber Boden zu erwerben und zu bauen. Die 'Kosten zur Unterkunft' decken in vielen Fällen die stark gestiegenen Wohnkosten nicht mehr ab. Die Zahl der Wohngeldanträge ist massiv angestiegen, die Obdachlosigkeit nimmt zu.

Wir wollen:

- uns für eine Mietpreisbremse einsetzen und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft stärken,
- eine Verordnung für einen angespannten Wohnungsmarkt erlassen um eine Mietpreisbremse für die Städte zu ermöglichen,

- zur Unterstützung der sozial orientierten Wohnungswirtschaft eine vom Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung für Altschulden der Wohnungswirtschaft,
- Förderprogramme für alternative Wohnformen auflegen und sowie das Wohnumfeld fördern,
- Stadtumbauprogramme mit Landes- und Bundesmitteln aufstocken, damit die Kommunen die Förderung einfacher nutzen können und den Kofinanzierungsanteil der Kommunen reduzieren,
- mit einem (Re)Kommunalisierungsfonds Gemeinden unterstützen, Immobilien und Grundstücke in die öffentliche Hand zu holen.

Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern

In Sachsen-Anhalt sind die Belegungs- und Mietpreisbindungen fast vollständig ausgelaufen, jahrzehntelang wurde auf eine soziale Wohnraumförderung verzichtet. Damit hat das Land steuerfinanzierten und bezahlbaren Wohnraum auf den profitorientierten privaten Markt gehen und die Preise steigen lassen. Die bisherige Wohnungsbauförderung ist nicht geeignet, bezahlbares Wohnen auch in attraktiven Lagen für Menschen mit geringem Einkommen abzusichern. In einigen Kommunen schwindet die Durchmischung in den Quartieren.

Wir wollen:

- Fördermittel für den Wohnungsbau nur für unbefristet gebundenen sozialen Mietwohnungsbau verwenden und nicht für die Förderung von Eigentum,
- Kommunen bei der Unterbringung wohnungsloser Menschen angemessen unterstützen,
- Zwangsräumungen sowie Strom- und Heizungssperren verhindern,
- das Aufzugsprogramm in ein umfassendes Programm zum barrierefreien Umbau und energetischen Sanierung umwandeln und aufstocken.

Wohngeld

Die Zahl der Wohngeld-Anträge ist massiv gestiegen. Besonders alleinstehende alte Menschen mit kleiner Rente sind in Sachsen-Anhalt auf Wohngeld angewiesen. Viele Menschen scheuen die komplizierte und als stigmatisierend empfundene Antragstellung. Das Antragsverfahren für das Wohngeld ist so kompliziert, dass nur etwa ein Drittel der Anspruchsberechtigten es tatsächlich erhält.

Das Wohngeld als Subjektförderung ist eine hilfreiche Kostenabmilderung, jedoch keine nachhaltige Lösung, wenn Mieten nicht gedeckelt werden. Es bedarf vor allem einer Objektförderung, das heißt verlässlicher und verstetigter Bundesmittel für die Förderung des Bestands und Neubaus von Mietwohnungen.

Wir wollen:

- das Antragsverfahren stark vereinfachen und von unnötigen Kriterien befreien,
- dass Anträge spätestens sechs Wochen nach Antragstellung beschieden sein müssen,
- Großeigentümer rechtlich hindern, Nebenkosten zusätzlich durch konzerneigene Dienstleister zu erhöhen,
- Bundesmittel vollständig nutzen,
- die Modernisierungsumlage abschaffen,
- Sanierungen und Heizungstausch warmmietenneutral,
- dass die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter:innen umgelegt wird;
- uns für sozial gestaffelte Heizungs- und Strompreise und preisgünstige Sockeltarife einsetzen,
- einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter:innen keine warme Wohnung leisten können.

Landeswohnungsbaugesellschaft

Wir setzen uns für die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Sie soll als Partnerin der bereits bestehenden Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen angelegt werden, nicht als deren Ersatz oder Gegenspielerin. Sie soll vor allem gestoppte Projekte übernehmen beziehungsweise als Endinvestorin auftreten und damit auch Vorhaben von Genossenschaften oder ihren Verbundunternehmen wirtschaftlich möglich machen. Gleichzeitig sollen Wohnungen geschaffen werden, die nicht aus der Sozialbindung fallen. Die Landeswohnungsbaugesellschaft soll auch dort aktiv werden, wo weder Genossenschaften noch kommunale Wohnungsunternehmen bezahlbaren Wohnraum anbieten.

Junges Wohnen

Die Wohnraumsituation ist besonders für Studierende und Azubis in Sachsen-Anhalt schwierig. Bei Wohnheimplätzen gibt es eine Unterversorgung: Die Plätze wurden in den vergangenen Jahren noch verringert, weniger als 10 Prozent der Studierenden bekommen einen Wohnheimplatz. Seit 2013 wurden keine Wohnheimzimmer neu gebaut, die vorhandenen sind modernisierungsbedürftig. Auch das vom Bund dafür aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ blieb bisher wenig genutzt. Auch für Auszubildende gibt es in Sachsen-Anhalt nicht genügend Wohnheimplätze. Davon betroffen sind insbesondere Auszubildende, die an den Berufsschulen in regional übergreifenden Klassen ausgebildet werden.

Wir wollen:

- das Bundesförderprogramm für „Junges Wohnen“ mit einem deutlich höheren Landesmittel-Anteil ausstatten, damit Auszubildende ebenso von Wohnheimplätzen profitieren können,
- die Förderhöhe je Objekt so hoch gewähren, dass sich die Investition trotz Mietpreisbindung trägt,
- dass die Belegungsbindung beim „Jungen Wohnen“ unbefristet ist.

Städtebau, Gemeindeentwicklung und Leerstand

Die Verödung der Innenstädte ist seit Jahren eine auffällige Entwicklung. Auch Kleingewerbe und der Mittelstand sowie kulturelle Einrichtungen leiden unter explodierenden Gewerbemieten. Die Linke setzt sich für Nachnutzung und moderate Verdichtung bestehender Siedlungsflächen ein sowie für klimaneutralen Neu- und Umbau. Eine unkontrollierte Zersiedelung durch Neubauten am Stadtrand und auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

Auch der ländliche Raum leidet teilweise unter Leerstand und der Bedarf an energetischer Sanierung von Eigenheimen ist enorm, aber aufgrund der Einkommenssituation viele Eigentümer:innen nicht zu bewältigen.

Wir wollen:

- ein Förderprogramm um Plattenbauten aus DDR-Zeiten durch Aufwertung, Wohnungszusammenlegung und Geschossrückbau attraktiver zu machen,
- das Bauen mit alternativen Baustoffen wie Holz, Stroh oder Lehm fördern,
- die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen weiterhin zweckgebunden dem Wohnraumförderfonds und der Förderung für Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung, Wiederertüchtigung von Leerstand zufließen lassen,
- den Stadtbau mit öffentlicher Beteiligung zur Quartiersentwicklung fortführen,
- gegen den Leerstand die Auflage eines neuen Stadtbauprogramms bis 2035 für den Rückbau und Aufwertung im Bestand finanzieren.
- ein Gesetz, das die Zweckentfremdung von Wohnraum sanktioniert, um den Kommunen mehr Handlungsspielraum bei Spekulationen zu geben.
- eine nach Einkommensklassen gestaffelte Förderung für die energetische Sanierung sowie den Austausch von Heizungsanlagen von selbstgenutzten Eigenheimen.

Wir setzen auf Wohnen als Menschenrecht. Der soziale Wohnungsbau muss in Sachsen-Anhalt wieder angestoßen und gefördert werden. Niemand soll ohne Dach über dem Kopf leben müssen!

Wir sind der Pol der Hoffnung.

10. Industriepolitik/Wirtschaftspolitik

Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestimmung

Arbeit darf nicht arm machen, sie muss Sicherheit, Respekt und Perspektive geben. In Sachsen-Anhalt schaffen Millionen Menschen jeden Tag Werte – in Werkstätten, Fabriken, Pflege, Handel und Verwaltung. Doch zu oft sind Jobs unsicher, Löhne niedrig, Mitbestimmung fehlt. Das wollen wir ändern: Arbeit soll stärken, Einkommen sichern und Zukunft gestalten.

Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt

Gute Arbeit heißt: sichere Jobs, planbare Arbeitszeiten und faire Bedingungen – für alle Beschäftigten.

Unser Anspruch:

- Recht auf Vollzeit und Rückkehrrecht aus Teilzeit,
- sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten,
- langfristig die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn,
- Schutz vor Überlastung durch Digitalisierung und mobile Arbeit,
- ein gesetzlich gestärkter Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- familienfreundliche Schichtmodelle,
- keine Ausnahmen vom Mindestlohn und keine Abwertung unter Tarif von Zuschlägen für Nacht- und Schichtarbeit, Feiertage und Überstunden.
- Schaffung und Erhalt von Inklusionsarbeitsplätzen (bspw. für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung)

Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern

Wo Tarif gilt, geht es den Menschen besser. Doch immer weniger Betriebe zahlen ihn noch – das drückt Löhne und mindert Lebensqualität. Wir wollen die Tarifbindung wieder zur Regel machen.

Dafür fordern wir:

- einen Vergabemindestlohn von 16,50 Euro pro Stunde, gekoppelt an Inflation und Tarifentwicklungen,
- die Einführung eines konsequenten Vergabegesetzes und Umsetzung des Vergabemindestlohns,
- die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern – Blockaden der Arbeitgeber zu beenden.
- Einführung einer Ausbildungsumlage, die Ausbildungsbetriebe entlastet und Betriebe, die nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligt. Alle Auszubildenden sollen mindestens 80 Prozent der tariflichen Ausbildungsvergütung erhalten.

Faire Löhne sind kein Luxus, sondern Grundlage von Würde, Kaufkraft und regionaler Stärke.

Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb

Wer jeden Tag Werte schafft, muss auch über deren Zukunft mitbestimmen können. Doch noch immer entscheiden Vorstände über Schließungen und Verlagerungen, während Beschäftigte die Folgen tragen. Diese Entmachtung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit ist politisch gewollt – und sie schwächt unsere Demokratie.

Wir wollen das ändern: Mitbestimmung muss zur Selbstverständlichkeit werden – nicht zur Ausnahme. Beschäftigte wissen am besten, wie Transformation gelingt, wie Standorte gesichert und neue Märkte erschlossen werden.

Wir fordern:

- Mitentscheidungsrechte der Betriebsräte bei Investitionen, Standortfragen und Digitalisierung,
- harte Sanktionen gegen Union Busting und die Behinderung von Betriebsratsarbeit,
- Betriebsratsförderung durch Bildung, Gesundheit und Weiterbildung,
- ein Landesprogramm zur Unterstützung von betrieblicher Mitbestimmung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten

Sachsen-Anhalt darf kein Land der billigen Arbeit und schwachen Mitbestimmung sein. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht nur Konzernzentralen und Profiten. Transformation, Investitionen und Innovation müssen von unten mitgestaltet werden: durch Beschäftigte, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kommunen.

Unsere Perspektive:

- Zukunftsinvestitionen in Industrie und Schlüsselbranchen demokratisch planen,
- nachhaltige Produktionsweisen und sichere Arbeitsplätze schaffen,
- öffentliche Mittel für gemeinwohlorientierte Technologien einsetzen statt Profite zu privatisieren.

Unsere Forderungen:

- Aufbau regionaler Wirtschafts- und Transformationsräte für demokratische Planung,
- engere Verzahnung von Wirtschaft, Forschung, Hochschulen und Bevölkerung,
- gemeinwohlorientierte öffentliche Investitionen gezielt lenken,
- Wirtschaft solidarisch, gerecht und nachhaltig gestalten.

Ziel ist eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, Transformation vorantreibt und allen Menschen eine Stimme gibt – solidarisch, sozial-ökologisch und demokratisch.

Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung

Sachsen-Anhalt steht vor einem tiefgreifenden demografischen Wandel: Viele Fachkräfte gehen in Rente, ganze Branchen suchen dringend Personal – von Landwirtschaft und Bau bis Pflege und Produktion. Gleichzeitig arbeiten viele Menschen aus dem Ausland unter Bedingungen, die weder fair noch würdig sind: Leiharbeit in der Ernte, prekäre Beschäftigung am Bau, fehlende Rechte und langwierige Anerkennungsverfahren. Diese Realität gefährdet Beschäftigte, schwächt Tarifstandards und belastet ganze Regionen.

Sachsen-Anhalt braucht eine klare Linie: Arbeitsmigration fair gestalten, Rechte sichern und Fachkräfte wirklich integrieren – statt Ausbeutung, Bürokratie und Lohnkonkurrenz.

Wir fordern:

- klare Regeln für faire Arbeit: konsequente Kontrolle von Leiharbeit, Werkverträgen und Subunternehmen in Landwirtschaft, Bau und Logistik – mit Schwerpunktprüfungen durch „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ und Landesbehörden,
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit: landesweite Vorgaben, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die tarifgebunden zahlen und keine Ausbeutungsmodelle nutzen,
- schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen: Das Land investiert in Anerkennungsstellen, digitale Verfahren, Sprachförderung und Beratung – damit Fähigkeiten schnell zum Tragen kommen und Fachkräfte nicht in prekäre Jobs gedrängt werden. Das stärkt Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheit und Industrie gleichermaßen.
- Rechte stärken, Missbrauch stoppen: härtere Sanktionen bei Ausbeutung sowie landesweite Beratungsstellen für Arbeitsmigrant:innen, unterstützt von Gewerkschaften – damit Betroffene ihre Rechte kennen und durchsetzen können
- Integration in Betriebe und Regionen: Förderprogramme für Betriebe, die Migrant:innen qualifizieren, weiterbilden und langfristig übernehmen – statt rotierender Ausbeutungsmodelle durch Leiharbeitsfirmen.

Sachsen-Anhalt braucht Arbeitsmigration – nicht trotz, sondern wegen des demografischen Wandels. Wenn Menschen hier arbeiten wollen, verdienen sie Respekt, Sicherheit und echte Zukunftschancen. Faire Regeln schützen nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die regionalen Betriebe, Handwerksbetriebe und die Tarifstandards, die unser Land tragen.

So entsteht eine Arbeitswelt, in der Migration nicht länger Ausbeutung bedeutet. Wir wollen faire Chancen, sichere Jobs und gemeinsame Stärke für unser Land.

Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken

Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik

Wir wollen eine Wirtschaft für alle, die nicht nur auf einzelne Leuchtturmprojekte ausgerichtet ist, sondern Beschäftigte, Konsument:innen, Unternehmen, Handwerk und die Daseinsvorsorge gleichermaßen in den Blick nimmt.

Dazu gehören:

- eine verlässliche Infrastruktur,
- qualifizierte Arbeitskräfte,
- Bildung, Forschung und Innovation
- und hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards.

Wir setzen auf eine resiliente, regional verankerte Wirtschaft, die Wohlstand und soziale Stabilität schafft – nicht nur Profite für einige Wenige. Sachsen-Anhalt braucht dafür eine aktive, demokratische Industriepolitik, die Beschäftigung sichert, Transformation gestaltet und regionale Wertschöpfung stärkt – statt Abhängigkeiten zu vertiefen.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Sachsen-Anhalt steht vor tiefgreifenden wirtschaftlichen Herausforderungen: Alte Strukturen brechen weg, die Chemie- und Automobilzulieferindustrie stehen unter Druck durch steigende Energiepreise, internationale Konkurrenz und den Klimawandel. Viele kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk kämpfen um ihre Existenz, Fachkräfte fehlen, und Regionen drohen abgehängt zu werden.

Die bisherigen Landesregierungen haben oft auf Großprojekte gesetzt und die soziale und ökologische Zukunft der Wirtschaft aus dem Blick verloren. Auch bei der Unterstützung der betroffenen Regionen versagt das Land. Weniger als die Hälfte der Landesmittel für den Strukturwandel gehen an betroffene Landkreise und wenn, haben die geförderten Projekte wenig bis gar nichts mit dem Strukturwandel zu tun.

Stillstand und Abhängigkeit von einzelnen Konzernen gefährden Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Perspektiven der Menschen vor Ort. Eine aktive Industriepolitik für Sachsen-Anhalt verbindet deshalb regionale Wertschöpfung mit einer verantwortungsvollen, ressourcenschonenden und kreislauforientierten Wirtschaft, die ökologische Belastungen reduziert und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

Denn Sachsen-Anhalt kann mehr: Arbeitsplätze sichern, Regionen stärken und Klimaschutz vorantreiben. Es ist höchste Zeit, die Transformation aktiv, sozial gerecht und demokratisch zu gestalten – als Chance für Beschäftigte, Regionen und Klimaschutz.

Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau.

Wir engagieren uns für einen Wirtschaftsfonds für den Umbau der Industrie, die Unterstützung des Mittelstands und des Handwerks. Durch den Investitionsfonds können Unternehmen mit langfristigen Krediten oder im Austausch für Gesellschaftsanteile zukunftsfähig aufgestellt werden. Der Fonds kann beispielsweise für einen klimagerechten Umbau, aber auch für die Umstellung auf neue Produktionsverfahren und die Gründung von Startups genutzt werden. Er soll dabei die Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten reinvestieren, um sich fortlaufend zu verstetigen und sein Angebot stetig zu erweitern.

Wir wollen:

- **langfristige Investitionen statt Subventionen** – Kredite und Beteiligungen zur klimaneutralen Umstellung, Modernisierung und Transformation von Unternehmen,
- **Sozial-ökologische Transformation** – Investitionen werden an Tarifbindung, Standortgarantie und gemeinwohlorientierte Produktionsverfahren gekoppelt,
- **Beteiligung statt Abhängigkeit** – Unternehmen können sich am Fonds beteiligen – finanziell oder projektbezogen –, um so gemeinsam die wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten,
- **Sicherung von Arbeit und Mitbestimmung:** Wenn Betriebe in die Krise geraten, erhalten Beschäftigte das Recht, sie **kollektiv oder genossenschaftlich zu übernehmen**. So bleibt Wissen erhalten, und Arbeit wird selbstbestimmt fortgeführt.
- **Demokratische Mitbestimmung** – die Bewirtschaftung des Fonds und Investitionsentscheidungen erfolgen gemeinsam mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kommunen,
- **Weiterbildung und Zukunftskompetenzen:** Jede Förderung wird mit Qualifizierungsprogrammen verbunden – damit niemand im Wandel zurückbleibt.

So entsteht eine Industriepolitik, die nicht Subventionen verteilt, sondern Zukunft gestaltet – mit Planung, Beteiligung und Innovation.

Strukturwandel demokratisch gestalten

Wir engagieren uns für sozial gerechten und demokratisch und planvoll gestalteten Strukturwandel – gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Sachsen-Anhalt steht im Zentrum eines gewaltigen Umbruchs. Der Abschied von fossilen Rohstoffen und das Ende überholter Exportmodelle sind unausweichlich.

Nur wenn alle mitbestimmen, entsteht aus Wandel Vertrauen – und aus Vertrauen Zukunft.

Wir wollen:

- **Ein Landesprogramm „Klimaschutz in der Industrie“:** Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Zuschüssen für Klimaschutzprojekte sowie zinslosen, langfristigen Krediten für die Umstellung auf klimaneutrale Produktionsverfahren.
- **Starke Industrie, starke Netze:** Wir sichern Schlüsselbranchen und investieren in Zukunftsinfrastruktur – leistungsfähige Strom- und Wasserstoffnetze, flächendeckende Ladepunkte und digitale Anbindungen. So bleibt Sachsen-Anhalt Industrieland mit Zukunft.
- **Regionale Wertschöpfung statt verlängerter Werkbank:** Industriepolitik soll die Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt halten, Mitbestimmung stärken und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern – statt Abhängigkeit von internationalen Konzernen zu vertiefen.
- **Energiewende als Jobmotor:** Sachsen-Anhalt hat beste Voraussetzungen für Solar- und Windenergie. Wir nutzen sie für neue Arbeitsplätze, sinkenden Energieverbrauch, niedrigere regionale Strompreise, Energieeffizienz und nachhaltige Produktionsketten.
- **Mobilitätswende als Innovationsmotor:** Wir machen Sachsen-Anhalt zum Herzstück nachhaltiger Mobilität – mit klimaneutraler Produktion, Leichtbau und Elektromobilität „Made in Sachsen-Anhalt“. Der Ausbau von Lade- und Gleisinfrastruktur schafft neue Industriearbeitsplätze und stärkt regionale Wertschöpfung.
- **Demokratische Gestaltung des Wandels:** Bürger:innen sollen mitgestalten, mitbestimmen und Verantwortung tragen. Wo Demokratie den Umbau lenkt, wächst Vertrauen – und aus Wandel entsteht Zukunft.
- **Soziale Sicherheit im Wandel:** Überleitungsgesellschaften sichern Beschäftigung, Weiterbildung und neue Perspektiven, damit niemand im Strukturwandel zurückbleibt.

Unser Ziel: Industrielle Transformation als Chance – für Beschäftigte, Regionen und Klimaschutz. Arbeitsplätze bleiben erhalten, Industrie wird **grün, innovativ und demokratisch gesteuert**.

Automobilbranche stärken – Innovation und Arbeit sichern

Wir engagieren uns für den Aufbau einer regionalen, nachhaltigen und sozial gerechten Automobilbranche. Die Automobilbranche in Sachsen-Anhalt beschäftigt rund 30.000 Menschen. Doch **steigende Energie- und Produktionskosten, fehlender Kurs bei der Elektromobilität und wachsende internationale Konkurrenz** setzen viele Betriebe massiv unter Druck. CDU, SPD, Grüne und FDP haben hier lange auf **Planlosigkeit und Abwarten** gesetzt, statt eine klare Strategie für Transformation und Arbeitsplatzsicherung zu

entwickeln. Das gefährdet **Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die Zukunft unserer Industrie.**

Wir wollen:

- **Diversifizierung der Produktion** durch Batterietechnologie, E-Mobilität, Leichtbau, Schiene und nachhaltige Mobilität,
- **Investitions- und Innovationsförderung**, in dem wir Betriebe bei der Umstellung auf nachhaltige und energieeffiziente Produktionsprozesse, Forschung an neuen Technologien und Erschließung zukunftsfähiger Märkte unterstützen,
- **Transformationsnetzwerke entwickeln**, in dem wir die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Zulieferbetrieben stützen,
- **einen Rettungsschirm für kritische Zulieferbetriebe** zum Schutz für Betriebe, die systemrelevant für die Wertschöpfungsketten sind,
- **regionale Wertschöpfung durch** kurze Lieferketten, lokale Produktion und den Ausbau von Zuliefernetzwerken innerhalb Sachsen-Anhalts, um Abhängigkeiten von internationalen Konzernen zu reduzieren.

Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Automobilindustrie nicht nur sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige, innovative und sozial verantwortliche Produktion** machen – ein Ort, an dem Beschäftigte, Betriebe und Regionen gemeinsam eine **starke und zukunftsfähige Wirtschaft** gestalten.

Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft gestalten

Wir engagieren uns für eine klare Linie: **Klimaschutz, Versorgungssicherheit und industrielle Stärke gemeinsam denken.** Die chemische und energieintensive Industrie ist das industrielle Herz Sachsen-Anhalts – von Leuna bis Schkopau. Doch hohe Energiepreise, globale Konkurrenz und drohende Standortverlagerungen gefährden Betriebe und Beschäftigung. Die Landesregierung hat bislang nur kurzfristig reagiert, statt langfristig zu planen.

Wir wollen:

- **faire Energiepreise für den Wandel** – Energie- und CO₂-Kosten in Umbauphasen senken – gekoppelt an gute Arbeit, Klimaschutz und sichere Standorte,
- **klimaneutral produzieren, Zukunft sichern** – Unterstützung beim Umstieg auf saubere, kreislaforientierte Verfahren – mit starker öffentlicher Hand und Forschung an der Seite der Betriebe,
- **grüne Wasserstoffinfrastruktur aufbauen und sichern** – Aufbau einer landesweiten Wasserstoffinfrastruktur, die verlässlich, bezahlbar und – wenn nötig – **in öffentlicher Hand** bleibt,

- **verbindliche Transformationsverträge** – Planungssicherheit durch klare Investitions- und Beschäftigungsgarantien, neue Wertschöpfung im Bereich grüner Grundstoffe und die aktive Förderung der Elektrochemie,
- **keine Werksschließung ohne Perspektive** – Arbeitsplätze, Wissen und Strukturen für kommende Generationen sichern.

Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Chemie- und Grundstoffindustrie nicht nur sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige, klimafreundliche Produktion** machen – ein Ort, an dem **Arbeitsplätze, regionale Stärke und die Leistungen der Industrie** Hand in Hand gehen.

Handwerk – Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen

Wir engagieren uns für ein starkes, modernes Handwerk, das gute Arbeit schafft und die Energiewende mitgestaltet – in Werkstätten, auf Baustellen und in unseren Städten und Dörfern. Das Handwerk ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – regional verwurzelt, unverzichtbar für Klimaschutz, Alltag und Zusammenhalt. Doch viele Betriebe kämpfen mit steigenden Kosten, Fachkräftemangel und fehlender Perspektive. Zu lange haben CDU, SPD und FDP auf Marktkräfte vertraut, statt das Handwerk als Schlüssel für die sozial-ökologische Transformation zu stärken.

Wir wollen:

- **ein Landesprogramm „Handwerk 2035“** – Investitionen in klimaneutrale Produktion, Energieeffizienz und digitale Werkzeuge,
- **frühzeitige Berufsorientierung** – praxisbezogener Unterricht und verpflichtende Schüler:innenpraktika, damit junge Menschen das Handwerk erleben und erlernen,
- **Betriebe in Beschäftigtenhand** – Unterstützung bei Nachfolge und gewerkschaftlicher Übernahme, um Arbeitsplätze und Wissen zu sichern,
- **regionale Wertschöpfung** – öffentliche Aufträge an lokale Betriebe – fair, transparent und zukunftsorientiert,
- **Ausbildung stärken** – kostenfreie Meisterqualifikation, Weiterbildung in Zukunftsbranchen wie Gebäudesanierung, Photovoltaik und Wärmetechnik.

Ein starkes Handwerk bedeutet starke Regionen, sichere Arbeit und Zukunft zum Anpacken. Sachsen-Anhalt wächst dort, wo Menschen mit ihren Händen und Herzen gestalten – gemeinsam, solidarisch und zuversichtlich.

Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht

Wir engagieren uns für eine klare Strategie: Produktion diversifizieren, technologische Souveränität sichern und gute Arbeit schützen. Der Maschinenbau hat nicht nur im Umland von Magdeburg eine lange Tradition, nein, er bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat der Industrie in Sachsen-Anhalt.

Doch steigende Energiepreise, Konkurrenz und der Transformationsdruck durch den Klimawandel, setzen vielen Betrieben zu.

Wir wollen:

- **Diversifizierung der Produktion** – Förderung von Betrieben bei der Umstellung auf die Produktion von Batteriespeichern, Wärmepumpen oder Anlagen für Rechenzentren der KI-Wirtschaft,
- **technologische Stärke ausbauen** – Investitionen in moderne Fertigungsverfahren, Energiespeicher und Automatisierung werden direkt gefördert,
- **Lieferketten widerstandsfähig machen** – kritische Komponenten regional und europäisch absichern und produzieren und dadurch weniger Abhängigkeit und mehr Stabilität schaffen.

So kann Sachsen-Anhalt seine Maschinenbau-Tradition zu neuem Leben erwecken: als Ort innovativer Technologien, gesicherter Arbeitsplätze und nachhaltiger, regionaler Wertschöpfung.

Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt

Wir engagieren uns für eine Politik, die **Tourismus nachhaltig, krisenfest und sozial gestaltet**.

Tourismus und Gastronomie sind für Sachsen-Anhalt mehr als Ferien: Sie schaffen Arbeitsplätze, beleben Städte und Dörfer und machen unsere kulturelle Vielfalt sichtbar und das Land attraktiv. Doch die Branche ist verwundbar: Klimawandel, Fachkräftemangel, steigende Kosten und unsichere Rahmenbedingungen belasten viele Betriebe. Zugleich zeigt der Trend klar: Menschen suchen regionale Erlebnisse, Natur, Kultur und Authentizität.

Wir wollen diese Zukunft aktiv ermöglichen: durch starke Regionen und gute Arbeitsbedingungen, die junge Menschen wieder für das Gastgewerbe begeistern. Tourismus und Gastronomie müssen widerstandsfähig, lokal eingebettet und sozial gerecht werden. Klimaresilienz, regionale Kreisläufe und faire Arbeit bilden dafür das Fundament. Wir verbinden Förderung mit klaren sozialen Standards und einer Strategie, die Menschen, Regionen und Natur schützt.

Wir wollen:

- **klimaresiliente Tourismusentwicklung** – Landesprogramm für Hitze- und Hochwasserschutz, nachhaltige Rad- und Wanderwege und Naturrauminfrastruktur, klimaangepasste Besucherlenkung,
- **regionale Angebote stärken** – Förderung an lokale Anbieter binden, Kultur- und Naturtourismus ganzjährig unterstützen, Jugend- und Schüler:innenangebote ausbauen,
- **Gastronomie sichern** – zielgerichtete Investitionshilfen für Energieeffizienz und die Modernisierung von Großküchengeräten und Gebäuden, auch im ländlichen Raum,

- **Nachwuchs gewinnen** – verpflichtende Schüler:innenpraktika, praxisnahe Schulmodule und regionale Ausbildungs-offensiven in Hotellerie und Gastronomie,
- **Nachhaltige Mobilität** – bessere ÖPNV-Anbindung touristischer Orte, Rad- und Wanderwege modernisieren und verstetigen.

Ein widerstandsfähiger, an der Bevölkerung orientierter und klimafester Tourismus stärkt Sachsen-Anhalt und seine Menschen. Wenn Regionen profitieren, Beschäftigte geschützt sind und Natur bewahrt wird, entsteht ein Tourismus, der Zukunft gibt – für das Land und die, die hier leben.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

11. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union

Stand der Dinge – Herausforderungen

Die Welt befindet sich in einer verstärkten Auseinandersetzung um Einflusszonen bei der das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, Handelspolitik als Waffe missbraucht wird, und auch der Einsatz von militärischen Mitteln zur Durchsetzung nationaler Interessen immer häufiger Realität wird. Nicht nur der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie unmittelbar diese Bedrohung für ein friedliches Leben in Sachsen-Anhalt geworden ist.

Deswegen setzen wir uns für eine Entwicklung der Europäischen Union als Faktor des Friedens und der Anwendung des Völkerrechts ein. Wir wenden uns dagegen, die EU zu einem weiteren militärischen Akteur in der globalen Auseinandersetzung zu machen, weil dies die Welt noch unsicherer werden lässt und uns die notwendigen Mittel für den Aufbau einer sozialen Säule in der EU, einer solidarischen Regionalentwicklung und den notwendigen Umbau der Industrie raubt. Sachsen-Anhalt ist ein Land das stark in der Arbeitsteilung der EU verwoben ist. Nationalistische Abschottung würde unserer sozialen und ökonomischen Entwicklung massiven Schaden hinzufügen. Probleme wie die Energieversorgung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lassen sich nur noch im europäischen Rahmen lösen.

Wir setzen uns ein für:

- Demokratisierung der Europäischen Union im Sinne einer echten Gemeinschaft durch die Stärkung von direktdemokratischen Elementen, dem Europäischen Parlament gegenüber dem Rat der Europäischen Union und der Kommission,
- dass der Ausschuss der Regionen gestärkt wird, indem er in die Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird. Ziel ist eine stärkere Berücksichtigung lokaler Perspektiven und Erfahrungen bei der Politikgestaltung.

- Stärkung der sozialen Rechte und der finanziellen Mittel für die Verbesserung der sozialen Situation in der EU statt der Erhöhung von Militärausgaben aus dem EU-Haushalt,
- den Ausbau der regionalen Verantwortung für den Einsatz von Kohäsionsmitteln statt einer Verlagerung auf die nationale Ebene,
- eine Europäische Union, die den globalen Süden als Partner begreift und in fairen internationalen Beziehungen unterstützt, um dort soziale und ökologische Entwicklungen voranzutreiben, statt sie zu verhindern,
- die weitere Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt.

Die Linke in Sachsen-Anhalt fühlt sich den Vorstellungen eines geeinten, demokratischen, fortschrittlichen und sozialen Europas verbunden, wie es von Linken als Antwort auf die verheerenden nationalistischen Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist.

Im Übrigen sind wir der Meinung, Frontex gehört abgeschafft!

Wir sind der Pol der Hoffnung.

12. Die Heimat der Zukunft gemeinsam hier gestalten

Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt

Wo andere Angst schüren, schaffen wir Chancen. Wo andere ausgrenzen, werden wir integrieren. Wo andere von Überfremdung reden, gestalten wir gemeinsam die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die Vielfalt als Stärke nutzt.

Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor

Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist vielfältig. Menschen mit Wanderungsgeschichte sind überall im Land Normalität; sie sind Freund:innen, Nachbar:innen, Kolleg:innen, Kamerad:innen bei Feuerwehr und im Sportverein. Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Generation Migrant:innen, sondern erste Generation Sachsen-Anhalter:innen! Diese Vielfalt wollen wir erhalten und stärken. Sie ist grundlegend für unser Zusammenleben und damit auch für alle Integrationsprozesse.

Denn wirkliche Integration entsteht nicht durch Abschottung und Angst-Rhetorik. Integration passiert dort, wo man Begegnungsräume schafft, wo Menschen willkommen sind, wo Qualifikationen anerkannt werden und wo Zusammenhalt gelebt wird. Sachsen-Anhalt hat eine demografische Überlebensfrage: Wir brauchen Menschen, die hier leben möchten, sich einbringen und Regionen lebendig halten. Migration ist kein Problem, sondern Chance, wenn Integration auf allen Ebenen gelebt wird. Wir setzen auf eine Integrations- und Zuwanderungspolitik, die Menschen und die Gemeinschaft zusammenbringt und stärkt.

Das Gelingen oder Scheitern der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird ausschlaggebend für die Zukunft unseres Landes sein. Sachsen-Anhalt schrumpft systematisch. Ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner. Das Durchschnittsalter steigt, während immer weniger junge Menschen da sind, die unser Land voranbringen. Ein gutes Leben sollte für jeden möglich sein, egal, ob eingewandert oder nicht – wir wollen es gemeinsam gestalten.

Das können wir gemeinsam schaffen:

- **Abmildern des demografischen Wandels:** Die Geburtenrate sinkt, während gleichzeitig mehr Menschen sterben. Ohne Zuwanderung ist das Schrumpfen der Bevölkerung garantiert.
- **Stärkung des Arbeitsmarktes:** Überall fehlen Menschen und jede zweite offene Stelle bleibt unbesetzt. Ohne weitere Arbeitskräfte kollabiert die Wirtschaft.
- **Stabilisierung des Rentensystems:** Mehr besetzte Stellen bedeutet ein steigendes Beitragsaufkommen auch in der Rentenversicherung. Mit jeder Arbeitsmarktintegration können wir sozialer Ungerechtigkeit in der Rente entgegenreten.
- **Jung und qualifiziert:** Mit ihrer Altersstruktur stabilisieren gut qualifizierte Zuwanderer die Wirtschaft, wenn eine schnelle Anerkennung der Abschlüsse gelingt. Vor allem in der Pflege zeigt sich seit Jahren, dass die Branche ohne Zuwanderung nicht mehr funktionieren würde.
- **Rettung des ländlichen Raums:** In den ländlichen Räumen Sachsens-Anhalts droht der Zusammenbruch wichtiger Strukturen (Schulen, Kitas, Kultur und Vereine). Mit ernsthafter Integration und neuen Perspektiven können wir dem gemeinsam entgegenwirken.

Integration als Schlüssel

Nicht Ausgrenzung, sondern Willkommen. Nicht Diskriminierung, sondern Qualifizierung. Nicht Abschottung, sondern aktive Gestaltung der Integration. Vielfalt statt Anpassung ist unser Motto. Sachsen-Anhalt macht aus Zuwanderung bewusst Ankommen – durch Struktur, Unterstützung und echte Chancen. Menschen brauchen Perspektive. Das erreichen wir über klare Regelungen verlässliche Zusagen, was flächendeckende Angebote an Sprachkursen, auch im ländlichen Raum, die Anerkennung von Qualifikationen und die Möglichkeit des Familiennachzuges angeht. Jede gut integrierte Person fördert das Gemeinwesen und die demografische Erneuerung. Studien zeigen bereits seit Jahren, dass gute Integration der Gemeinschaft mehr bringt als sie kostet.

Sofortmaßnahmen für gelungene Integration:

Wir wollen Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren und

ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem unbürokratisch Mittel für Kommunen zur besseren Integration ausgereicht werden – u.a. für Willkommensinitiativen, Patenschaftsmodelle oder Zuschüsse für Begegnungszentren. Ebenso werden wir mit den Behörden und Verwaltungen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus die besten Verfahren erarbeiten, mit denen es gelingt, Integrationsprozesse zu verbessern und zeitgleich einen Bürokratieabbau für alle zu erreichen. Statt Behörden-Dschungel und unklaren Verantwortlichkeiten, können „One-Stop-Shops“ und damit klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Wir haben bereits tolle Ansätze, welche über den Projektcharakter hinauskommen müssen, um auch Trägern eine sichere Perspektive zu geben und vorhandene Ehrenamtsstrukturen nachhaltig zu stärken und auszubauen.

Willkommens-Offensive: Aus Zuzug wird Ankommen

- **Willkommenszentren als Netzwerk:** Wir fördern die Vernetzung von Kommunen, lokalen Initiativen, Hilfestellen und Behörden für eine offene Willkommenskultur und Begleitung.
- **Sprachkurse ausbauen:** Unabhängig des Aufenthaltsstatus und des Alters haben alle Zugewanderten direkten Zugang zu Sprachkursen, wobei sich berufsbezogene Sprachkurse direkt anschließen, auch im ländlichen Raum.
- **Lernwahlrecht Sprache:** Digitale Lernplattformen werden als Alternative angeboten, aber wohnortnahe Präsenzkurse sind die Regel.
- **Schnelle Anerkennung:** Ausländische Berufsabschlüsse werden innerhalb von sechs Monaten anerkannt und Anpassungsqualifizierungen angeboten.
- **Selbständige Kontoführung:** Die diskriminierende Bezahlkarte wird durch ein verpflichtendes Basiskonto ersetzt.

Öffentliche Verwaltung als Vorbild

Integration betrifft alle Teile der Gesellschaft und muss auch in den Behörden und öffentlichen Institutionen ein fester Bestandteil werden, so dass auch gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz erreicht werden.

Interkulturelle Öffnung: Vielfalt in allen Institutionen

- **Diversitätsstrategie öffentlicher Dienst:** Die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund soll als Ausdruck einer Willkommenskultur Priorität erhalten.
- **Interkulturelle Kompetenz:** Alle relevanten Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten Weiterbildungen zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenz und von Sprachkenntnissen.
- **Bildung interkulturell:** Lehrkräfte mit Migrationshintergrund wollen wir gezielter ansprechen und qualifizieren, sowie die jeweilige Kunst, Kultur und Musik in die Bildung einbinden.

- **Sprachbarrieren überwinden:** Ein landesweiter Sprachmittlerservice ist unterstützend für alle im öffentlichen Dienst und der medizinischen Versorgung Standard, um Missverständnisse zu vermeiden.

Integration ab Kindesbeinen

Neben Familien, die in ihr Herkunftsland zurückgehen, gibt es vor allem Familien die hier bleiben und deren Kinder als Teil unserer Gesellschaft die kommenden Herausforderungen mittragen. Hierfür braucht es einen klaren Ansatz der integrativen, frühkindlichen Förderung bereits ab der Kita, um den Kindern einen reibungslosen Start ins Schulleben zu ermöglichen und sie mit ausreichenden Kompetenzen auszustatten, um die Startgerechtigkeit für ihr weiteres Leben gewährleisten zu können.

Kinder und Jugendliche: Integration der nächsten Generation

- **Sprachförderung ab Kita:** Niemand startet mit Sprachdefizit in die Schule.
- **Patenschaftsprogramme:** Menschen mit Migrationshintergrund begleiten neu zugezogene Menschen mit ähnlicher Geschichte und auch in ähnlicher Altersstufe.
- **Familienlernen:** Sprache und Nachhilfe für Kinder in Kita und Grundschule soll in zweiter Reihe von den Eltern begleitet und diese auch mit einbezogen werden.
- **Bildung in Vielfalt:** Lehrpläne greifen die Vielfalt der Kulturen auch sprachlich im Unterricht auf und schaffen so gegenseitige Lern- und Integrationseffekte.

Integration und Arbeitsmarkt

Eine Arbeit ist für uns nicht der Schlüssel zur Integration, sondern ein Bestandteil mit dem Ziel der Selbstverwirklichung und Teilhabe. In vielen systemrelevanten Bereichen des Alltags arbeiten Menschen mit Einwanderungsgeschichte und sichern die Daseinsvorsorge. Das wollen wir würdigen: gleiche Arbeit heißt gleiche Arbeitnehmerrechte, für notwendige rechtliche Anpassungen werden wir streiten. Auch diese Aspekte befördern Integration und letztlich profitieren alle!

Potenziale werden verschwendet

20,3 Prozent der Menschen mit ausländischem Pass sind arbeitslos – das ist mehr als doppelt so viel wie in der Gesamtbevölkerung (9 Prozent). Das liegt nicht am Willen der Menschen, sondern an den Bedingungen des Systems: das ist strukturelle Diskriminierung. Denn gleichzeitig berichten Unternehmen von massivem Fachkräftemangel. Das ist keine Ungereimtheit, sondern Versagen von Integrationspolitik. Menschen, deren Qualifikationen nicht anerkannt werden, landen in unterbezahlten Niedriglohn-Jobs und tauchen nicht im offiziellen Fachkräftemangel-Bericht auf.

Wir müssen die Möglichkeiten anpacken und Chancen bieten, statt die Probleme einer verfehlten Politik der letzten Jahre zu bestaunen und mit Ablehnung oder gar Ausgrenzung zu reagieren.

Fachkräfte gewinnen: Ausbildung und Arbeit als Bestandteil der Integration

- **Beratung und Arbeitsmarktintegration:** Bereits mit Start des Asylverfahrens wird die Arbeitsagentur zur Berufsberatung und Arbeitsvermittlung aktiv durch Mitarbeit im Willkommensnetzwerk bedarfsorientiert eingebunden.
- **Landesprogramm Arbeitsförderung:** Um eine Brücke zwischen den Menschen, Behörden und Arbeitgeber:innen zu schlagen, werden wir ein Landesprogramm zu Begleitung der Arbeitsmarktintegration auflegen, welches übergreifend Unterstützung bietet. Im Rahmen dessen wird zudem ein kommunales Budget zur Förderung der Arbeitsaufnahme eingerichtet und das Verfahren zur Ausstellung einer Arbeitserlaubnis wird vereinfacht.
- **Brückenqualifizierung:** zwölfmonatige Programme für ausländische Fachkräfte (z.B. Ärzt:innen, Ingenieur:innen, Handwerker:innen), um ggf. unterschiedliche Qualifizierungen an die hier im Land geltenden Standards in der Ausbildung anzugleichen.

Migration ist kein abstraktes Phänomen und keine rein ökonomische Frage, sondern immer Ausdruck konkreter Lebensrealitäten. Niemand verlässt leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen. Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die Schutz suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht auf Familien-nachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.

Eine linke Migrationspolitik verbindet Solidarität, Schutz und Teilhabe mit dem Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und gleiche Rechte und Chancen für alle, die hier leben. Unsere Politik stellt sich nicht die Frage, welchen Nutzen migrantische Menschen für uns haben und was sie für uns tun können, sondern wie wir die gesellschaftlichen Strukturen aufbauen können, in welchen Menschen, egal welcher Herkunft, ein selbstbestimmtes Leben führen können. Denn mit Blick auf die Fluchtursachen liegt es auch in unser aller Verantwortung, dies umzusetzen.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

13. Verkehrspolitik

Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt

Wir wollen Mobilität für alle Menschen, die verlässlichen, sicheren Verkehr ermöglicht, bezahlbar und barrierefrei ist.

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs als Teil der Daseinsvorsorge hat unsere besondere Aufmerksamkeit. Rückgrat einer neuen Mobilitätskultur in Sachsen-Anhalt ist dabei ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn.

Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse

Wir setzen auf Bahnen und Busse und wollen die Verkehrsunternehmen der Landkreise und Städte stärken, indem wir sie weiterhin bei der Bus- und Straßenbahnanschaffung finanziell unterstützen. Rufbusse und Anrufbusse, die wie ein Taxi fungieren, müssen als weiterer Baustein einer Mobilität ohne eigenes Auto gesetzlich ermöglicht werden.

Wir plädieren für eine Verkehrsreduzierung beim motorisierten Individualverkehr und LKW-Verkehr und eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege und Wasserstraßen. Wir setzen uns für barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle ein.

Die Linke will dem Ausbau dieser Infrastruktur beim Mitteleinsatz, der planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der Landesverwaltung höhere Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards wollen wir den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aufwerten. Jedoch ist der PKW für Menschen in Dörfern ohne Anbindung an den Öffentlichen Verkehr wichtig und muss bezahlbar sein.

Wir wollen:

- Carsharing erleichtern und fördern sowie stationsgebundenes Carsharing bevorzugen,
- in allen Regionen, besonders aber in den dünn besiedelten Regionen den ÖPNV ausbauen und Menschen ohne Führerschein und Auto Mobilität ermöglichen,
- guten Nahverkehr als kommunale Pflichtaufgabe finanzieren,
- einen gezielten Ausbau der Infrastruktur alternativer Antriebe, um den Umstieg im Personen- und Schwerverkehr zu beschleunigen,
- das Landesprogramm zur Barrierefreiheit finanziell erweitern und den barrierefreien Ausbau der Haltestellen beschleunigen,
- die finanziellen Mittel für den ÖPNV spürbar erhöhen,
- jede Gemeinde an den öffentlichen Personennahverkehr anschließen, die Erreichbarkeit und Verknüpfungen von Bus und Bahn mit den Kommunalvertretungen vor Ort gemeinsam entscheiden.

Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif

Die Kosten für den oder die Einzelne:n sind ein entscheidender Faktor bei der Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen ihn deshalb mittelfristig landesweit zum Nulltarif anbieten. Dafür muss er im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende seitens des Bundes finanziell besser unterstützt werden, und wir werden alternative Finanzierungskonzepte durch Anpassungen in der Landesgesetzgebung ermöglichen.

Wir wollen:

- in einem ersten Schritt kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler:innen-, Azubi-, Freiwilligendienstleistende-, Studierenden- und Sozialtickets durchsetzen,
- uns für einen landesweiten Tarifverbund und gedeckelte Preise für Einzeltickets einsetzen, kurzfristig jährliche Preissteigerungen bei den Einzelticket-Fahrpreisen beenden,
- langfristig kostenfreien ÖPNV für Alle,
- die Bundes-Regionalisierungsmittel zu 100 Prozent in Bus und Bahn des Landes fließen lassen. Der Schülerverkehr wird zusätzlich finanziert.
- beim Ticket-Verkauf die Barrierefreiheit gewährleisten und Zeitfahrkarten auch in Papierform ausgeben,
- Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe fair entlohnen, um den Personal-mangel zu beenden.

Schieneverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen

Der seit 30 Jahren laufende Abbau von Haltepunkten, Bahnhöfen, Gleisen und Anschlüssen im Güter- und Personenverkehr auf der Schiene konterkariert die Maßnahmen für Mobilität und Klimaschutz im Land und droht weitere Teile des ländlichen Raumes abzuhängen.

Die an vielen Stellen sanierungsbedürftige Bahninfrastruktur darf nicht zur Gefährdung der Sicherheit der Menschen führen.

Die andauernden Probleme mit Verspätungen und Zugausfällen bei gleichzeitig stetigen Preissteigerungen für die Tickets, vertreiben immer mehr Bahnkunden und belasten die Menschen im Land, die auf tägliche Mobilität angewiesen sind.

Wir wollen:

- die Bahninfrastruktur und das Schienennetz aktiv sichern,
- eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festschreiben, um sie bei Bedarf schneller reaktivieren zu können,
- stillgelegte Haltepunkte reaktivieren,
- durch den Strukturwandel nicht mehr benötigte Nebenbahnen für Gütertransport und Personenbeförderung nutzen,
- Bahnhofsgebäude gemeinwohlorientiert nutzen und Sanierungen fördern,
- die neue S-Bahn-Verbindung von Merseburg nach Leipzig unterstützen und zügig realisieren,

- die Verteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes für eine auskömmliche Finanzierung der vom Land bestellten Beförderungsleistungen,
- im überregionalen Nahverkehr eine Stärkung landesbedeutsamer Buslinien mit einer engeren Taktung zum Schienenpersonennahverkehr nicht nur für Pendler:innen realisieren,
- zwischen kleinen Orten im ländlich geprägten Raum unabhängig von der Schüler:innenbeförderung mehr Busse einsetzen,
- beim Fernverkehrsnetz die IC-Linien im Land erhalten und ausbauen,
- beim Bund nachdrücklich Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des Fernverkehrsnetzes im Land einfordern,
- länderübergreifende Regionalverbindungen stärken,
- überfüllte Züge durch ein Regionalbahn-System mit engeren Taktungen entlasten,
- Förderprogramme aus Bundes- und Landesmitteln für die Elektrifizierung und den umfassenden Ausbau des Streckennetzes voranbringen,
- Landesmittel einsetzen, um auf stark frequentierten Nahverkehrsverbindungen auch im IC-Netz das Deutschlandticket nutzbar zu machen,
- auch die Bauhausstadt Dessau an den Fernverkehr anbinden,
- bei der Deutschen Bahn AG darauf dringen, eine Fernverkehrsverbindung zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Berlin einzurichten,
- die Wiedereröffnung des Bahnmuseums in Halle.

Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und Verkehrssicherheit

Um den Güterverkehr von LKWs auf alternative Transportmöglichkeiten und die Schiene zu verlagern, bedarf es einer großen Kraftanstrengung und innovativer Projekte.

Wir wollen:

- für die „letzte Meile“ beim Lastverkehr anbieterneutrale Logistik-Hubs zur stadtverträglichen Feinverteilung, zum Beispiel mit Lastenrädern, fördern,
- das Pilotprojekt „Busschnellgut“ in Salzwedel/Arendsee in den Regelbetrieb überführen, um Linienbusse für die Lieferung von bestellten Alltagswaren an die Haltestelle zu nutzen,
- Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie die Nutzung von Straßenbahnen für den Gütertransport in den Nachtstunden, für Sachsen-Anhalt prüfen.

Rad- und Fußverkehr ausbauen

Die notwendige ökologische Verkehrswende beinhaltet neben der Stärkung des ÖPNV auch die des Rad- und Fußverkehrs. Die geplanten Maßnahmen zum Lückenschluss im Radverkehrsnetz stocken jedoch aufgrund fehlender Finanzierung und Haushaltskürzungen. Straßenbegleitende Radwege fehlen im ländlichen Raum und müssen zur Verknüpfung mit dem ÖPNV ausgebaut werden.

Wir wollen:

- den Radwegebau zwischen den Gemeinden sowie überregionale Verbindungen zur Landesaufgabe machen,
- die Bewilligung von Fördermitteln für den Straßenbau an die Bedingung knüpfen, Rad- und Fußwege auszubauen
- den Bau von durchgängigen und ausreichend breiten Radwegen, um Unfälle und Unsicherheiten zu reduzieren,
- mit Straßeninvestitionen vorrangig die bestehende Infrastruktur erhalten und den Rad- und Fußverkehr stärken,
- den Lückenschluss im Radverkehrsnetz nach Landesverkehrswegeplan,
- Radschnellwege und Fahrradstraßen systematisch ausbauen,
- Neubau dort realisieren, wo dadurch nachweisbare Verbesserungen für den Umweltverbund entstehen, wo Umfahrungen aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Orten dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im ländlichen Raum verbessert werden muss,
- für Lastenräder ein Förderprogramm einführen und in Stellplatzsatzungen geeignete Plätze für sie vorsehen,
- die kostenlose Fahrradmitnahme im Bahnverkehr beibehalten und auf angrenzende Bundesländer ausdehnen,
- touristische Radwege durch bessere Vermarktung, mehr Gastronomie und Bett and Bike-Angebote attraktiv halten,
- Bike and Ride Stationen und Fahrradparkanlagen an Bahnhöfen ausbauen,
- Leihsysteme für die Nahmobilität unterstützen,
- die Erarbeitung einer Landes-Fußverkehrsstrategie und eine Finanzierung für den barrierefreien Ausbau der Gehwege bereitstellen.

Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen

Das Land hat sich zur Vision Zero bekannt. Ziel ist es, dass auf unseren Straßen keine Menschen durch Verkehrsunfälle sterben.

Wir wollen:

- in Städten und Dörfern mehr Tempo-30-Abschnitte unterstützen,
- uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass Kommunen selbstständig über Geschwindigkeitssenkungen entscheiden können,
- die Landes- sowie Kreisverkehrswachten personell und finanziell besser absichern,
- das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes fortschreiben und die Verkehrssicherheitsarbeit zur kommunalen Pflichtaufgabe machen,
- ein bundesweites Tempolimit auf den Autobahnen durchsetzen.

Keine neuen Autobahnen

Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit verbundene Ausbau immer neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen Einschnitten im Landschaftsbild und zu Eingriffen in die Landschaft und Natur. Die Linke respektiert getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten.

Wir wollen:

- eine deutliche Verbesserung von Bürger:innenbeteiligung bei allen Bauprojekten zu Landes- und Bundesstraßen,
- den Landesstraßenbaubetrieb gemeinsam mit dem Bund finanziell und personell stärken.

Flughafenpolitik

Das Logistikdreieck am Flughafen Leipzig/Halle erfüllt wegen extrem belastender Arbeitsbedingungen und gesundheitsschädigendem Nachtfluglärm nicht unsere Anforderungen an gute Arbeit und an ökologische und volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit.

Wir wollen:

- keinen weiteren Ausbau des Flughafens Halle/Leipzig,
- eine konsequente Umsetzung des geltenden Nachtflugverbots mit Ausnahme von zwingend notwendigen Expressgütern,
- bessere Arbeitsbedingungen am Flughafen und stärkere Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner:innen,
- keine militärische Nutzung des Flughafens,
- keine weitere Entwicklung regionaler Verkehrsflughäfen aus Landesmitteln.

Wir wollen Mobilität für alle als Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe. Unsere Verkehrspolitik ist ein entscheidender Baustein für Verkehrssicherheit und Umweltschutz.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

14. Energie

Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohlorientiert

Sachsen-Anhalt ist Energieland – und das soll allen zugutekommen. Wir wollen ein Land, das Verantwortung übernimmt: für 100 Prozent erneuerbaren Strom und für eine klimaneutrale Wärmeversorgung.

Deshalb wollen wir:

- Energie als öffentliche Daseinsvorsorge sichern,
- Energiepreise sozial gerecht gestalten,
- erneuerbare Energien konsequent und naturverträglich ausbauen,
- demokratische Teilhabe stärken: Energie in die Hand der Bürger:innen,
- eine klare Absage an Atomkraft und Debatten, die Vergangenheit verklären und wieder umweltschädliche Energieerzeugung etablieren wollen,
- regionale Wertschöpfung, ländliche Räume und Kommunen stärken.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Sachsen-Anhalt ist Vorreiterin bei den erneuerbaren Energien. Trotzdem leiden viele Menschen unter hohen Energiepreisen. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie kommt voran, aber Genehmigungen, Umweltverträglichkeit und Beteiligung vor Ort sind weiterhin zentrale Herausforderungen. Beim Stromnetz fehlen Kapazitäten und Speicher, das bremst die Energiewende aus.

Besonders groß sind die Lücken im Wärmesektor: Abwärme, Großwärmepumpen und Nahwärmelösungen sollen vermehrt genutzt werden, weil sie langfristig bezahlbare und klimafreundliche Wärme bieten können. Zudem hinkt die Digitalisierung hinterher und Debatten über eine Rückkehr zur Atomkraft schaffen falsche Erwartungen, statt echte nachhaltige Lösungen zu bieten.

All diese Herausforderungen zeigen: Sachsen-Anhalt braucht eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt.

Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken

Hohe Energiepreise treffen vor allem Menschen mit kleinen Einkommen, aber auch Vereine, Kommunen und Betriebe. Energiearmut bedeutet kalte Wohnungen, vermehrte Krankheit und wachsenden finanziellen Druck. Für uns ist klar: Energie gehört zur Daseinsvorsorge und eine gerechte Energiezukunft gelingt nur, wenn Strom und Wärme für alle bezahlbar sind. Sachsen-Anhalt hat die Chance, durch eine Anpassung des Beteiligungsgesetzes mit erneuerbarem Strom vor Ort die Preise zu senken und Menschen konkret zu entlasten.

Wir wollen:

- einen verpflichtenden Sockeltarif für Strom und Wärme, damit der Grundbedarf für alle bezahlbar ist,
- die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht, um Abzocke zu verhindern,
- Strom- und Gassperren gesetzlich verbieten, weil Strom und eine warme Wohnung ein Grundrecht sind,
- einen Härtefallfonds für Energieschulden und eine gestärkte Energie- und Schuldnerberatung,

- die Netzentgelte deutlich senken und damit die regionale Ungerechtigkeit abbauen, dass wir in Sachsen-Anhalt mehr bezahlen als in anderen Bundesländern,
- die Einführung von Strompreiszonen prüfen, damit Länder mit viel erneuerbarer Energie profitieren,
- die Stromsteuer auf 0,1 ct/kWh senken,
- Energienetze in öffentliche Hand überführen, damit sie der Versorgungssicherheit dienen und nicht der Profitlogik.

Erneuerbare Energien ausbauen

Sachsen-Anhalt hat beste Bedingungen für eine Energiezukunft, die sauber, sicher und regional verankert ist. Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien braucht klare Leitplanken: Naturverträglichkeit, Transparenz und echte Beteiligung der Menschen vor Ort. Wenn Windräder, Solaranlagen und Agri-PV-Projekte Landschaften prägen, müssen Kommunen davon profitieren und ökologische Standards gesichert sein. Gleichzeitig hängen Versorgungssicherheit und sinkende Energiepreise davon ab, dass wir den Ausbau konsequent voranbringen.

Wir wollen:

- das Flächenziel von 2,2 Prozent für Windenergie umsetzen und die Planungsgremien stärken,
- die Umweltverträglichkeitsprüfung auf Landesebene verbessern, damit Natur- und Artenschutz nicht unter die Räder kommen,
- Repowering auch außerhalb von Vorranggebieten ermöglichen, naturverträglich und mit früher Beteiligung,
- Kommunen und Anwohner:innen stärker durch Lokalstromtarife, Bonuszahlungen oder Wärmeangebote beteiligen,
- Photovoltaik auf Dächern priorisieren, mit Solarpflicht für Neubauten und einer Vorbildpflicht der öffentlichen Hand, auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden Solaranlagen zu installieren,
- Konversions- und Gewerbeflächen zuerst für größere Solarparks nutzen,
- Agri-PV gezielt fördern, um Böden für die landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten,
- Balkonkraftwerke und Kleinspeicher für Mieter:innen ausbauen.

Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand

Die Energiewende gelingt nur, wenn sie demokratisch gestaltet wird. Menschen vor Ort müssen mitentscheiden können, wie Energie erzeugt, verteilt und genutzt wird und wirtschaftlich davon profitieren. Kommunale Unternehmen, Genossenschaften und eine starke öffentliche Infrastruktur sind dafür unverzichtbar. Sachsen-Anhalt hat die Chance, seine Energieversorgung neu zu ordnen: transparent, digital modernisiert und frei von der Logik privater Monopole. Bürgerenergie, Stadtwerke und Landwerke können gemeinsam eine Energiezukunft aufbauen, die regional verankert ist und Wertschöpfung im Land

hält. Digitalisierung ist dabei kein Anhängsel, sondern der Schlüssel, damit Netze, Speicher und Verbrauch besser zusammenarbeiten und für alle nachvollziehbar funktionieren.

Wir wollen:

- die Landesenergieagentur zu einer Landesenergiegesellschaft weiterentwickeln, die Erzeugung, Netze und Speicher bündelt,
- kommunale Stadtwerke und Landwerke fördern, um auch im ländlichen Raum Versorgungssicherheit zu stärken,
- Energiegenossenschaften unterstützen und hierfür rechtliche Hürden im EEG abbauen,
- lokale Beteiligungsmodelle ausbauen, damit Menschen vor Ort direkt profitieren,
- den Smart-Meter-Rollout vereinfachen, damit Digitalisierung endlich spürbar vorankommt, und eine Kostenfreiheit für Mieter:innen beim Rollout sicherstellen,
- Transparenz und digitale Nachvollziehbarkeit der Energieflüsse verbessern.

Die Infrastruktur der Zukunft

Die nächste Stufe der Energiewende entscheidet sich nicht allein beim Strom, sondern vor allem bei Wärme, Speicherung und industriellen Zukunftstechnologien. Sachsen-Anhalt hat hier gewaltige Potenziale: Abwärme aus Industrie und Rechenzentren, Großwärmepumpen in Städten und ländlichen Räumen, regionale Wärmenetze, innovative Speichertechnologien und die Produktion von grünem Wasserstoff für die Chemieindustrie.

Wir wollen:

- Abwärme aus Industrie und Rechenzentren gezielt nutzbar machen,
- Großwärmepumpen als Rückgrat moderner Wärmenetze ausbauen,
- Nah- und Fernwärmenetze auch in kleineren Städten und ländlichen Räumen fördern,
- einen Energieeffizienzfonds für Projekte von Kommunen, Vereinen, Betrieben und Haushalten einrichten und die kommunale Wärmeplanung fachlich und finanziell unterstützen,
- öffentliche Gebäude energetisch sanieren und ein Landesprogramm dafür schaffen,
- die Nutzung von Oberflächenwasserwärme vereinfachen,
- für Neubauten Passivhausstandards festlegen und nachhaltige Baustoffe wie Holz, Hanf oder Stroh fördern,
- Haushalte mit geringen Einkommen beim Austausch alter Elektrogeräte entlasten,
- die planvolle Ansiedlung von Großspeichern steuern, um Netze zu entlasten, damit diese netzdienlich laufen sowie Forschung zu ressourcenschonenden Speichern wie Sand- oder Salztechnologien stärken,

- grünen Wasserstoff für die Chemieindustrie gezielt fördern, Elektrolyseanlagen mit erneuerbarem Strom ausbauen, regionale Wasserstoffnetze entwickeln und den Wasserverbrauch bei Wasserstoffprojekten von Anfang an begrenzen und steuern,
- Biogasanlagen bei der Umstellung auf Reststoffe, Wirtschaftsdünger und Paludikulturen unterstützen und Biogas stärker in Wärmenetze und flexible Stromerzeugung integrieren,
- Gaskraftwerke nur als Brücke zulassen und hierbei verbindliche Kriterien wie H₂-ready und maximal 1.000 Volllaststunden festlegen und unter der Devise „so viel Kraftwerksleistung wie nötig, so wenig wie möglich“ gesetzlich absichern,
- die Forschungslandschaft für erneuerbare Energien, Speicher, Effizienz und Nachhaltigkeit stärken, neue Institute und Forschungseinrichtungen im Land ansiedeln, Wissenschaft und Praxis enger verzahnen, um Innovationen schneller in die Anwendung zu bringen,
- Sachsen-Anhalt wieder zu einem Produktionsstandort für Anlagen der Energiewende machen.

Unsere Energiepolitik verbindet Klimaschutz, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stärke. Wir stehen für eine Zukunft, in der Strom und Wärme bezahlbar sind, in der Menschen und Kommunen von der Energiewende profitieren und in der die Energieversorgung demokratisch, erneuerbar und gemeinwohlorientiert ist.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

15. Landwirtschaft

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz

Wir wollen eine Landwirtschaft, die uns ernährt, unsere Landschaft erhält und verbessert und ein lebendiger Bestandteil unserer Dörfer ist. Die Linke steht an der Seite derer, die uns ernähren und nicht aufseiten von Lebensmittelkonzernen, die die Erzeugerpreise drücken. Menschen müssen von ihrer Arbeit gut leben und ohne Existenzängste Verantwortung für Boden, Tiere und Wasser übernehmen können. Eine soziale Agrarpolitik stärkt regionale Kreisläufe, schützt unsere natürlichen Ressourcen und rückt das Gemeinwohl in den Mittelpunkt.

Dafür braucht es eine Agrarpolitik, die:

- den Zugang zu Land für diejenigen sichert, die es bewirtschaften,
- regionale Wertschöpfung und ländliche Räume stärkt,

- landwirtschaftliche Betriebe fair für gemeinwohlorientierte Leistungen bezahlt.

So entsteht eine Landwirtschaft, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und gute Arbeit verbindet.

Unsere Ziele sind eine sichere Versorgung mit guten Lebensmitteln, eine vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft und lebendige Dörfer, in denen Landwirtschaft fest verankert ist.

Stand der Dinge

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt steht unter Druck. Steigende Kosten und gleichbleibende oder sinkende Erzeugerpreise sind eine Herausforderung für viele Betriebe. Gleichzeitig gefährdet die Klimakrise unsere Ernten durch Hochwasser, Starkregenereignisse oder Dürren. Zudem verschärft sich der Wettbewerb um Flächen: Außerlandwirtschaftliche Investoren sichern sich über Share Deals landwirtschaftliche Flächen, während Junglandwirt:innen immer schwieriger Zugang zu Flächen erhalten, um neue und innovative Konzepte in die Betriebe zu bringen.

Die großen vier Konzerne im Lebensmitteleinzelhandel (Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe, Aldi) setzen eigene Standards in der Tierhaltung, während sie zugleich für niedrige Erzeugerpreise sorgen. Das erschwert artgerechte Haltung und Investitionen in zukunftsfähige Ställe.

Biodiversität und Artenvielfalt nehmen weiter ab. Ausgeräumte Landschaften, fehlende Strukturen und neue invasive Arten gefährden Bestäuber und Nützlinge. Gleichzeitig wächst der Flächenverbrauch für Siedlungen und Infrastruktur, wodurch immer mehr wertvolle Böden verlorengehen.

Auf dem Land leiden Dörfer unter Abwanderung, schwacher Infrastruktur und dem Fehlen aktiver Strukturen. Ehrenamt, Imkerei, Angeln und Vereine leisten viel für Natur, Gewässer und Gemeinschaft, brauchen jedoch ausreichende Unterstützung.

Doch Sachsen-Anhalt kann seine Landwirtschaft und ländlichen Räume gestalten. Hierfür braucht es eine Politik, die Lösungen für die zahlreichen Nutzungskonflikte liefert. So blüht Sachsen-Anhalt auf.

Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften

Wir wollen die Menschen stärken, die Landwirtschaft vor Ort betreiben, regionale Wertschöpfung sichern und Landkonzentration begrenzen. Wer Böden bearbeitet, muss Zugang zu Land haben – nicht Investorengruppen, die über Share Deals Betriebe aufkaufen, Bodenpreise weiter in die Höhe treiben und anschließend die Flächen kontrollieren.

Wir wollen:

- ein Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt, das Bodenpreise begrenzt und Landkonzentration verhindert,
- ein landesweites Verbot von Share Deals beim Erwerb landwirtschaftlicher Betriebe,
- die Privatisierung der BVVG-Flächen dauerhaft beenden,
- einen öffentlichen Bodenfonds finanziell ausreichend ausstatten, der Flächen kauft und langfristig gemeinwohlorientiert verpachtet und so den Zugang zu Land für Junglandwirt:innen und Betriebsgründer:innen erleichtert,
- Transparenz über Eigentumsverhältnisse und Bodentransaktionen herstellen.

Faire Märkte und regionale Wertschöpfung

Landwirtschaft braucht faire Preise, mit denen die Existenz der Betriebe gesichert und ökologischeres Wirtschaften erst ermöglicht wird. Es sollen sich diejenigen langfristig am Markt durchsetzen, die am ökologischsten wirtschaften. Deshalb setzen wir auf starke regionale Wertschöpfungsketten, verlässliche Abnahmebedingungen und eine öffentliche Beschaffung, die heimische Betriebe und nachhaltige Produktion unterstützt. So kann sich Sachsen-Anhalt mit regionaler Wertschöpfung vom Acker bis in die Kantine ernähren.

Wir wollen:

- Vergaberegeln schaffen, damit Kantinen, KITAS, Schulen und Kliniken bevorzugt regionale und nachhaltige Lebensmittel einkaufen können,
- faire Erzeugerpreise und Transparenz entlang der Lieferketten durchsetzen,
- den Preisdruck der großen Supermarktketten begrenzen und unfaire Handelspraktiken unterbinden,
- Programme unterstützen, die Betriebe in regionale Kooperationen und Vermarktungsstrukturen einbinden.

Artgerechte Tierhaltung

Tiere sind keine Produktionsmaschinen und verdienen ein artgerechtes Leben. Wer Tiere hält, trägt Verantwortung und braucht gesellschaftliche Anerkennung sowie Preise, die der Arbeit mit den Tieren gerecht werden. Doch niedrige Erzeugerpreise und fehlende Investitionssicherheit blockieren vielerorts den Umbau zu tiergerechten Ställen. Wir wollen eine Tierhaltung, die regional verankert ist, gute Arbeitsbedingungen bietet und Tieren ein würdiges Leben ermöglicht. Dafür braucht es klare, demokratisch legitimierte Regeln und nicht die Vorgaben großer Lebensmittelkonzerne sowie einen klaren Bruch mit der Exportorientierung in unserer Landwirtschaft.

Wir wollen:

- den Stallumbau und bessere Haltungsbedingungen nach Thüringer Vorbild fördern,
- öffentliche Gelder gezielt an Umwelt- und Sozialstandards sowie artgerechte Tierhaltung koppeln,
- Mega-Schlachthöfe und eine exportorientierte Fleischerzeugung beenden,
- eine Bundesratsinitiative für Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung auf den Weg bringen,
- den Einfluss der großen Supermarkt- und Discounter-Konzerne auf Haltungsstandards begrenzen.

Herdenschutz und Weidetierhaltung

Weidetierhaltung ist artgerecht und wichtig für Artenvielfalt und Landschaftspflege. Damit Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sicher auf der Weide stehen können, braucht es verlässlichen Herdenschutz, klare Regeln und eine Politik, die Konflikte nicht gegeneinander ausspielt. Die Rückkehr des Wolfs ist ein Erfolg des Artenschutzes, zugleich aber eine Herausforderung für die Weidetierhaltung. Wir wollen eine sachliche, faktenbasierte Wolfspolitik, die Weidetierhaltung stärkt und die Akzeptanz des Wolfs fördert. Gleichzeitig braucht es aber auch klare Bedingungen für gegebenenfalls notwendige gezielte Entnahmen von Wölfen.

Wir wollen:

- einen starken, staatlich getragenen Herdenschutz mit verlässlicher Finanzierung, Schulungen und unbürokratischer Förderung,
- bei Rissen eine schnelle und vollständige Entschädigung der Weidetierhalter:innen,
- praxisnahe Beratung und Unterstützung statt Symbolpolitik und reflexartige Abschussforderungen,
- gezielte Entnahmen von Wölfen ermöglichen, wenn sie wiederholt Nutztiere gerissen haben und alle Schutzmaßnahmen ausgeschöpft sind,
- keine Einführung politisch festgelegter Obergrenzen oder pauschaler Abschussquoten,
- eine Wolfspolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und den Erhaltungszustand des Wolfs nach nachvollziehbaren Kriterien bewertet.

Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen

Sachsen-Anhalts Landwirtschaft spürt die Klimakrise schon heute: trockene Sommer, veränderte Niederschlagsmuster oder vermehrt auftretende Spätfröste gefährden die Ernten. Wir wollen eine Landwirtschaft, die dem Klimawandel standhält und gleichzeitig zur Lösung der Klimakrise beiträgt.

Wir wollen:

- die Fruchtbarkeit der Böden stärken und Humusaufbau, Strukturvielfalt und vielfältige Fruchtfolgen gezielt fördern,
- eine Eiweißstrategie für Sachsen-Anhalt entwickeln, damit mehr Leguminosen angebaut und Futtermittelimporte reduziert werden können,
- Investitionen in Hecken, Baumreihen und Agroforstsysteme fördern und die Beratung dazu ausbauen,
- eine Bundesratsinitiative für einen Mehrgefahrenfonds starten, der bei klimabedingten Schäden schnell und unbürokratisch hilft,
- Bewässerung nur dort ermöglichen, wo sie ökologisch vertretbar und zur Ernährungssicherung notwendig ist. Trinkwasserversorgung muss immer Vorrang haben.

Böden schützen und entsiegeln

Unser Boden ist eine begrenzte und unverzichtbare Ressource. Er ist die Grundlage unseres Lebens. Versiegelte Flächen fehlen der Landwirtschaft, dem Wasserhaushalt und der Natur, sie heizen Städte auf, bieten Arten keinen Lebensraum und verringern die Aufnahmefähigkeit des Bodens für Niederschläge. Sachsen-Anhalt braucht deshalb eine Politik, die Boden bewahrt und Flächen entsiegelt.

Wir wollen:

- den Flächenverbrauch reduzieren,
- einen Landesfonds für Entsiegelung schaffen, der Kommunen und Eigentümer:innen beim Rückbau versiegelter Flächen unterstützt und so mehr Grün in die Städte und Dörfer bringt.

Ökolandbau und Artenvielfalt stärken

Landwirtschaft braucht fruchtbare Böden, Bestäuber und artenreiche Landschaften. Ohne Insekten, Wildbienen und Nützlinge gibt es keine Ernährungssicherheit. Doch ausgeräumte Landschaften, Pflanzenschutzmittel und invasive Arten gefährden die Artenvielfalt. Zugleich stagniert der Ausbau des Ökolandbaus, obwohl Sachsen-Anhalt das Potenzial hat, deutlich mehr Fläche ökologisch zu bewirtschaften.

Wir wollen:

- den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen von derzeit rund 10 auf mindestens 30 Prozent steigern,
- die Verarbeitung, Vermarktung und Umstellung auf Ökolandbau gezielt fördern,
- ein Sonderprogramm „Wildbienen“ auflegen, um im ländlichen wie im urbanen Raum Lebensräume durch Blühflächen, Hecken und Niststrukturen zu verbessern,
- Landschaftsstrukturen wie Hecken, Baumreihen und Blühstreifen fördern.

Mehr Zeit für Stall und Feld

Viele Betriebe in Sachsen-Anhalt kämpfen mit komplexen Antragsverfahren und kurzfristigen Förderbedingungen. Wir wollen Verfahren vereinfachen, Planbarkeit erhöhen und die Verwaltung so aufstellen, dass sie Betriebe eher befähigt als zu bremsen. Landwirt:innen sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren können: gute Lebensmittel zu erzeugen und ihre Betriebe weiterzuentwickeln.

Wir wollen:

- Bürokratiekosten deutlich reduzieren und Förderprogramme vereinfachen,
- Förderprogramme an klaren Landeszielen ausrichten und verlässlich an Tier-, Umwelt-, Klima- und Sozialstandards koppeln,
- mehrjährige Förderzusagen einführen, damit Betriebe sicher planen können,
- vollständig digitale, einfache und transparente Antragsverfahren ermöglichen.

Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern

Der ländliche Raum ist für die meisten Menschen in Sachsen-Anhalt ihre Heimat: Hier entsteht Gemeinschaft durch ehrenamtliches Engagement und lokale Strukturen. Imker:innen, Angelvereine, Feuerwehren, Höfe und Vereine tragen viel zur Lebensqualität bei und leisten wichtige Beiträge für die Gemeinschaft, den Natur- und Gewässerschutz und die Sicherheit. Wir wollen die Menschen stärken, die in Dörfern Verantwortung übernehmen, biologische Vielfalt fördern und Naturerleben ermöglichen. Imkerei und Angeln sind dabei unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen Dorfkultur. Zudem wollen wir Kleingärten gezielt fördern – in Stadt und Land.

Wir wollen:

- die Imkerei unterstützen durch Zuschüsse für Ausbildung, Geräte, Öffentlichkeitsarbeit, Nachwuchsgewinnung und das Schulimkerprojekt weiter fördern,
- Imker:innen beim Schutz vor Schadorganismen und invasiven Arten wie der Asiatischen Hornisse unterstützen,
- Angler:innen in ihrem Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz stärken, insbesondere bei Pflege, Besatzmaßnahmen und Wiederansiedlung heimischer Fischbestände,
- Angelvereine in der Kontrolle der Tierwohl- und Artenschutzinhalte unterstützen und ökologische Gewässerentwicklung vor reinem Besatz priorisieren,
- Kleingartenanlagen sichern, Umwidmungen zu Bauland verhindern und Vereine beim Reaktivieren leerstehender Parzellen unterstützen,

- neue Nutzungskonzepte für Kleingärten fördern, wie Gemeinschaftsgärten, Insektengärten, Streuobstwiesen, solidarische Landwirtschaft, Schul- und Kita-Gärten oder Flächen für Tafeln.

Unsere Wälder sind unser Schatz

Sachsen-Anhalts Wälder sind nicht nur wichtig, um Holz zu gewinnen, sie sind Lebensräume für viele Arten, Klimaschützer, Wasserspeicher und Orte der Erholung für uns Menschen. Eine moderne Waldpolitik schützt diese vielfältigen Funktionen und stärkt den Wald als Gemeingut.

Dafür stehen wir ein:

- Wald als öffentliches Gut und Teil der Daseinsvorsorge,
- Schutz von Klima, Wasser, Böden und Biodiversität,
- nachhaltige Nutzung statt kurzfristiger Ausbeutung,
- ein ausgewogenes Verhältnis von Erholung, Naturschutz und regionaler Wertschöpfung,
- Wildtierhilfe und Unterstützung von Wildtierauffangstationen fördern.

Unser Ziel ist ein lebendiger Wald, der Arten schützt und zugleich ein Ort bleibt, an dem wir Menschen Natur erleben können.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Dürre, Hitze und Borkenkäfer haben große Waldflächen geschädigt und ganze Bestände zerstört. Besonders Monokulturen sind anfällig, unser Ziel sind deshalb klimaresiliente Mischwälder.

Die Landesforstverwaltung trägt große Verantwortung: Sie soll wiederaufforsten, naturnah bewirtschaften und den Wald an den Klimawandel anpassen. Dafür braucht es gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal. Gleichzeitig entstehen neue Konflikte zwischen Naturschutz, nachhaltiger Holznutzung und der Nutzung von Waldflächen für Windkraftanlagen.

Die Klimakrise erhöht zudem das Risiko von Waldbränden. Wege, Löschwasserstellen und technische Ausstattung müssen verbessert werden, um schnell reagieren und Schäden begrenzen zu können.

Unsere Wälder – klimafit und artenreich

Wir wollen Sachsen-Anhalts Wälder widerstandsfähig machen: gegen Dürre, Hitze, Schädlinge und die Folgen der Klimakrise. Dafür setzen wir auf Mischwälder, die Wasser speichern, CO₂ binden und Lebensräume für Arten bieten.

Wir wollen:

- den Umbau zu klimaresilienten Mischwäldern beschleunigen,

- Naturverjüngung stärken und sie durch standortgerechte Aufforstung ergänzen,
- den Anteil der Douglasie auf höchstens 30 Prozent begrenzen und klare ökologische Mindeststandards für Wiederbewaldung verankern, um neue Monokulturen zu verhindern.

Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald

Damit Sachsen-Anhalts Wälder stabil bleiben und nachhaltig bewirtschaftet werden können, braucht es verlässliche Strukturen und eine handlungsfähige öffentliche Forstverwaltung.

Wir wollen:

- die Landesforstverwaltung mit mehr Personal und guter Bezahlung stärken,
- den Verkauf von Landeswald ausschließen,
- regionalen Forstbetrieben ein Vorkaufsrecht geben, damit Wälder dauerhaft nachhaltig bewirtschaftet werden,
- Klein- und Kleinstwaldbesitzer:innen unterstützen, sich Forstgemeinschaften anzuschließen,
- Natur- und Prozessschutzflächen bedarfsgerecht ausweisen.

Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen

Holz ist ein regionaler Rohstoff mit großer Bedeutung für Klimaschutz und regionale Wertschöpfung. Denn verbautes Holz speichert CO₂ langfristig. Deshalb braucht es klare Prioritäten: erst Bauen und langlebige Produkte wie Möbel, dann Wiederverwendung und zuletzt verbrennen, um Energie zu erzeugen. Die Hauptaufgabe des Waldes ist nicht, in ihm Strom zu erzeugen, deshalb darf Windkraft im Wald nicht zu Lasten unserer Wälder gehen. Zudem braucht es einen wirksamen Waldbrandschutz.

Wir wollen:

- Holz als klimafreundlichen Baustoff im öffentlichen Bau fördern,
- stoffliche Nutzung gegenüber Verbrennung deutlich priorisieren,
- Waldflächen nur dort für Windkraft nutzen, wo es ökologisch vertretbar ist, etwa auf Kahlfeldern und Flächen mit geringer ökologischer Wertigkeit,
- den Brandschutz im Wald stärken: bessere Wege, Löschwasserstellen und moderne Ausstattung der Feuerwehren.

Jagd gemeinsam gestalten

Eine nachhaltige und tierschutzgerechte Bejagung ist ein wichtiger Bestandteil des Wildtiermanagements in Sachsen-Anhalt. Sie schützt landwirtschaftliche Flächen vor Wildschäden, unterstützt den Waldumbau hin zu klimastabilen

Mischwäldern und trägt zur Eindämmung von Tierseuchen bei. Jäger:innen leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Natur, Biodiversität und ländlichen Lebensräumen. Wir setzen uns für ein modernes Jagdrecht ein, das eine ökologisch verantwortliche, tierschutzgerechte und praxisnahe Bejagung ermöglicht.

Wir wollen:

- eine konsequente und koordinierte Schwarzwildbejagung,
- die Erleichterung revierübergreifender Jagden, um wandernde Wildbestände effektiv und verantwortungsvoll regulieren zu können,
- den praxisnahen Einsatz moderner Technik zur sicheren und tierschutzgerechten Bejagung,
- eine an ökologischen Zielen orientierte Regulierung von Schalenwildbeständen, um die natürliche Verjüngung unserer Wälder zu fördern,
- eine einheitliche Digitalisierung der Jagdkataster durch Beschaffung einer landesweiten Software,
- die Zusammenarbeit zwischen Jägerschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz fördern, um nachhaltige Lösungen zu erreichen,
- Bürokratie abbauen und Kommunikation erleichtern, damit Abläufe und Abstimmungen mit dem Wissen der Beteiligten vor Ort optimiert werden können.

Jagen ist kein Selbstzweck. Unser Ziel ist ein sozial und ökologisch verantwortliches Wildtiermanagement, das die Natur schützt, das Tierleid minimiert und den ländlichen Raum stärkt.

Tierschutz ist Staatsaufgabe

Tierschutz ist mehr als die Abwesenheit von Tierleid, er ist Verantwortung für uns anvertraute Lebewesen. Eine Gesellschaft, die roh im Umgang mit Tieren ist, fördert auch einen rohen Umgang untereinander. Eine Gesellschaft, die Tiere schützt, schützt also auch sich selbst. Deshalb braucht es starke öffentliche Strukturen, die Tiere wirksam schützen, statt zentrale Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.

Dafür stehen wir ein:

- Tiere brauchen verlässliche Schutzstrukturen.
- Verantwortung des Landes ist es, finanzielle, rechtliche und organisatorische Grundlagen zu sichern.
- Prävention, Transparenz und konsequenter Vollzug bei Tierschutzverstößen.
- Schutz von Menschen und Tieren als gemeinsame Aufgabe eines solidarisches Landes.
- Tiere in Zirkusbetrieben sowie Weihnachtskrippen mit lebenden Tieren auf Weihnachtsmärkten verbieten.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Tierheime und Tierschutzvereine übernehmen seit Jahren Aufgaben, die eigentlich staatliche Pflicht sein sollten. Sie versorgen Fundtiere, nehmen beschlagnahmte Tiere auf und helfen in akuten Notlagen. Diese Belastung trifft Kommunen und Ehrenamt gleichermaßen und wird besonders deutlich in Fällen von Animal Hoarding, dem Ansammeln von Tieren, bis man diese nicht mehr vernünftig versorgen kann, die zu erheblichem organisatorischen und finanziellen Aufwand bei Kommunen und Tierheimen führen. Dies zeigen auch die Fälle in Bad Lauchstädt, Magdeburg und Mansfeld-Südharz.

Die oder der Landestierschutzbeauftragte braucht ein gesichertes Budget und sollte unabhängig arbeiten können. Ein zentrales Register für Tierhaltungs- und Betreuungsverbote existiert nicht, Verstöße bleiben dadurch schwer verfolgbar, Täter:innen können durch Wohnortwechsel Tierhaltungsverbote umgehen. Auch in den Kommunen bestehen Lücken: Viele Kommunen haben trotz massivem Vorhandensein von leidenden Streunerkatzen keine Katzenschutzverordnung. Die Populationen von Stadtauben werden nicht flächendeckend durch Eiertausch gemanagt.

Diese Herausforderungen zeigen, wie wichtig klare Regeln, stabile Strukturen und verlässliche finanzielle Unterstützung sind, damit Tierschutz landesweit funktioniert und Kommunen das Notwendige tun können.

Tierheime finanziell fördern

Tierheime und Tierschutzvereine tragen zentrale Aufgaben, die oft staatliche Pflicht sein sollten. Damit Kommunen und Ehrenamt diese Verantwortung nicht länger alleine schultern müssen, braucht es eine verlässliche öffentliche Finanzierung.

Wir wollen:

- die Finanzierung staatlicher Aufgaben wie die Versorgung von Fund- und beschlagnahmten Tieren dauerhaft und auskömmlich sichern, um die Kommunen zu entlasten,
- Tierheime so fördern, dass sie ihre Aufgaben verlässlich planen und erfüllen können,
- im Landeshaushalt gezielte Mittel für Fälle von Animal Hoarding bereitstellen.

Wirksamer Tierschutz braucht Struktur

Für einen funktionierenden Tierschutz braucht es klare staatliche Zuständigkeiten, unabhängige Kontrolle und verlässliche Informationen. Heute fehlen zentrale Instrumente, um Verstöße wirksam zu verfolgen und Prävention landesweit zu organisieren.

Wir wollen:

- die/den Landestierschutzbeauftragten mit einem eigenen Budget und klaren Bedingungen für unabhängige Arbeit ausstatten,
- ein zentrales Landesregister für Tierhaltungs- und Betreuungsverbote schaffen, damit Verstöße nachvollziehbar sind und Verbote nicht durch Wohnortwechsel umgangen werden können,
- die Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung nach dem Paderborner Modell sowie die Auflage eines Landesprogramms zur Förderung von Kastration, Kennzeichnung und Aufklärung,
- das Management von Stadtauben unterstützen und ein Landesprogramm auflegen, um die Errichtung von betreuten Taubenschlägen zu fördern, um die Population durch Eiertausch zu regulieren.

Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun

Tierschutz braucht klare Regeln und wirksame Durchsetzung. Doch bisher fehlen entscheidende rechtliche Möglichkeiten, um Verstöße konsequent zu verfolgen und Tierschutz landesweit abzusichern. Viele Probleme bleiben ungelöst, weil Verantwortlichkeiten unklar sind und Eingriffsmöglichkeiten fehlen.

Wir wollen:

- ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen, damit Verstöße gegen das Tierschutzrecht wirksam geprüft und gerichtlich verfolgt werden können,
- die bestehenden Rasselisten abschaffen, da sie pauschal diskriminieren und nicht zu mehr Sicherheit beitragen,
- eine landesweite Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Heimtiere einführen, um Tierhaltung nachvollziehbar zu machen und Aussetzungen sowie Wiederholungsfälle zu verhindern,
- Vollzug im Tierschutz stärken, damit Regeln praktisch umgesetzt und so Tiere geschützt werden können.

Ein wirksamer Tierschutz zeigt, wie verantwortungsvoll ein Land handelt. Wenn Tiere geschützt werden, stärkt das auch den respektvollen Umgang miteinander und macht unsere Gesellschaft solidarischer. Wir wollen mit klaren Regeln, stabilen Strukturen und verlässlicher öffentlicher Unterstützung in Sachsen-Anhalt zeigen, dass Tierschutz zu einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge dazugehört.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

16. Umwelt und Klima

Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das reichste Prozent verursacht pro Kopf in Deutschland 15-mal so viele Emissionen wie die untere Hälfte, doch die Folgen der Klimakrise tragen vor allem jene, die sich keine Rückzugsorte leisten können. Das ist ungerecht, und das wollen wir ändern. Sachsen-Anhalt braucht eine Politik, die Realität ernst nimmt. Gerade jetzt können wir zeigen, dass entschlossenes Handeln zählt. Unsere Wälder, Moore, Böden haben die Kraft, CO₂ zu binden und unser Land zu schützen, wenn wir sie stärken. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die soziale Abfederung des Wandels und die Verantwortung gegenüber jenen, die wenig haben, gehören untrennbar zusammen. Wenn wir jetzt das Nötige tun, können heute geborene Kinder als Rentner:innen wieder in einer Welt unter der 1,5-Grad-Grenze leben.

Dazu gehören:

- ein Klimaschutz, der nur sozial gerecht funktioniert,
- öffentliche Verantwortung und handlungsfähige Kommunen, die Mittel haben, um Klimaanpassung und Klimaschutz zu finanzieren,
- ein nachhaltiger Umgang mit Energie und Ressourcen,
- Frieden als Voraussetzung für globale Nachhaltigkeit, denn Kriege zerstören Menschen, Klima und Ressourcen.

Stand der Dinge – Herausforderungen

Die Klimakrise verschärft sich sichtbar: Die 1,5-Grad-Marke wird voraussichtlich überschritten, und Extremwetter trifft auch Sachsen-Anhalt immer häufiger. Die Folgen sind ungleich verteilt. Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Kinder tragen die größten Risiken, während die Hauptverursacher die extrem Reichen sind.

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen geraten zugleich durch das globale Artensterben unter Druck. Mit jeder verlorenen Art schrumpft die Stabilität unserer Ökosysteme, die wir zum Überleben brauchen, weil sie beispielsweise für saubere Luft und Wasser und unsere Ernährung sorgen.

Kriege und Aufrüstung gehören weltweit zu den größten Treibern der globalen Erwärmung. Der militärisch-industrielle Komplex bindet enorme finanzielle Mittel, Rohstoffe und Energien, die für sozialen Ausgleich, Klimaschutz und ökologische Erneuerung dringend gebraucht würden. Ohne Frieden gibt es keinen wirksamen globalen Klimaschutz.

Klimaneutral bis 2035

Sachsen-Anhalt braucht klare Regeln, damit Klimaschutz verlässlich, gerecht und wirksam wird.

Wir wollen:

- ein verbindliches CO₂-Budget für Sachsen-Anhalt festlegen, das den Pfad zur Klimaneutralität bis 2035 klar beschreibt,
- alle politischen Entscheidungen einer verpflichtenden Klimawirkungsprüfung unterziehen, damit neue Regelungen mit Klimazielen und sozialer einen Nachhaltigkeitsbeirat einrichten, der politische Vorhaben auf Klima- und Sozialwirkungen prüft,
- grünen Wasserstoff gezielt nur dort einsetzen, wo es noch keine klimafreundlichere Alternative gibt, etwa in der Chemie- oder Schwerlast-industrie, im Luft- und Schiffsverkehr oder in Reservekraftwerken.

Das Klima schützen vor Ort

Klimaschutz- und -anpassung müssen dort gelingen, wo die Menschen leben, also in den Kommunen. Diese brauchen eine verlässliche Finanzierung und die Möglichkeit, selbst zu gestalten. Gleichzeitig muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen und seine öffentlichen Gebäude energetisch sanieren.

Wir wollen:

- Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen und über das Finanzausgleichsgesetz dauerhaft finanzieren,
- kommunale Klimaschutzstellen einrichten, die Sanierungsberatung, Fördermittelmanagement und Bürger:innenbeteiligung koordinieren,
- soziale Härten abfedern, indem Sanierungen und Heizungswechsel sozial gerecht unterstützt werden sowie Härtefallfonds und günstige Sockeltarife dafür sorgen, dass niemand frieren muss,
- Mobilität für alle sichern mit verlässlichem ÖPNV im ländlichen Raum, sicheren Wegen für Rad- und Fußverkehr sowie guter Anbindung für Schulkinder,
- flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Autos schaffen, auch dort, wo sich der Betrieb für private Anbieter nicht lohnt,
- öffentliche Gebäude zu Vorreitern machen mit Photovoltaik auf allen Landesliegenschaften, bei denen es möglich ist, und dem Ziel, sie bis 2035 klimaneutral zu bewirtschaften,
- eine nachhaltige öffentliche Beschaffung einführen, die verbindliche Umwelt-, Sozial- und Recyclingkriterien und einen CO₂-Schattenpreis statt des Billigkeitsprinzips nutzt.

Nur Frieden schafft ein gutes Klima

Klimaschutz braucht Frieden. Kriege zerstören Lebensgrundlagen, verschlingen Energie und Ressourcen und treiben globale Emissionen nach oben. Während

dringend Investitionen in Soziales und Ökologisches benötigt werden, zieht Aufrüstung öffentliche Mittel ab und stärkt Industrien, die der Zukunft schaden.

Wir wollen:

- militärische Emissionen endlich sichtbar machen, indem sich Sachsen-Anhalt im Bundesrat dafür einsetzt, sie vollständig und transparent zu bilanzieren,
- zivile Produktion priorisieren, auch beim Einsatz von Landesfördermitteln, damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft nicht an der Rüstungslogik hängen, sondern zum sozialen und ökologischen Fortschritt beitragen,
- eine friedensorientierte Politik stärken, die auf Diplomatie, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit setzt als Voraussetzung für eine sichere, klimastabile Zukunft.

Natur und Arten schützen

Ob Elbe oder Harz, Drömling oder Grünes Band – unser Bundesland Sachsen-Anhalt ist reich an Natur. Doch dieser Reichtum muss gepflegt werden. Es braucht ausreichende Finanzierung und Strukturen, die Ehrenamt und Hauptamt zusammenbringen, statt Aufgaben auf Freiwillige abzuwälzen. Eine intakte Natur ist für uns ein fundamentaler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir wollen:

- die Naturschutzbehörden personell und finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben wirksam und vorausschauend erfüllen können,
- Naturparks, Umweltbildung und Programme zur Artenkenntnis ausbauen, um Wissen, Engagement und regionale Identität zu fördern,
- einen Landesnaturfonds nach Brandenburger Vorbild einrichten, der Naturschutzmaßnahmen langfristig finanziert und strategisch bündelt,
- Natura-2000-Stationen schaffen, damit Schutzgebiete professionell begleitet und ökologisch weiterentwickelt werden,
- die EU-Wiederherstellungsverordnung konsequent umsetzen, um degradierte Lebensräume aufzuwerten und unsere zu stärken,
- Biotopverbünde ausbauen, damit Tiere wandern können und Lebensräume vernetzt werden,
- Moore renaturieren und Paludikulturen fördern, die Klimaschutz, Wasserhaushalt und regionale Wertschöpfung verbinden,
- gebietsfremde invasive Arten bekämpfen, wenn sie heimische Arten und Lebensräume gefährden.

Recyclingwirtschaft als Zukunftsmotor – regional, souverän, nachhaltig

Wir engagieren uns für eine klare Strategie: Rohstoffe sichern, Wertschöpfung im Land halten und gute, zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen. Sachsen-Anhalt braucht eine Wirtschaft, die Abfall vermeidet, Rohstoffe zurückgewinnt und Umweltbelastungen konsequent reduziert. Eine funktionierende Abfallwirtschaft

ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie gehört in die öffentliche Hand und nicht der Logik des Profits unterworfen. Nur wenn Materialien im Kreislauf bleiben, belasten wir Böden, Wasser und Klima so wenig wie möglich und schützen unsere Umwelt.

Unsere moderne Industrie ist auf Rohstoffe angewiesen, die in Europa kaum verfügbar sind. Gerade bei seltenen Erden bestehen starke Abhängigkeiten von Staaten wie China. Exportbeschränkungen, politische Spannungen oder steigende Zölle können ganze Produktionsketten ins Wanken bringen. Gleichzeitig verhindert diese Abhängigkeit häufig, dass wir wirksam auf bessere Arbeits- und Umweltstandards drängen.

Hinzu kommt: Der stetige Verbrauch von Primärrohstoffen wie Kunststoffen, Metallen oder Baustoffen belastet das Klima und die Umwelt massiv. Eine konsequente Kreislaufwirtschaft ist daher nicht nur ökologisch geboten, sondern auch ökonomisch klug.

Wir wollen:

- Sachsen-Anhalt zum Zentrum und Vorreiter der Recyclingwirtschaft entwickeln – mit einer klaren Industrie- und Innovationsstrategie für Rohstoffrückgewinnung und Kreislaufproduktion,
- technologische Kompetenz stärken – den Hochschulstandort Anhalt und Merseburg ausbauen, Forschung im Bereich Recycling und Rückgewinnung seltener Erden gezielt fördern und eng mit der Industrie und KMUs vernetzen,
- Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt sie dem Profitinteresse privater Konzerne zu überlassen,
- Müllimporte nach Sachsen-Anhalt stoppen, indem der Abfallwirtschaftsplan klare Kapazitätsgrenzen, Qualitätskriterien und das Näheprinzip festschreibt, und eine Bundesratsinitiative gegen länderübergreifenden,
- Genehmigungsaufgaben für Deponien und Abfalltransporte verschärfen, um Umweltbelastungen und Risiken konsequent zu begrenzen,
- einen verpflichtenden Mindestanteil an Recycling-Baustoffen im öffentlichen Bau verankern, damit Ressourcen geschont werden,
- ein landesweites Reparaturbonus-Programm einführen, das Reparaturen günstiger macht, Elektroschrott vermeidet und die Nutzungsdauer von Geräten verlängert,
- Rohstoffkreisläufe schließen – eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die die verpflichtende Rückgabe von Altgeräten mit seltenen Erden vorsieht und so systematisch Recycling ermöglicht.

So kann Sachsen-Anhalt Vorreiter einer deutsch-europäischen Recyclingwirtschaft werden: als Standort technologischer Souveränität, ökologischer Verantwortung und tausender neuer, zukunftsfester Arbeitsplätze.

Unser Müll, unsere Verantwortung: Es ist klug, produzierten Müll in großem Umfang zu recyceln. Es ist besser, gar nicht erst Müll zu produzieren. Daher bleibt unser Leitziel – Müllreduktion und Ressourcensparsamkeit.

Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten

Sachsen-Anhalt braucht eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall vermeidet, Rohstoffe zurückgewinnt und Umweltbelastungen konsequent reduziert. Eine funktionierende Abfallwirtschaft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie gehört in die öffentliche Hand und nicht der Logik des Profits unterworfen. Nur wenn Materialien im Kreislauf bleiben, belasten wir Böden, Wasser und Klima so wenig wie möglich und schützen unsere Umwelt.

Wir wollen:

- Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt sie dem Profitinteresse privater Konzerne zu überlassen,
- Müllimporte nach Sachsen-Anhalt stoppen, indem der Abfallwirtschaftsplan klare Kapazitätsgrenzen, Qualitätskriterien und das Näheprinzip festschreibt, und eine Bundesratsinitiative gegen länderübergreifenden Mülltourismus,
- Genehmigungsaufgaben für Deponien und Abfalltransporte verschärfen, um Umweltbelastungen und Risiken konsequent zu begrenzen,
- einen verpflichtenden Mindestanteil an Recycling-Baustoffen im öffentlichen Bau verankern, damit Ressourcen geschont werden,
- ein landesweites Reparaturbonus-Programm einführen, das Reparaturen günstiger macht, Elektroschrott vermeidet und die Nutzungsdauer von Geräten verlängert.

Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht

Klimawandel und Industrieansiedlungen stellen unsere Wasserversorgung vor große Herausforderungen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die natürliche Ressourcen schützt, öffentliche Verantwortung stärkt und soziale Gerechtigkeit sichert.

Unsere Prinzipien:

- Trinkwasserversorgung und unser Abwassersystem sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht dafür da, private Profite zu erzielen.
- Vorrang für Trinkwasser und natürliche Kreisläufe bei Nutzungskonflikten.

Stand der Dinge - Herausforderungen

Sachsen-Anhalt steht vor wachsenden Nutzungskonflikten um Wasser. Die Folgen des Klimawandels verschärfen Trockenperioden, mindern die Grundwasserneubildung und erhöhen den Druck auf Flüsse, Seen und Böden.

Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf der Industrie, während der Verbrauch der Haushalte zurückgeht.

Viele Gewässer sind zudem in keinem guten Zustand, ihre Durchgängigkeit ist eingeschränkt, und die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen.

Gewässerschutz und ökologische Entwicklung

Flüsse, Bäche und Seen sind für Artenvielfalt, Landwirtschaft und regionale Lebensqualität unverzichtbar. Damit Wasser wieder fließen, leben und verbinden kann, müssen wir es konsequent vor Übernutzung und Verschmutzung schützen und unsere Gewässer naturnah entwickeln.

Wir wollen:

- die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zügig und vollständig umsetzen und dafür mehr Landesmittel bereitstellen,
- die Durchgängigkeit der Fließgewässer verbessern und die Gewässer für Wanderfische wie den Lachs wieder durchlässig machen,
- Stickstoff- und Phosphorbelastungen wirksam reduzieren, mit klaren Regeln, Gewässerrandstreifen und staatlichen Kontrollen,
- ein Landesprogramm auflegen, das Dorfteiche und Seen ökologisch stabilisiert und zu attraktiven Aufenthaltsorten entwickelt.

Wasser ist lebensnotwendig und gehört deshalb in die öffentliche Hand, mit klaren Regeln, wirksamer Kontrolle und Lösungen, die den Menschen in Sachsen-Anhalt dienen.

Wir wollen:

- Trinkwasserversorgung und natürliche Ökosysteme bei Nutzungskonflikten priorisieren,
- die Privatisierung von Quellen ausschließen und öffentliche Kontrolle stärken,
- ein Landesförderprogramm für kommunale Trinkbrunnen auflegen.

Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit

Großansiedlungen und ein wachsender Bedarf der Industrie verändern die Wasserpolitik des Landes grundlegend. Wo viel Wasser gebraucht wird, dürfen Belastungen nicht auf Bevölkerung und Umwelt abgewälzt werden. Deshalb braucht jede große Ansiedlung ein belastbares Wasserkonzept, das sparsam wirtschaftet, regionale Kreisläufe schützt und Risiken vermeidet. Die geplante Umleitung von Elbwasser in die Spree lehnen wir ab: Statt Abhängigkeiten von Fernwasser zu schaffen, müssen wir die Region stärken: durch Renaturierung, Wiedervernässung und intelligente Nutzung bestehender Ressourcen.

Wir wollen:

- Großprojekte nur zulassen, wenn ein belastbares Wasserkonzept vorliegt, mit lokaler Versorgung, Wiederverwendung, Speicherung und klarem Lastenmanagement,
- das Wasserentnahmeentgelt zu progressiven Sätzen für Großverbraucher:innen und zu branchenspezifischen Tarifen für Industrie- und Kühlwasser reformieren,
- sicherstellen, dass steigender Industrierwasserbedarf nicht auf Kosten der Bevölkerung geht,
- keine Umleitung von Elbwasser in die Spree, weil sie ökologische Risiken schafft, Kosten verstetigt und Fernwasserabhängigkeiten erzeugt, stattdessen braucht der drohende Wassermangel der Spree als Folge des Kohleausstiegs regionale Lösungen: Renaturierung, Wiedervernässung, kleinere Restlöcher und sparsamen Trinkwassergebrauch.

Abwasserpolitik modernisieren

Abwasser ist kein Abfallprodukt, sondern eine Ressource, die wir besser nutzen und aufbereiten müssen. Damit die Kosten für Kommunen und Haushalte bezahlbar bleiben, braucht es eine starke öffentliche Hand und Förderprogramme, die Modernisierung ermöglichen statt verhindern. Die neue EU-Abwasserrichtlinie verlangt hohe Reinigungsstandards, um Mikroschadstoffe wirksam zu entfernen und so die Umwelt zu schützen. Diese Last darf nicht allein bei Kommunen und Menschen im Land hängenbleiben: Hersteller müssen Verantwortung für die Stoffe übernehmen, die sie in Umlauf bringen.

Wir wollen:

- die Abwasseraufbereitung in öffentlicher Hand sichern, damit Investitionen am Gemeinwohl orientiert bleiben,
- verlässliche Landes- und Bundesmittel mit niedrigen Förderhürden für den Erhalt und die Modernisierung von Anlagen bereitstellen,
- eine Herstellerverantwortung durchsetzen, damit Unternehmen, die das Problem verursachen, über eine Herstellerabgabe die entstehenden Kosten tragen,
- innovative Verfahren fördern, die Abwasser als Ressource nutzen: für Grundwasserneubildung, Löschteiche, Wasserstoffproduktion oder die Bewässerung naturnaher Lebensräume wie Auwälder.

Klimaanpassung in Städten

Unsere Städte sind heute nicht ausreichend auf Starkregen, Hitze und Trockenheit vorbereitet. Versiegelte Flächen verhindern, dass Wasser versickert und gespeichert wird. Gleichzeitig fehlen Strukturen, die Regen zurückhalten und natürliche Kühlung ermöglichen. Damit Städte lebenswert bleiben und besser mit den Folgen der Klimakrise umgehen können, brauchen wir eine konsequente Ausrichtung auf blau-grüne Infrastruktur. Also Lösungen,

die Wasser speichern, versickern oder verdunsten lassen, statt es möglichst schnell abzuleiten, und so zugleich mehr Grün in die Städte bringen.

Wir wollen:

- eine Klimaklausel im Denkmalschutzgesetz verankern, die Maßnahmen zur Klimaanpassung und energetischen Sanierung dem Erhalt des historischen Erscheinungsbildes rechtlich gleichstellt,
- Regenrückhalt systematisch stärken, damit Wasser in der Fläche bleibt und nicht unkontrolliert abfließt,
- versiegelte Flächen entsiegeln, um natürliche Bodenfunktionen wiederherzustellen,
- das Schwammstadtprinzip in Kommunen verankern und bei neuen Projekten sowie Sanierungen anwenden,
- Infrastruktur grundsätzlich blau-grün planen, damit Städte widerstandsfähiger werden,
- ein Landesförderprogramm auflegen, das Kommunen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen unterstützt.

Wenn wir natürliche Kreisläufe wiederherstellen und öffentliche Verantwortung sichern, schaffen wir die Grundlage für eine widerstandsfähige Zukunft. Wir wollen, dass unser Sachsen-Anhalt ein Land ist, das mit Wasser sorgsam umgeht, Konflikte fair löst und so seine öffentliche Daseinsvorsorge und die Trinkwasserversorgung im Land sichert.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

17. Innenpolitik

Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus

Während andere noch über Bagatelldelikte diskutieren, rüsten wir Polizei und Justiz für die Kriminalität von morgen: Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und KI-gestützte Manipulation. Wir schaffen spezialisierte Einheiten, die technisch auf der Höhe sind und komplexe Strukturen zerschlagen können.

Unsere Prioritäten sind vielfältig: Cybersicherheit schützt Unternehmen, Verwaltungen und Privatpersonen vor digitalen Angriffen und wachsenden Bedrohungen aus dem Netz. Bei der Wirtschaftskriminalität brauchen wir mehr Personal bei Staatsanwaltschaften und Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Arbeit an komplexen Verfahren. Hasskriminalität wird durch spezialisierte Ansprechpartner:innen in jeder Polizeibehörde und jedem Landkreis bekämpft – damit Opfer von Hass und Hetze ernst genommen werden.

Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit

Sicherheitspolitik darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir schaffen echte Bürger:innenbeteiligung bei sicherheitspolitischen Fragen: Öffentliche Anhörungen zu neuen Sicherheitsgesetzen, Bürger:innenforen zur Polizeiarbeit vor Ort und transparente Rechenschaftsberichte aller Sicherheitsbehörden ermöglichen es, dass Bürger:innen mitgestalten können.

Ihre Rechte werden gestärkt durch eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle mit eigenen Ermittlungsbefugnissen und ausreichender Ausstattung, damit Beschwerden nicht zu den Akten gelegt werden. Informationsfreiheit ist nicht verhandelbar: Alle relevanten Polizeistatistiken und Lagebilder werden veröffentlicht. Wir bauen die Rechte der Parlamente bei der Kontrolle der Sicherheitsbehörden aus, damit demokratische Kontrolle nicht nur theoretisch besteht.

Vertrauen durch Transparenz

Eine starke Demokratie hat keine Angst vor kritischen Fragen. Wir evaluieren regelmäßig alle Sicherheitsgesetze und schaffen sie ab, wenn sie sich als wirkungslos oder grundrechtswidrig erweisen. Sicherheitspolitik wird messbar und kontrollierbar – nicht als Versprechen, sondern als gelebte Praxis.

Wir setzen auf eine Sicherheitspolitik, die Vertrauen schafft statt Angst säht – eine Politik, die Menschen schützt und stärkt, statt sie zu kontrollieren und zu verdächtigen.

Sicherheit durch Solidarität

Wahre Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Abschreckung, sondern dort, wo Menschen Perspektiven haben, wo Zusammenhalt gelebt wird und wo alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr Menschlichkeit

Wir schaffen eine Polizei, die das Vertrauen der Bürger:innen genießt. 500 neue Polizeistellen bis 2030 bedeuten nicht nur mehr Präsenz auf der Straße, sondern vor allem mehr Zeit für echte Bürger:innennähe. Unsere Polizist:innen sollen Ansprechpartner:innen sein, die helfen und beraten, statt nur zu kontrollieren und zu bestrafen.

Wir ermöglichen echte Arbeitsplätze: Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund das Beamtengesetz reformiert und eine Arbeitszeitreduktion für Polizeikräfte auf 38 Stunden eingeführt werden kann, damit sie Zeit für Familie und Erholung haben. Wir stärken die Präventionspolizei mit spezialisierten Beamt:innen, die in Schulen, Vereinen und Gemeinden langfristig Vertrauen aufbauen. Besondere Aufmerksamkeit legen wir auf demokratische Professionalität durch regel-

mäßige Fortbildungen zu Menschenrechten und interkultureller Kompetenz, um eine demokratische Alltagskultur in der Polizei zu stärken.

Transparenz schafft Vertrauen

Eine demokratische Polizei hat nichts zu verbergen. Die individuelle Kennzeichnungspflicht und der automatische Einsatz von Bodycams beim Schusswaffengebrauch oder beim Einsatz von Tasern schützen Bürger:innen ebenso wie Polizeikräfte vor falschen Anschuldigungen. Wir beenden die Kultur des Wegschauens bei rechtsextremen Umtrieben in den Sicherheitsbehörden – nicht durch Generalverdacht, sondern durch ein unabhängiges Meldesystem und klare demokratische Standards, die Transparenz und Rechenschaftspflicht sicherstellen.

Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt

Während andere Parteien immer neue Überwachungsinstrumente fordern, machen wir den Schutz der digitalen Privatsphäre zum Grundrecht des 21. Jahrhunderts. Wir verhindern den gläsernen Bürger und schaffen stattdessen digitale Teilhabe für alle.

Gesichtserkennung zur Massenüberwachung lehnen wir ab – Polizeiarbeit ja, Überwachungsstaat nein. Verschlüsselung wird nicht geschwächt, sondern in Sachsen-Anhalt, in Deutschland und in der EU gefördert. Menschen haben das Recht zu erfahren, welche Daten über sie gespeichert sind und wie sie diese wieder löschen lassen können. Transparente Datennutzung ist nicht verhandelbar.

Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit

Moderne Technologie kann Sicherheit schaffen, ohne Grundrechte zu opfern. Wir setzen auf smarte Lösungen: Künstliche Intelligenz soll zur Aufklärung von Cyberkriminalität beitragen, aber nicht zur Überwachung unschuldiger Menschen eingesetzt werden. Gerade bei der Sichtung von Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder kann KI die Arbeit der Ermittler:innen erleichtern. Wir befürworten den Einsatz funktionstüchtiger Endgeräte, mit denen die Digitalisierung der Polizeiarbeit die Effizienz erhöht, ohne Massendaten zu sammeln. Die Einführung einer automatisierten Datenanalysesoftware wie Palantir lehnen wir konsequent ab – das ist eine rote Linie für den Schutz von Grundrechten.

Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen

Ein Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ist überflüssig. Er muss seine Prioritäten neu setzen. Statt auf intransparente V-Leute-Netzwerke und Bespitzelung zu setzen, wollen wir langfristig eine Agentur für Demokratie und Menschenrechte, durch die vor allem die Demokratiewerke und politische Bildung gestärkt werden soll. Damit bekäme Sachsen-Anhalt eine transparente

Institution, die Vertrauen in demokratische Strukturen aufbaut – nicht durch Geheimhaltung, sondern durch Klarheit und Offenheit.

Damit schützen wir die Verfassung durch eine Bildungsoffensive statt Bespitzelung: Wir wollen aktive Aufklärungsarbeit an Schulen, in der Erwachsenenbildung und in Kommunen über verfassungsfeindliche Tendenzen und die Werte unserer Demokratie. Wir setzen unter Wahrung des Quellenschutzes auf transparente Öffentlichkeitsarbeit durch regelmäßige öffentliche Berichte über verfassungsfeindliche Tendenzen, um das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen zu stärken. Professionelle Ausstiegsberatung für Menschen, die sich radikalisiert haben, ersetzt die fragwürdige Praxis bezahlter Spitzel. Wir folgen dem Beispiel Thüringens, in dem V-Personen systematisch abgeschaltet wurden und keine tätigkeitsbezogenen Straftaten begehen dürfen. Frühe Prävention durch Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendarbeit und Sozialarbeit ist zentral, um Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz

Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker

Echte Sicherheit entsteht durch funktionierende Notfallstrukturen. Wir stärken Hilfswerk und Rettungsdienste mit modernem Equipment, ausreichend Personal und regelmäßiger Schulung, weil diese Institutionen das Vertrauen und die Ressourcen verdienen, die wir ihnen geben.

Dezentrale Leitstellen mit kurzen Entscheidungswegen und regionaler Expertise sind essentiell – nicht zentralisiert von weit entfernten Behörden, die lokale Besonderheiten nicht kennen. Ein neues Trainings- und Einsatzgelände am Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge ermöglicht spezialisierte Ausbildung für Fachkräfte in Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz. Die Lebensleistung unserer Feuerwehrkamerad:innen verdient höchste Anerkennung für ihren Einsatz rund um die Uhr – sie schützen Leben und geben Sicherheit, ihre Arbeit ist für unsere gesamte Gemeinschaft unverzichtbar.

Wir stärken die notfallmedizinische Kompetenz im Umgang mit seltenen, lebensbedrohlichen Erkrankungen durch verbindliche Fortbildungsstandards, klare Handlungsleitlinien und die verpflichtende Anerkennung von Notfallausweisen im Rettungsdienst.

Gleichzeitig wollen wir die Kommunen von unfairen Kostenlasten befreien. Wenn Feuerwehren und Rettungsdienste an ihre Grenzen kommen und Kommunen um Amtshilfe bitten – etwa bei Hochwasser, Sturmschäden und

schwierigen Waldbrandlagen –, drohen ihnen derzeit massive Kosten. Das ist ungerecht: Bundeswehr und THW sind steuerfinanziert, Naturkatastrophen sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen. Wir wollen die Amtshilfekostenregelung reformieren und langfristig abschaffen. Die Kosten für Rettung und Katastrophenschutz müssen solidarisch auf starke Schultern verteilt werden – nicht auf den Rücken ohnehin unterfinanzierter Kommunen, die bereits mit leeren Haushalten kämpfen.

Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention

In Krisensituationen sind gut organisierte Nachbarschaften entscheidend – oft sind sie die erste und wichtigste Anlaufstelle. Wir investieren in Aufklärung und Vorbereitung: THW und Land informieren regional in Veranstaltungen über Selbstvorsorge für 72 Stunden – Wasser, Lebensmittel, Erste Hilfe, Verhalten bei Stromausfall. Jeder Haushalt soll wissen, wie man sich und die Familie in einer Krise selbst versorgt. Kostenlose Erste-Hilfe-Kurse werden gefördert und ausgebaut, damit mehr Menschen wissen, wie sie sich und anderen helfen können – weil erste Hilfe ein demokratisches Gut ist, kein Privileg.

Die flächendeckende Planung und der Ausbau von Katastrophenschutz-Leuchttürmen in den Wohnorten werden verstetigt und ausgebaut, damit Menschen schon in Nichtkrisenzeiten wissen, wo sie im Krisenfall Hilfe und Informationen erhalten. Das schafft nicht nur praktische Sicherheit, sondern auch das psychologische Wissen, dass jemand für sie da ist.

Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern

Das Land koordiniert sich regelmäßig mit Betreibern kritischer Infrastrukturen – Energieversorgern, Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Abwasserbetrieben – und macht diese Koordination öffentlich. Öffentliche Berichte zeigen, welche Sicherheitsstandards für Krisenfestigkeit gelten, wie oft Betreiber Notfallpläne testen und wo es Schwachstellen gibt. Von privaten Betreibern fordern wir, dass sie ihren Selbstschutz ernst nehmen – mit redundanten Systemen, Notstromversorgung und regelmäßigen Übungen – denn Gewinnmaximierung darf nicht zu Lasten der Sicherheit aller gehen.

Das ist keine Geheimsache: Kommunen und Rettungskräfte müssen wissen, wie die Systeme funktionieren. Öffentliche, regionalisierte Risikoabschätzungen zeigen, wo Hochwassergefahren lauern, wo Stromnetze verwundbar sind und wo es kritische Abhängigkeiten gibt. Dieses Wissen gehört der Öffentlichkeit, nicht in geheime Aktenordner – Transparenz ist die Voraussetzung für demokratische Vorsorge.

Besonders schutzbedürftige Menschen schützen

Schulen, Kliniken, Altenheime, Behinderteneinrichtungen und Obdachlosenunterkünfte sind besonders verletzlich bei Ausfällen der Infrastruktur. Diese

Einrichtungen erhalten spezielle Unterstützung: Schulung des Personals für Krisensituationen, Planung von Evakuierungsrouten und Sicherung einer Notstromversorgung. Hier trägt das Land besondere Verantwortung – für Menschen, die sich nicht selbst helfen können und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes

Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie

Wir setzen uns dafür ein, dass ein erhöhter Anteil der Brandschutzsteuer als zweckgebundene Zuweisung direkt an die Kommunen ausgeschüttet wird. Die Mittel müssen dort ankommen, wo der vorbeugende Brandschutz konkret geleistet wird. Die von Unternehmen entrichtete Brandschutzsteuer ist konsequent zur Stärkung der kommunalen Feuerwehren und ihrer Ausstattung einzusetzen.

Feuerwehren in Sachsen-Anhalt brauchen kein Förderlotto, sondern ein verlässliches Finanzierungssystem, das es Kommunen ermöglicht, mittelfristig zu planen. Wir führen zweckgebundene Landeszuweisungen an die Kommunen ein nach transparenten Schlüsseln wie aktive Einsatzkräfte, Standortanzahl und Einsatzzahlen, planbar über Jahre hinweg und mit der Möglichkeit, Mittel anzusparen. So können Kommunen selbst entscheiden, ob sie Fahrzeuge beschaffen, Gerätehäuser modernisieren oder Ausrüstung und Schutzkleidung erneuern. Statt Bürokratie und Gnadenbrot schaffen wir Eigenverantwortung und echte Planungssicherheit für die Kommunen.

Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten

Während große Städte oft besser ausgestattet sind, kämpfen kleine Feuerwehren ums Überleben. Wir schaffen ein Landesprogramm „Kleine Wehren – Bestand sichern“, das gezielt Engpässe behebt: Stellplätze, Sanitäreinrichtungen, Umkleieräume, fahrzeugtechnische Mindestausstattung. Keine Feuerwehr darf schließen, weil das Land spart. Eine flächendeckende, lebendige Feuerwehrlandschaft ist Daseinsvorsorge, nicht Luxus, und wir sichern sie ab.

Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv gestalten

Technik ohne Einsatzkräfte ist wertlos – daher stärken wir Ehrenamt und Berufsfeuerwehr durch verbesserte Rahmenbedingungen. Wir garantieren verlässliche Arbeitgeberfreistellung für ehrenamtliche Kamerad:innen, vollen Lohnersatz bei Einsätzen – auch für Selbstständige – und unbürokratische Kostenerstattung. Ausbildungskapazitäten in Feuerweherschulen werden ausgebaut, damit niemand auf Wartelisten sitzt.

Die Lebensleistung unserer Einsatzkräfte verdient Anerkennung: Feuerwehrdienstzeiten sollen bei der Rente berücksichtigt werden – ein wichtiger Schritt, um die Gerechtigkeit gegenüber denen zu wahren, die Leben retten. Besonderes Gewicht legen wir auf Nachwuchsgewinnung: Jugendfeuerwehren stärken, mehr Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte für den Dienst gewinnen, damit die Feuerwehr die ganze Gesellschaft widerspiegelt. Psychosoziale Unterstützung nach belastenden Einsätzen bleibt nicht die Ausnahme, sondern wird zum Standard, denn Einsatzkräfte, die traumatisiert sind, können nicht helfen. Feuerwehr ist gelebte Solidarität – das muss sich in der Unterstützung der Einsatzkräfte widerspiegeln.

Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards

Zentrale Beschaffung muss die Expertise der Praxis einbeziehen – Fehlentscheidungen bei Fahrzeugausstattung oder Technik zeigen, wie wichtig Rückkopplung mit den Einsatzkräften ist. Wir setzen auf transparente, realistische Beschaffungsprozesse und überprüfen Ausstattungsvorgaben auf ihre Verhältnismäßigkeit. Sicherheit bleibt der Maßstab, aber Anforderungen müssen finanzierbar und an tatsächliche Belastungen orientiert sein – nicht an Prestigeprojekten oder überteuerten Sonderlösungen, die am Ende im Etat versanden.

Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen

Waldbrände, Hochwasser, Hitzeperioden: Die Feuerwehr wird zum Krisenmanager im Klimawandel – das ist nicht dramatisch überspitzt, sondern nüchterne Analyse. Wir investieren in Prävention und Ausstattung: Löschwasserbrunnen, befahrbare Waldwege für Einsatzfahrzeuge, spezialisierte Technik und eine landesweite Waldbrandvorsorge. Feuerwehren werden eng mit Katastrophenschutz, THW und kommunalen Krisenstäben vernetzt, damit Ressourcen effizient genutzt werden können. Wer Klimaschutz ausbremst, gefährdet die Menschen, die in der Krise Leben retten müssen – das ist der politische Zusammenhang, den wir laut aussprechen.

Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung

Gute Bedarfsplanung ist rechtssicher und gerecht. Wir entwickeln verbindliche Mindeststandards für den kommunalen Brandschutz – nicht als Maximalforderung, sondern als realistischen Grundbedarf, der überall in Sachsen-Anhalt vergleichbare Sicherheit gewährleistet. So erhalten Kommunen und Wehren Verlässlichkeit statt Planung im Nebel und garantierte Fairness gegenüber anderen Kommunen.

Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die beste Polizei

Jeder Euro, den wir in Bildung, Jugendarbeit und soziale Programme investieren, spart später Kosten für Polizei und Justiz. Wir bekämpfen Kriminalität dort, wo sie entsteht: in sozialer Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit. Das ist nicht sentimentale Sozialpolitik – es ist harte, rationale Kriminalpolitik.

Unsere Investitionen sind gezielt: Jugendarbeit statt Jugendknast – mehr Streetwork, offene Jugendtreffs und Jugendzentren, die jungen Menschen einen Halt und eine Perspektive bieten. Gewaltprävention durch Programme gegen häusliche Gewalt und verlässliche Schutzräume für Betroffene schützen Familien. Gemeinschaftsprojekte wie Nachbarschaftshilfe und interkulturelle Begegnungen schaffen das Vertrauen, das dann auch Kriminalität vorbeugt.

Ländliche Räume stärken

Sicherheit bedeutet auch, dass Menschen überall in Sachsen-Anhalt gut leben können – nicht nur in den Städten. Mobile Polizeistationen, regelmäßige Bürger:innensprechstunden und der Ausbau mobiler, professioneller Hilfsangebote vor Ort schaffen Sicherheit durch Solidarität, auch in kleineren Gemeinden, damit die ländliche Bevölkerung nicht das Gefühl hat, verlassen zu sein.

Professionelle Hilfe vor Ort ist essentiell: Sozialarbeiter:innen und Familienhelfer müssen in ländlichen Gebieten verfügbar sein. Mobile Beratungsstellen für Schulden-, Sucht- und Familienprobleme beugen Krisen vor. Konfliktmediator:innen für Nachbarschaftsstreitigkeiten helfen, Eskalationen zu vermeiden – eine präventive Kultur, die Sicherheit durch Verständnis schafft.

Begegnungen fördern

Wo Menschen Perspektiven haben, sich ernst genommen fühlen und am Gemeinschaftsleben teilhaben können, entstehen weniger Konflikte, die später polizeiliche Eingriffe erfordern. Das ist echte präventive Sicherheitspolitik – nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe und Solidarität. Interkulturelle Feste und Projekte schaffen Verständnis und Austausch, Partnerschaften zwischen Stadtteilen und Dörfern stärken den Zusammenhalt, generationenübergreifende Projekte verbinden Menschen verschiedener Altersgruppen und schaffen gegenseitiges Verständnis.

Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich

In unserem Sachsen-Anhalt haben Menschen keine Angst vor der Polizei, sondern vertrauen ihr. Grundrechte werden nicht abgebaut, sondern ausgebaut. Sicherheit entsteht nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe und Gerechtigkeit.

Wir bieten eine Alternative zu Angstmacherei und Überwachung. Wir schaffen Sicherheit durch Solidarität, Vertrauen durch Transparenz und Perspektiven durch Prävention.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

18. Justiz

Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah

Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck

Sachsen-Anhalts Justiz steht vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen. Die Zahl der Verfahren wächst, Bearbeitungszeiten verlängern sich, und Rückstände nehmen zu. Für viele Bürger:innen bedeutet das lange Wartezeiten auf Entscheidungen, die oft existenzielle Fragen betreffen – besonders für Menschen mit geringem Einkommen, die auf einen schnellen und verlässlichen Rechtsschutz angewiesen sind.

Gleichzeitig arbeitet das Justizpersonal vielerorts am Limit: hohe Fallzahlen, dauerhafte Überstunden und steigende Krankenstände verschärfen die Situation zusätzlich. Diese Überlastung wirkt sich unmittelbar auf die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus und verstärkt einen Teufelskreis aus Personalmangel, Verzögerungen und einem weiter anwachsenden Druck.

Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Wir wollen den Kreislauf aus Überlastung und Verzögerung durchbrechen und die Justiz in Sachsen-Anhalt zukunftsfest aufstellen. Unser Anspruch ist eine Justiz, die für alle Menschen erreichbar ist, die ihre Beschäftigten schützt und stärkt und die nicht allein auf Strafe setzt, sondern ebenso auf Prävention, Opferschutz und Resozialisierung.

Wir stehen für eine Justizpolitik, die Rechtsschutz unabhängig von Einkommen, Wohnort oder sozialem Status garantiert. Zugänglichkeit, gute Arbeitsbedingungen, wirksamer Opferschutz sowie Prävention und Wiedereingliederung sind für uns keine Gegensätze, sondern zentrale Voraussetzungen für einen funktionierenden Rechtsstaat.

Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht

In Sachsen-Anhalt stauen sich Verfahren, die Dauer von Gerichtsprozessen steigt und immer neue Fälle kommen hinzu. Daher heißt es für uns: Verfahren verkürzen, Hürden abbauen und besonders Menschen mit geringem Einkommen einen fairen Zugang zum Recht sichern.

Wir wollen:

- Rechtsschutz unabhängig vom Einkommen **gewährleisten, ohne** Einschränkungen bei Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe,
- die vollständige Kostenerstattung bei erfolgreichen Klagen gegen die öffentliche Hand sowie ein Regressmodell, um unterlegene Behörden an den Verfahrenskosten zu beteiligen,
- Uns für sozial angemessene Gebühren auf Bundesebene einsetzen,
- den Erhalt und die Stärkung bürgerfreundlicher Standorte durch wohnortnahe Gerichte,
- bürgernahe Justizzentren,
- die Stärkung des Justizstandorts Dessau durch das zentrale Mahngericht.

Unser Ziel ist eine bürgernahe und gerechte Justiz, damit alle Menschen schnellen, fairen und wirksamen Zugang zum Recht erhalten.

Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz

Hohe Arbeitsbelastung, Überstunden und steigende Krankenstände belasten die Gerichte und verlängern Verfahren. Für Beschäftigte wie für Bürger:innen braucht es daher eine moderne Personal- und Einstellungspolitik.

Wir wollen:

- eine langfristige Personalstrategie, die Altersabgänge und demografische Entwicklungen frühzeitig berücksichtigen und den Nachwuchs gezielt fördert,
- Neu- und Nachbesetzungen schnell und konsequent durchführen,
- eine Entlastung des Fachpersonals durch mehr Assistenzkräfte und IT-Fachpersonal,
- attraktive Arbeitsbedingungen durch Mobile Arbeit, flexible Arbeitszeitmodelle, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, moderne Ausstattung und klare Beförderungswege,
- Coaching- und Gesundheitsprogramme für Beschäftigte.

Unser Ziel ist eine leistungsfähige Justiz mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal, die Verfahren beschleunigt, gerecht entscheidet und Vertrauen schafft.

Digitalisierung der Justiz

Eine moderne Justiz braucht digitale Strukturen, die Verfahren beschleunigen, den Zugang zum Recht erleichtern und Beschäftigte entlasten. Die Digitalisierung muss daher konsequent vorankommen.

Wir wollen:

- eine funktionstüchtige und flächendeckende E-Akte,

- Videokonferenzen im Gerichtssaal für verkürzte Wegezeiten und effizientere Anhörungen,
- Homeoffice-fähige Fachprogramme für Richter:innen und Justizpersonal,
- leistungsstarke Datennetze, Hardware und IT-Infrastruktur für moderne digitale Ausstattung,
- digitale Verfahren, Online-Anträge und automatisierte Fristenkontrollen,
- bürgerfreundliche Online-Dienste wie z.B. Terminvereinbarung, mehrsprachige Informationsportale oder Online-Streitbeilegung,
- Weiterbildung für digitale Kompetenz in Ausbildung und Referendariat.

Ziel ist eine effiziente, transparente und bürgerfreundliche Justiz, die digitale Möglichkeiten voll ausschöpft.

Mediation statt langer Gerichtsverfahren

Viele Konflikte ziehen sich heute unnötig in die Länge, weil Gerichte überlastet sind und Verfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Dabei könnten zahlreiche Streitigkeiten schneller, fairer und für alle Beteiligten schonender gelöst werden. Mediation bietet hier eine echte Alternative.

Wir wollen:

- eine staatlich finanzierte „Mediationshilfe“, damit Bürger:innen Mediation kostenfrei oder stark vergünstigt in Anspruch nehmen können,
- landesweite Beratungsstellen mit einheitlichen Qualitätsstandards und zentraler Koordination sowie ergänzenden Online- und Telefonangeboten,
- professionell ausgebildete Mediator:innen, die Konflikte neutral begleiten und konstruktive Lösungen ermöglichen.

Unser Ziel sind schnelle und faire Lösungen durch Mediation, die das Recht flächendeckend zugänglich macht, Eskalationen vermeidet und unsere Gerichte nachhaltig entlastet.

Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften

Wir setzen uns für die konsequente Strafverfolgung schwerer Straftaten und den Schutz aller Menschen vor Gewalt ein. Dabei haben wir besonders rechts-extremistische Straftaten und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere Femizide, im Blick.

In Sachsen-Anhalt erreichte die politisch motivierte Kriminalität 2024 einen neuen Höchststand, vor allem durch einen starken Anstieg rechtsextremer Straftaten. Diese gefährden die Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit von Menschen vor Ort.

Wir wollen:

- Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die rechtsextrem motivierte Straftaten überregional bündeln und effektiv bearbeiten,
- spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Täterstrukturen, Radikalisierungsdynamiken und Netzwerke rechtsextremistischer Gewalt besser zu erkennen und gezielt zu verfolgen,
- eine enge Zusammenarbeit mit Polizei, Verfassungsschutz und zivilgesellschaftlichen Initiativen, um Frühwarnsignale zu erkennen und Tendenzen wirksam entgegenzuwirken,
- bessere statistische Erfassung, ebenfalls im digitalen Raum,
- Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über rechtsextreme Gefährdungen, Warnsignale und Unterstützungsangebote informieren.

Gleichzeitig kommt es immer wieder zu tödlicher Gewalt gegenüber Frauen. Femizide müssen als solche anerkannt, systematisch erfasst und gezielt juristisch verfolgt werden.

Wir wollen:

- Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt etablieren, um effektive Strafverfolgung sicherzustellen,
- spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Opferlagen, Täterdynamiken und Risikofaktoren bei häuslicher Gewalt und Femiziden zu erkennen,
- Kooperation mit Opferschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, um Betroffene frühzeitig zu schützen,
- Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über Femizide, Warnsignale und vorhandene Hilfsangebote informieren,
- eine Bundesratsinitiative für Femizide als neues Mordmerkmal im § 211 StGB, um geschlechtsspezifische Gewalt juristisch stärker zu verankern.

Unser Ziel ist eine effektive, moderne und rechtsstaatliche Strafverfolgung, die schwere Straftaten konsequent verfolgt, demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenwirkt und besonders gefährdete Gruppen schützt.

Reform des Strafrechts

Wir setzen uns für ein modernes, bürgernahes Strafrecht ein, das Frauen, Kinder und besonders gefährdete Menschen schützt, aber gleichzeitig Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte entlastet.

Wir wollen auf Bundesebene anstoßen:

- eine Reform des Umgangsrechts, um Femizide, Stalking und häusliche Gewalt zu verhindern und den Schutz von Frauen und Kindern zu stärken,
- die gezielte Verschärfung des Strafrechts nur dort, wo es zur effektiven Verfolgung schwerer Straftaten nötig ist,

- bessere entlastende Maßnahmen, darunter Entkriminalisierung von „Containern“ zur Nutzung von weggeworfenen Lebensmitteln,
- die Abschaffung der Straffälligkeit von Fahren ohne gültigen Fahrausweis, um unverhältnismäßige Verfahren zu vermeiden,
- die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als Teil eines selbstbestimmten Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

Unser Ziel ist ein Strafrecht, das wirksam schützt, gesellschaftliche Probleme klar adressiert und gleichzeitig Justizressourcen schont.

Opferschutz und Opferhilfe

Wir stehen für schnellen, unbürokratischen Schutz und gezielte Hilfe für Opfer. Jede Person, die Gewalt erfährt, muss sich darauf verlassen können, dass sie sicher und professionell unterstützt wird.

Wir wollen:

- eine Aufstockung des Opferhilfefonds Sachsen-Anhalt, um kurzfristige finanzielle Unterstützung für Betroffene sicherzustellen,
- die Finanzierung von Opferschutzeinrichtungen in Trägerschaft durch Geldauflagen aus Strafverfahren,
- kostenlose Untersuchungen in Opferschutzambulanzen, inklusive gerichtsverwertbarer Dokumentation,
- den Erhalt und Ausbau der Opferschutzambulanzen in Halle und Magdeburg sowie die Schaffung zusätzlicher Angebote bei Bedarf,
- eine verbesserte Anonymisierung von Opfer- und Zeugendaten zum Schutz der Betroffenen, dies gilt im besonderen Maße für die Vorgänge von Anzeigenerstattungen von Geschädigten, um ihre privaten Meldeadressen zu schützen,
- feste Ansprechpartner:innen in Staatsanwaltschaften speziell für Fälle häuslicher Gewalt.

Unser Ziel ist der effektive Schutz und die gezielte Hilfe für Opfer, damit sie schnell Sicherheit und Unterstützung erhalten.

Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung

Wir setzen auf eine präventive und resozialisierende Strafverfolgung, die Straftäter:innen die Möglichkeit gibt, Verantwortung zu übernehmen, ohne eine Haftstrafe antreten zu müssen. Rückfälle sollen verhindert, Resozialisierung gefördert und Opfer aktiv in den Wiedergutmachungsprozess einbezogen werden. Resozialisierung senkt Rückfallquoten, schützt also auch Opfer vor Wiederholungstaten.

Wir wollen:

- die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen durch eine Bundesrats-initiative, um unverhältnismäßige Haft zu vermeiden,
- den Ausbau gemeinnütziger Arbeitsstellen statt Ersatzfreiheitsstrafen,
- eine Verbesserung der Unterbringung im Strafvollzug, insbesondere durch angemessene Betreuung, Bildung und therapeutische Angebote,
- die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs zur Wiedergutmachung und Versöhnung, wo es die Opfer zulassen,
- ein professionelles Übergangsmanagement für Haftentlassene, um den Wiedereinstieg in die Gesellschaft zu erleichtern,
- eine Erhöhung der Gefangenenvergütung, damit Gefangene Schulden abbauen können und nach der Haft nicht durch Armut erneut straffällig werden,
- die Integration in soziale Sicherungssysteme wie die Rentenversicherung während des Vollzugs, um langfristige Perspektiven zu schaffen.

Unser Ziel ist eine moderne Strafverfolgung, die Resozialisierung und Prävention in den Mittelpunkt stellt, Straftäter:innen konstruktiv integriert und gleichzeitig die Interessen und Sicherheit der Opfer wahrt. Haft soll nicht Selbstzweck sein, sondern ein Mittel, um gesellschaftliche Sicherheit zu gewährleisten und Rückfälle zu verhindern.

Jugendstrafrecht und Jugendarrest

Wir setzen auf präventive und erzieherische Ansätze im Jugendstrafrecht, die junge Menschen stärken, statt sie durch unverhältnismäßigen Freiheitsentzug zu kriminalisieren. Ziel ist es, Rückfälle zu vermeiden, soziale Integration zu fördern und gleichzeitig schnell auf Straftaten reagieren zu können.

Wir wollen:

- erzieherische Wirkung statt Freiheitsentzug in den Mittelpunkt stellen und alternative Maßnahmen bevorzugen,
- die Ablehnung unverhältnismäßiger Sanktionen, wie z.B. Warnschussarrest, die den erzieherischen Effekt verfehlen,
- ein Modellprojekt „Strafvollzug in freien Formen“, bei dem die Jugendlichen in betreuten Wohngruppen eingebunden werden, um soziale Kompetenzen zu stärken und persönliche Verantwortung zu fördern,
- die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“, um schnelle, behördenübergreifende Reaktionen zu ermöglichen und eine zentrale Anlaufstelle für Jugendliche, Familien und Behörden zu bieten,
- Aufklärungskampagnen an Schulen, um junge Menschen frühzeitig zu informieren, was strafbar ist und was nicht, um so Straftaten präventiv zu verhindern.

Unser Ziel ist ein modernes Jugendstrafrecht, das junge Menschen erzieht, Rückfälle verhindert und sie in die Gesellschaft integriert, ohne sie durch unverhältnismäßigen Freiheitsentzug zu stigmatisieren.

Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin

Wir setzen auf sichere, humane und leistungsfähige Justizvollzugsstandorte sowie eine gut ausgestattete Rechtsmedizin, um rechtsstaatliche Standards, Sicherheit und Effizienz zu gewährleisten.

Wir wollen:

- den Neubau der JVA Weißenfels kritisch begleiten, um sicherzustellen, dass Sicherheit, Resozialisierung und humane Bedingungen gewährleistet sind,
- die Ablehnung von Privatisierungen und stattdessen eine Stärkung des öffentlichen Dienstes, um staatliche Verantwortung, Kontrolle und Qualität zu sichern,
- eine Stärkung des offenen Vollzugs als Regelvollzug, um Resozialisierung und gesellschaftliche Integration zu fördern,
- flächendeckende und gut ausgestattete forensische Spurensicherung, um effektive Ermittlungen zu gewährleisten,
- die personelle und finanzielle Ausstattung der rechtsmedizinischen Institute, damit sie fachlich leistungsfähig bleiben,
- die Bekämpfung personeller Unterbesetzung im Justizvollzug, um sichere, humane und ressourcenstarke Einrichtungen zu gewährleisten.

Unser Ziel ist eine moderne rechtsstaatliche Justizinfrastruktur, die Sicherheit, Resozialisierung und Effizienz vereint und humane Standards im Strafvollzug garantiert.

Mit all diesen Maßnahmen gestalten wir eine moderne, bürgernahe und leistungsfähige Justiz in Sachsen-Anhalt, die Rechtsschutz garantiert, Opfer schützt, Straftaten konsequent verfolgt und zugleich Prävention, Resozialisierung und Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

19. Digitalisierung

Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisierung

Cybersicherheit statt Überwachung

Der Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021 hat gezeigt, wie verwundbar die Verwaltung sein kann. Wochenlang waren Behörden lahmgelegt, Bürger:innen konnten keine Anträge stellen, keine Ausweise beantragen. Die Folgen waren dramatisch: Millionenschäden, ausgefallene öffentliche Dienstleistungen und verunsicherte Menschen. Statt in eine wirksame Strategie für Informationssicherheit sowie in Personal zu investieren, wird von der CDU die Beschaffung von Überwachungssoftware forciert.

Die Sicherheit von Bürger:innendaten und die Verfügbarkeit von Verwaltungsleistungen müssen absolute Priorität haben. Die Mitarbeitenden in den Verwaltungen brauchen das Know-how, um Sicherheitsrisiken zu erkennen und richtig zu reagieren. Ohne gut ausgebildetes Personal und moderne Sicherheitsinfrastruktur bleiben unsere Verwaltungen angreifbar und damit auch die sensiblen Daten aller Bürger:innen.

Wir unterstützen Kommunen und Landesverwaltungen bei der Absicherung ihrer IT-Systeme, basierend auf den Anforderungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Personal wird systematisch in den Grundlagen der Informationssicherheit und IT-Hygiene sowie in der ordnungsgemäßen Anwendung des Datenschutzes aus- und weitergebildet. Wir lehnen den Einsatz von datenschutzrechtlich bedenklicher Software wie Palantir ab.

Wir wollen:

- die Einrichtung einer Anlaufstelle für alle Kommunen, um auf Sicherheitsvorfälle zu reagieren. Erste Hilfe soll vom Land finanziert werden. Außerdem werden Expert:innen bereitgestellt.
- Notfallpläne für Cyberangriffe in allen Verwaltungen verbindlich machen,
- die Verdoppelung des Personalstands im Bereich IT-Sicherheit auf Landesebene,
- finanzielle Unterstützung für kommunale IT-Sicherheitsbeauftragte,
- Verpflichtende Schulungen für Verwaltungspersonal und Verwaltungsleistungen in den Grundlagen der Informationssicherheit, der IT-Hygiene und der ordnungsgemäßen Umsetzung der DSGVO.

Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken

Technologien machen unser Leben einfacher. Wir können mit einem Wisch über den Bildschirm einkaufen gehen, Termine machen oder Nachrichten versenden.

Es ist also nachvollziehbar, dass dieser Wunsch nach Vereinfachung auch an die Verwaltung gerichtet wird. Doch damit die Verwaltung fit für Technologien und die Zukunft wird, braucht es einen Wandel im Denken der Verwaltung, denn aus schlechten analogen Prozessen dürfen keine schlechten digitalen Prozesse werden. Wir müssen Digitalisierung dafür nutzen, kritisch auf Abläufe und Verordnungen zu blicken. Ziel sind Entscheidungen, die keine Fragezeichen aufgrund widersprüchlicher Aussagen hinterlassen, sondern im Gegenteil das tun, was vom Staat erwartet wird: Verlässlich sein!

Wir wollen Untersuchungen in allen Verwaltungsbereichen durchführen, bevor digitalisiert wird. Überflüssige Aufgaben werden gestrichen, komplizierte und widersprüchliche Verfahren vereinfacht. Erst danach halten wir den Einsatz von Technologien für sinnvoll. Geprüfte und transparente KI wird dort eingesetzt, wo sie wirklich hilft: bei sich wiederholenden und wenig komplexen Aufgaben wie etwa der Vollständigkeitsprüfung von Anträgen. Die freiwerdende Zeit nutzen Mitarbeitende für persönliche Beratung.

Wir wollen:

- den Aufbau von KI-Anwendungsfällen mit dem Fokus auf einen großen Entlastungseffekt für die Verwaltung,
- eine systematische Prozessanalyse in allen Fachbereichen der Landesverwaltung mit der Zielstellung, widersprüchliche und doppelte Prozesse zu identifizieren,
- die systematische Überprüfung von Verordnungen und Gesetzen, die widersprüchlich oder doppelt sind,
- die Einführung eines verbindlichen Digital-Checks für alle neuen Gesetze und Verordnungen nach dem Vorbild der Bundesregierung,
- eine spürbare Entlastung in den Abläufen der Verwaltung und mehr Zeit für die Anliegen von Bürger:innen.

Verpflichtende KI-Folgenabschätzung bevor der Algorithmus entscheidet

KI-Systeme sind mit großen Risiken verbunden. Der EU AI Act schafft einen europäischen Rahmen - aber die konkrete Umsetzung liegt bei den Ländern. Sachsen-Anhalt muss sicherstellen, dass die Auswirkungen auf betroffene Menschen, die Verantwortung bei Fehlentscheidungen und Diskriminierungsrisiken vor jedem Einsatz geklärt sind.

Wir wollen:

- eine verpflichtende KI-Folgenabschätzung vor jedem Einsatz in öffentlich finanzierten Landeseinrichtungen – analog zur Datenschutz-Folgenabschätzung, mit halbjährlicher Überprüfung aller eingesetzten Systeme,
- ein öffentlich zugängliches KI-Register zur Dokumentation von Zweck, Datengrundlage und Prüfergebnis der eingesetzten KI-Systeme,
- die Einrichtung einer unabhängigen KI-Prüf- und Beschwerdestelle auf Landesebene,

- den Einsatz quelloffener KI-Modelle – keine proprietären Black-Box-Systeme ohne überprüfbare Funktionsweise. Wo KI in der Verwaltung eingesetzt wird, setzen wir auf europäische Dienstleister oder eigenes Hosting durch das Land,
- eine Kennzeichnungs- und Begründungspflicht für alle KI-gestützten Verwaltungsentscheidungen - transparent und in verständlicher Sprache,
- Transparenzpflichten für den Energieverbrauch von KI-Systemen sowie ökologische Kriterien bei öffentlichen Vergaben.

KI im Sozialstaat – Automatisierung darf nicht Entrechtung bedeuten

Die Bundesregierung plant den massiven Einsatz von KI in der Sozialverwaltung und die Einschränkung des Vier-Augen-Prinzips. Für Sachsen-Anhalt – ein Land mit überdurchschnittlich vielen Sozialleistungsempfänger:innen – birgt das besondere Risiken. Algorithmische Systeme können diskriminieren, wenn ihre Trainingsdaten historische Ungleichheiten widerspiegeln. Gleichzeitig droht digitale Ausgrenzung, wenn Sozialleistungen nur noch über Portale beantragt werden können, die viele, besonders ältere, Menschen nicht nutzen können.

Denn Algorithmen können durch das unwidersprochene Wiederholen von Ungleichheiten diskriminieren. Gleichzeitig droht die Ausgrenzung von vielen, besonders älteren Menschen im ländlichen Raum, wenn Sozialleistungen nur noch digital beantragt werden können.

Wir wollen:

- ein Verbot vollautomatisierter Entscheidungen bei existenzsichernden Leistungen - sie gehören in Menschenhand und deren Verantwortung,
- den Erhalt des Vier-Augen-Prinzips bei Sozialleistungsbescheiden,
- ein Recht auf menschliche Überprüfung und verständliche Begründung bei jeder KI-gestützten Verwaltungsentscheidung – Widerspruch muss einfach und kostenfrei möglich sein,
- eine Beweislastumkehr: Wenn ein Algorithmus eine Leistung verweigert, muss die Behörde nachweisen, dass die Entscheidung korrekt war – nicht die betroffene Person,
- regelmäßiges Diskriminierungsmonitoring für KI-Systeme in der Sozialverwaltung,
- den Erhalt und Ausbau physischer Anlaufstellen in allen Landkreisen – verbindlich finanziert, nicht unter Haushaltsvorbehalt,
- einen proaktiven Sozialstaat: Wer Anspruch hat, wird automatisch informiert – Digitalisierung muss verdeckte Armut bekämpfen, nicht mit Formularen abschrecken.

Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte

Mit Blick auf die deutsche Verwaltungslandschaft wissen wir mittlerweile, dass Maßnahmen zur Digitalisierung und zum Bürokratieabbau in umfangreichen Maßstäben nötig sind. Jedoch darf dies nicht zu Forderungen nach dem Abbau

von Stellen führen. Vielmehr muss der bestehende Personalkörper effizient eingesetzt werden.

Die Debatte um Bürokratieabbau wird oft missbraucht, um Personalabbau zu rechtfertigen. Dabei waren es gerade CDU und Co., die über Jahrzehnte immer mehr Vorschriften und Bürokratie geschaffen haben. Die Menschen, die in unseren Ämtern arbeiten, geben ihr Bestes unter oft schwierigen Bedingungen. Sie sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Digitalisierung und der Einsatz Künstlicher Intelligenz müssen als Chance begriffen werden, Ressourcen besser einzusetzen.

Wenn durch Digitalisierung und Technologie wie KI-Aufgaben automatisiert werden, bedeutet das nicht, Stellen streichen zu müssen. Im Gegenteil: Die freiwerdenden Kapazitäten brauchen wir dringend an anderen Stellen. Vor Ort in den Bürgerbüros, um ansprechbar zu sein für Bürger:innen, die Hilfe brauchen. In den Ausländerbehörden, wo menschliche Entscheidungen gefragt sind. Das ständige Schimpfen auf „die Bürokratie“ vergiftet das gesellschaftliche Klima und demotiviert engagierte Beschäftigte.

Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen

Wir verbinden Digitalisierung mit einer Personalgarantie. Wir stärken die Service-Orientierung der Verwaltung durch mehr Personal in Bürgerbüros und Beratungsstellen und stellen damit sicher, dass der menschliche Kontakt zur Verwaltung und zum Staat nicht verlorengeht. Außerdem stellen wir sicher, dass digital weniger technikgeübte Bürger:innen weiterhin alle Leistungen in Anspruch nehmen können – vor Ort. Das schafft Vertrauen zwischen Bürger:innen und dem Staat.

Wir wollen:

- keine Kündigungen wegen Digitalisierung,
- ein Umschichtungsprogramm: freiwerdende Stellen aus Automatisierung in direkten Bürgerservice,
- den Ausbau mobiler Verwaltungsangebote für den ländlichen Raum.

Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den digitalen Wandel

Die Digitalisierung geht auch an den Verwaltungen nicht vorbei. Wer heute im öffentlichen Dienst arbeitet, muss mit ständig neuen Technologien umgehen können. Das erfordert kontinuierliche Weiterbildung und die Bereitschaft, Neues zu lernen. Viele Verwaltungsmitarbeitende bringen diese Neugier mit, aber oft fehlen Zeit und systematische Weiterbildungsangebote. Gleichzeitig gelingt es kaum noch, junge IT-Talente für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, weil die Bezahlung nicht konkurrenzfähig ist.

Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht verlieren

Wenn wir unsere Verwaltungen fit für die Zukunft machen wollen, brauchen wir gezielte Investitionen in Aus- und Weiterbildung, ein neues Laufbahnverständnis und Einstellungskriterien für IT-Fachpersonal. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter muss Zugang zu digitalen Kompetenzkursen haben – nicht als einmalige Pflichtveranstaltung, sondern als kontinuierliches Angebot. Wir müssen die individuellen Stärken fördern und Menschen ermöglichen, sich in Bereichen weiterzuentwickeln, die ihnen liegen. Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden für IT-Expert:innen und digitale Talente.

Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für IT-Personal

Wir führen ein Recht auf digitale Weiterbildung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein: mindestens sieben Tage Bildungsurlaub pro Jahr für digitale Kompetenzen. Wir schaffen spezielle IT-Karrierepfade im öffentlichen Dienst mit besserer Bezahlung und mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Junge IT-Talente können durch Stipendien und duale Studiengänge für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.

Wir wollen:

- ein Weiterbildungsbudget für digitale Kompetenzen,
- die Einführung von IT-Zulagen für digitale Schlüsselpositionen,
- den Start eines Mentoring-Programms zwischen IT-affinen und digital unsicheren Beschäftigten,
- die Sensibilisierung der Personalabteilung für das Erkennen und die Gewinnung von Fachkräften,
- die Einführung spezieller IT-Karrierepfade mit höheren Gehaltsstufen (Veränderung Laufbahnrecht),
- Stipendienprogramm für IT-Studierende mit Verpflichtung im öffentlichen Dienst mit mindestens 100 Stipendien jährlich nach dem Vorbild von Work for Germany,
- den Aufbau einer bundesweiten Wissensplattform, um digital verfügbare Weiterbildungen zertifiziert allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Verfügung zu stellen,
- allen Verwaltungsmitarbeitenden Grundkompetenzen in digitalen Anwendungen vermitteln.

Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen

Fast jeder Arbeitsplatz in unseren Verwaltungen ist mit amerikanischer Software ausgestattet: Microsoft Office, Windows, Adobe, Zoom. Unsere E-Mails laufen über Server von Google oder Microsoft, unsere Daten liegen in Clouds, deren Rechenzentren vielleicht teilweise in Deutschland stehen, aber rechtlich vollständig US-amerikanischen Konzernen gehören. Das bedeutet:

Ein Fingerzeig aus Washington, und unsere Programme könnten down sein, Mailkonten gesperrt, sensible Bürger:innendaten nicht mehr sicher. Die Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen ist nicht nur ein technisches, sondern ein politisches und sicherheitspolitisches Risiko. Der US Cloud Act erlaubt US-Behörden Zugriff auf Daten, auch wenn sie auf europäischen Servern liegen.

Bei allen künftigen Softwarebeschaffungen und IT-Ausschreibungen des Landes soll grundsätzlich der Einsatz von Open-Source-Lösungen Vorrang haben. Sofern eine Open-Source-Lösung im Einzelfall wirtschaftlich nicht darstellbar ist, müssen proprietäre Lösungen verpflichtend über offene, dokumentierte und standardisierte Schnittstellen verfügen. Diese müssen einen vollständigen, strukturierten Datenexport ermöglichen, um jederzeit einen Systemwechsel ohne Datenverlust oder Abhängigkeiten sicherzustellen.

Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen

Digitale Souveränität ist eine Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat. Wir müssen raus aus der totalen Abhängigkeit von amerikanischen IT-Großkonzernen. Das ist nicht antiamerikanisch, sondern gesunder Menschenverstand. Große Tech-Konzerne müssen Grenzen aufgezeigt bekommen.

Wir werden in europäische Lösungen investieren, die nach europäischen Datenschutzstandards funktionieren. Das ist die Grundlage für digitale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sachsen-Anhalt fördert die Entwicklung und Anpassung quelloffener Software und setzt auf Nachnutzung bestehender souveräner Lösungen, die bereits in Deutschland im Verwaltungskontext entstanden sind. Wir setzen auf europäische Anbieter mit Datenschutzgarantien. Wir bauen eigene Cloud-Infrastrukturen auf Basis europäischer Rechenzentren und Technologien. Keine Verwaltungsdaten dürfen mehr auf Servern liegen, die dem US Cloud Act unterliegen. Sachsen-Anhalt unterstützt die Entwicklung europäischer Alternativen zu Microsoft, Google & Co.

Wir wollen:

- die Initiierung einer Souveränitätsstrategie für Sachsen-Anhalt mit Handlungsempfehlungen,
- eine Förderung und enge Kooperation mit dem Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDis) sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die die Souveränität stärken,
- die Bestandsaufnahme aller in Verwaltungen genutzter US-Software,
- Verbot der Neuanschaffung von Software, die dem US Cloud Act oder ähnlichen Gesetzen unterliegt,
- Aufbau eigener Landesplattformen und IT-Infrastrukturen,
- Einsicht in den Quellcode und sein Besitz als Vergabekriterium,
- die bevorzugte Verwendung von Open-Source-Software,

- die Migration aller E-Mail-Systeme auf europäische, datenschutz-konforme Lösungen,
- die Ablösung von Microsoft Office durch souveräne Open-Source Alternativen,

Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen

Deutschlands digitale Verwaltung ist ein Flickenteppich. Jedes Bundesland entwickelt eigene Lösungen, jede Kommune kauft andere Software, nichts passt zusammen. Das ist ineffizient, teuer und führt dazu, dass Bürger:innen je nach Wohnort völlig unterschiedliche digitale Services erleben, sofern sie vorhanden sind. Daten können nicht zwischen Behörden ausgetauscht werden, weil die Systeme nicht kompatibel sind. Es mangelt bei den Entwicklungen an Interoperabilität.

Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg vom digitalen Flickenteppich, hin zu interoperablen Lösungen, die miteinander harmonisieren. Das geht nur, wenn Bund, Länder und Kommunen bei der Entwicklung souveräner digitaler Lösungen zusammenarbeiten. Es geht um die Entwicklung gemeinsamer Plattformen und Fachverfahren, die überall funktionieren und miteinander kommunizieren können. Aufträge müssen an Unternehmen gehen, die nutzerfreundliche und durchdachte Lösungen entwickeln. Wirtschaftliche Partikularinteressen und Silolösungen müssen zurückgestellt werden für das Allgemeinwohl.

Sachsen-Anhalt setzt sich auf Bundesebene noch stärker für verbindliche Interoperabilitätsstandards ein. Wir nutzen und entwickeln gemeinsame Open-Source-Plattformen mit anderen Ländern, statt eigene Insellösungen zu bauen. Wir nutzen bereits entwickelte Lösungen anderer Länder nach. Bei Ausschreibungen bevorzugen wir Anbieter, die offene Schnittstellen und Interoperabilität garantieren. Die Anschlussfähigkeit an die deutschlandweite Cloud-Infrastruktur (den sogenannten Deutschland-Stack) und die Deutschlandarchitektur muss gewährleistet sein.

Digitale Teilhabe für alle

Digitalisierung der Daseinsvorsorge bedeutet mehr als eine Digitalstrategie auf dem Papier. Schnelles Internet allein reicht nicht, wenn Menschen es sich nicht leisten können oder nicht wissen, wie sie es nutzen können. Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern braucht nicht nur einen Internetanschluss, sondern auch Tablets für die Hausaufgaben und Hilfe beim Einrichten. Ältere Menschen brauchen niederschwellige Unterstützung, um digitale Behördengänge zu bewältigen. Menschen mit Behinderungen stoßen auf digitale Barrieren. Menschen, die nicht digital affin sind, benötigen Unterstützung vor Ort, ohne dafür in die nächste große Stadt fahren zu müssen. Digitale Daseins-

vorsorge bedeutet für uns die Unterstützung von Menschen, die keinen Zugang zu Internet oder Technik haben. Es braucht niederschwellige Angebote für alle Menschen, um den Digital Gap zu verkleinern.

Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter

Niemand darf vom digitalen Leben ausgeschlossen werden, weil er sich kein Smartphone leisten kann oder nicht weiß, wie man eine App bedient. Gleichzeitig lehnen wir Digitalzwang ab: Wer Behördengänge analog erledigen möchte, muss das auch weiterhin können.

Wir führen einen Rechtsanspruch auf bezahlbaren Internetzugang ein und deckeln die Preise. Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten Sozialtarife für Internet und vergünstigte oder kostenlose Endgeräte. In allen Kommunen richten wir an zentralen Stellen wie etwa in Bürgerämtern oder in kleineren Orten im Tante-Emma-Laden Digital-Points mit Geräten, WLAN und fachkundiger Beratung ein. Wir statten die Bürgerämter mit Personal aus, das dort hilft, wo das Wissen fehlt, einen Antrag digital auszufüllen. Volkshochschulen bieten kostenlose Kurse zum Erlernen digitaler Kompetenzen für den Alltag an. Alle öffentlichen digitalen Angebote müssen barrierefrei sein.

Wir wollen:

- die Entwicklung einer Strategie für barrierefreie digitale Teilhabe,
- die Einführung eines Sozialtarifs: Maximum 20 Euro/Monat für 100 Mbit/s für Empfänger:innen von Sozialleistungen;
- ein Startkapital von 20 Millionen Euro für Geräteförderung (Tablets, Laptops) für bedürftige Familien sowie finanzielle Förderung von Initiativen wie Hardware for Future zur Schonung von Ressourcen, indem ausrangierte Geräte von Firmen oder der Verwaltung wieder aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden,
- die Einrichtung öffentlicher Digital-Points mit Geräten und Beratung in großen und kleinen Orten Sachsen-Anhalts,
- flächendeckende kostenlose VHS-Kurse,
- Beibehaltung analoger Alternativen bei allen Behördengängen,
- alle öffentlichen digitalen Angebote barrierefrei machen.

Digitale Gesundheitsvorsorge

Digitalisierung muss auch die gesellschaftlich relevanten Bereiche umfassen, wie etwa die Gesundheitsversorgung. Durch den Mangel an medizinischen Angeboten auf dem Land und ein zunehmend überlastetes Gesundheitssystem kann Digitalisierung etwa durch Telefonsprechstunden oder die Durchsetzung einer sicheren digitalen Patientenakte Entlastung bringen.

Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale Gesundheitsversorgung

Wir wollen:

- Standards zum Datenaustausch in der Gesundheitsministerkonferenz, der Digitalministerkonferenz und im IT-Planungsrat etablieren,
- in der Telemedizin digitale Sprechstunden in mindestens 50 Prozent aller Hausarztpraxen ausbauen,
- Gesundheitseinrichtungen zur verbesserten Patient:innenversorgung miteinander vernetzen.

Unsere Vorschläge zielen darauf, dass alle am digitalen Leben teilhaben können, unabhängig vom Alter oder Geldbeutel.

Wir sind der Pol der Hoffnung.

Sachsen-Anhalt ist mehr wert

Unser Land darf nicht in Unsicherheit verharren. Es braucht Investitionen in soziale Sicherheit, eine starke öffentliche Infrastruktur, eine demokratische Kultur der Beteiligung und Zukunftsperspektiven. Und eine Regierung, die sich den Herausforderungen des Landes endlich stellt.

Sachsen-Anhalt kann mehr – wenn die Politik es endlich möglich macht. Wir sind bereit.

Wir sind der Pol der Hoffnung.